

Anträge

Inhaltsverzeichnis

V - Verband

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| V01 | Satzungsänderung Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 76 |
| V02 | Arbeitsprogramm: Zukunft braucht Visionen – Visionen brauchen uns! Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 83 |
| V04 | Einfachere Sprache in unserem Verband – damit alle inkludiert werden! Kreis St. Wendel (St. Wendel) <i>angenommen</i> | 105 |
| V05 | Junge Leute in die Parlamente! - Auch in den Kommunen! Kreis St. Wendel (St. Wendel), Kreis Neunkirchen (Neunkirchen) <i>angenommen</i> | 106 |
| V06 | Landesparteitag reformieren Kreis Saarlouis (Saarlouis) <i>angenommen</i> | 107 |

A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| A01 | Resolution: Das Saarland ist Ansiedlungsland! – Für gute Arbeitsplätze im Land! Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 9 |
| A02 | Auch PraktikantInnen wollen leben! – Aufwandsentschädigung jetzt! Kreis Saarpfalz (Saarpfalz) <i>angenommen</i> | 13 |
| A03 | Migrantische Arbeit sichtbar machen! Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 15 |
| A04 | Steuerschlupfloch schließen – Verschonungsbedarfsprüfung abschaffen Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 17 |
| A06 | Einführung nationaler Aufklärungskampagnen zur Förderung der Akzeptanz Queerer Menschen in der Arbeitswelt Kreis Saarlouis (Saarlouis) <i>angenommen</i> | 18 |

B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| B01 | Keine Lehrkräfte zweiter Klasse Kreis Saarpfalz (Saarpfalz), Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) <i>angenommen</i> | 20 |
| B03 | Wir wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 22 |
| B04 | Semesterbeitrag deckeln Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 24 |
| B05 | Notfallpläne an saarländischen Schulen – Updates nicht verfügbar Kreis St. Wendel (St. Wendel) <i>angenommen</i> | 25 |
| B06 | Anpassung der Hochschulzugangsberechtigungen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur Kreis Merzig-Wadern (Merzig-Wadern) <i>angenommen</i> | 27 |

C - Energie, Umwelt, Verkehr

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| C01 | Flughafen im Sinkflug Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) <i>angenommen</i> | 28 |
| C03 | Förderung und Investition des ÖPNVs Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 30 |
| C05 | Stopp den Monokulturen: Mehr Vielfalt in Forst- & Landwirtschaft Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Energie (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 31 |

D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| D01 | Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Generationengerechtigkeit herstellen! Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 32 |
| D02 | Abtreibung ist Women's healthcare- Entkriminalisierung JETZT Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 37 |
| D03 | Ehrenamt stärken, Resilienz fördern – Psychische Gesundheit im Juso- Verband sichern Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 40 |
| D04 | Mutterschutz bei Fehlgeburten Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) <i>angenommen</i> | 45 |
| D05 | Alkohol, Ja bitte aber in Maßen Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 48 |
| D07 | Feministische Städteplanung Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 51 |
| D09 | Psychotherapeutische Weiterbildung sichern – Wegfall der Versorgung verhindern Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt), Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 52 |
| D10 | „Regel“-mäßige Auszeit! Keine Arbeit bei Regelschmerzen – Menstruationsbedingte Arbeitsunfähigkeit (MAU) für menstruierende Personen jetzt! Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt), Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 54 |
| D11 | Feminismus international – Solidarität mit Frauenbewegungen weltweit! Arbeitskreis Feminismus (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 57 |
| D12 | Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen! Arbeitskreis Feminismus (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 59 |
| D13 | Organspende- Widerspruchslösung Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 63 |
| D14 | Die schönste Nebensache der Welt: Warum gerechte Bezahlung im Frauenfußball längst überfällig ist Kreis Saarlouis (Saarlouis) <i>angenommen</i> | 64 |

E - Inneres, Sicherheit

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| E01 | Warum ein verpflichtender Sozialer Dienst schlecht für die Generationengerechtigkeit ist Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) <i>angenommen</i> | 66 |
| E02 | Kommunalwahlen sind Personenwahlen und sollten es auch im Saarland sein Kreis Saarlouis (Saarlouis) <i>angenommen</i> | 68 |
| E03 | Einführung einer verpflichtenden Geschlechterquote in den kommunalen Gremien des Saarlandes Kreis Saarlouis (Saarlouis) <i>angenommen</i> | 69 |



F - Internationales

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|---|-------|
| F01 | Für eine freie Ukraine – mehr Unterstützung aus Deutschland Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 71 |

G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung | Seite |
|------------|--|-------|
| G01 | Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss wehrhaft sein! Landesvorstand (Landesvorstand) <i>angenommen</i> | 72 |
| G02 | Wir sagen der Ignoranz den Kampf an: Politischer Bildungstag Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) <i>angenommen</i> | 75 |

Antrag A01: Resolution: Das Saarland ist Ansiedlungsland! – Für gute Arbeitsplätze im Land!

| | |
|-------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales |

1 Analyse:

2 Das Saarland ist Ansiedlungsland! In den letzten Jahren hat sich das Saarland als
3 attraktiver Standort für international erfolgreiche Unternehmen etabliert. Mit der
4 geplanten Ansiedlung des Pharmadienstleisters Vetter auf dem Fordgelände in
5 Saarlouis, der Chipfabrik Wolfspeed in Ensdorf und dem Batteriehersteller SVolt in
6 Überherrn kann das Saarland drei bedeutende Ansiedlungen in kurzer Zeit verzeichnen.
7 Diese Entwicklungen sind nicht nur ein Beweis für die Attraktivität des
8 Wirtschaftsstandorts Saarland, sondern auch eine große Chance für die
9 Diversifizierung der Wirtschaft im Saarland.

10 Unter der sozialdemokratischen Führung von Ministerpräsidentin Anke Rehlinger und mit
11 Wirtschaftsminister Jürgen Barke hat das Saarland eine erfolgreiche
12 Ansiedlungspolitik entwickelt, die gezielt nationale und internationale Investoren
13 anzieht. Diese Strategie stärkt nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern schafft
14 auch zahlreiche Arbeitsplätze und bringt technologischen Fortschritt in die Region.
15 Die Ansiedlung dieser drei global agierenden Unternehmen unterstreicht die positive
16 Entwicklung des Saarlandes und markiert einen bedeutenden Schritt hin zu einer
17 zukunftsfähigen und vielfältigen Wirtschaftsstruktur.

18 **Vetter Pharma**

19 Nach intensiven und konstruktiven Verhandlungen in den letzten Monaten konnte die
20 Landesregierung Vetter von einer Standortentscheidung zugunsten des Saarlands
21 überzeugen. Vetter Pharma hat sich bewusst für das Ford-Gelände in Saarlouis
22 entschieden, das zahlreiche Standortvorteile und gut ausgebildete Fachkräfte bietet.

23 Die hervorragenden logistischen Anbindungen, die Nähe zum Hauptsitz und das
24 Vorhandensein industrieller Fachkräfte waren entscheidende Faktoren für diesen
25 Erfolg. Die Ansiedlung des deutschen Familienunternehmens Vetter, das weltweit über
26 6.300 Mitarbeiter beschäftigt und im letzten Jahr einen Umsatz von über einer
27 Milliarde Euro erzielte, ist ein bedeutender Gewinn für Saarlouis und das gesamte
28 Saarland. Vetter, ein führendes Unternehmen der Pharmabranche, plant, bis 2030 bis zu
29 2.000 Arbeitsplätze zu schaffen und damit vielen Menschen neue berufliche
30 Perspektiven in einer zukunftssicheren Branche zu bieten.

31 Die Ansiedlung von Vetter Pharma ist eine positive Nachricht für das gesamte
32 Saarland, da dadurch der Standort widerstandsfähiger und vielfältiger wird. Die
33 Pharmabranche ist eine echte Zukunftsbranche mit großer Bedeutung für Wertschöpfung,
34 Beschäftigung und Innovation. Nun sind weitere Maßnahmen des Landes erforderlich,
35 insbesondere in den Bereichen betriebliche Investitionen, Weiterbildungsmaßnahmen,
36 Energieeffizienz, Umweltschutz und Innovationsprojekte. Es ist wichtig, dass Vetter
37 auch eigene Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Berufs- und
38 Quereinsteiger anbietet und sich regelmäßig mit den lokalen Akteuren austauscht.
39 Zudem ist es essenziell, dass auch ehemalige Ford-Beschäftigte bei Vetter Pharma eine

40 Anstellung finden können. Trotz aller Bemühungen der Landesregierung war es nicht
41 möglich, einen Automobilhersteller zu finden, der die Ford-Beschäftigten direkt
42 übernimmt. Der Wettbewerb mit Valencia zeigte die problematischen Seiten des
43 Kapitalismus. Betriebsrat, Gewerkschaft und Landesregierung haben ihr Bestes gegeben,
44 doch die Bedingungen waren von Anfang an nicht fair. Jetzt muss der Blick in die
45 Zukunft gerichtet werden.

46 Die Sozialplanverhandlungen zwischen dem Ford-Betriebsrat und Ford wurden erfolgreich
47 abgeschlossen. Die Beschäftigten stimmten dem Sozialplan am 22. Februar zu. Die
48 Vereinbarung sieht vor, dass rund 1.000 Arbeitsplätze bei Ford auch nach 2025
49 erhalten bleiben und betriebsbedingte Kündigungen für diese Arbeitsplätze bis 2032
50 ausgeschlossen sind. Zudem wurden Altersteilzeitmodelle, Abfindungen und Prämien,
51 Konditionen für den Wechsel in eine Transfergesellschaft und Qualifizierungsprogramme
52 vereinbart. Das Produktionsende des Ford Focus wurde von Mai 2025 auf Ende November
53 2025 verschoben. Der Ford-Betriebsrat stimmte der Rahmenvereinbarung und dem
54 Sozialplan einstimmig zu.

55 Mit Vetter wurde eine Lösung gefunden, die sowohl wirtschaftliche Stabilität als auch
56 zahlreiche neue Arbeitsplätze für die Region verspricht. Dank der hochautomatisierten
57 Fertigung können Beschäftigte, die bisher Autos mit Robotern zusammengebaut haben,
58 auch bei Vetter arbeiten. Bereits in der Vergangenheit haben Umschulungen,
59 beispielsweise aus dem Bäckerhandwerk zur Produktion bei Vetter, erfolgreich
60 stattgefunden.

61 Die Entscheidung für Saarlouis basiert auf dem hohen Potenzial an Arbeitskräften und
62 der Tatsache, dass das Saarland bereits einen erfolgreichen Strukturwandel hinter
63 sich hat. Nach dem Rückzug von Ford steht ein neuer Wandel bevor, und Vetter bietet
64 sinnstiftende und zukunftssichere Arbeitsplätze. Der neue Standort in Saarlouis liegt
65 nur drei Stunden von Ravensburg entfernt, sodass die Tagesproduktion abends nach
66 Ravensburg transportiert und dort morgens weiterverarbeitet werden kann. Dies
67 ermöglicht eine nahtlose Zusammenarbeit mit bestehenden, zuverlässigen Lieferanten.

68 Vetter strebt nachhaltiges Wachstum an und investiert aktuell 600 Millionen Euro in
69 Gebäude und Anlagen in Deutschland. Der Arbeitsmarkt in der Heimatregion Bodensee-
70 Oberschwaben ist nahezu erschöpft, weshalb es schwierig ist, geeignete Fachkräfte zu
71 finden. Daher hat sich Vetter in anderen Regionen und Ländern nach neuen Standorten
72 umgesehen, darunter die Schweiz, Österreich, Belgien und die Niederlande. Frankreich
73 und Irland kamen aufgrund von Sprachbarrieren, Regularien und Fachkräftemangel nicht
74 in Frage. Für die Standortwahl waren ausreichend regionales Fachkräftepotenzial,
75 geeignete Grundstücke mit guter Bodenbeschaffenheit sowie Umweltaspekte wie
76 Überschwemmungen und Erdbebengefahr von entscheidender Bedeutung.

77 **Wolfspeed**

78 Das am 1. Februar 2023 angekündigte Ansiedlungsprojekt des US-amerikanischen
79 Halbleiterherstellers Wolfspeed und des deutschen Automobilzulieferers ZF
80 Friedrichshafen stellt einen weiteren großen Erfolg in der saarländischen
81 Ansiedlungspolitik unter der SPD-Landesregierung dar. Es umfasst den Bau einer
82 hochmodernen Siliziumkarbid-Chipproduktion in Ensdorf und wird durch die Eröffnung
83 eines gemeinsamen Forschungszentrums in Bayern unterstützt, was das integrierte
84 Vorhaben weiter stärkt.

85 In wenigen Jahren sollen am Standort des ehemaligen Kohlekraftwerks in Ensdorf
86 hochmoderne Siliziumkarbid-Chips produziert werden. Diese Chips sind besonders in der
87 Automobilbranche sowie in der Energiegewinnung und -versorgung von großer Bedeutung.
88 Die saarländische Landesregierung verfolgt das oberste Ziel, bestehende Arbeitsplätze
89 zu erhalten und gleichzeitig neue zu schaffen. Mit der Ansiedlung dieser innovativen
90 Chipfabrik entstehen nicht nur bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze, sondern das Saarland
91 wird auch zu einem der attraktivsten Standorte für Elektromobilität.

92 Gerade im Saarland, das stark von der Industrie und dem Automobilssektor geprägt ist,
93 bedeutet diese Ansiedlung einen wichtigen technologischen Sprung hin zur
94 Elektromobilität und grünen Energiewirtschaft. Dieses Leuchtturmprojekt zeigt
95 eindrucksvoll, wie Transformation gelingen kann: Neben den bis zu 1.000 nachhaltigen
96 Arbeitsplätzen wird eine komplett neue Mikroelektronik-Branche im Land aufgebaut.
97 Dies wird tiefgreifende und bisher nicht dagewesene Folgeeffekte haben. Auch
98 Wolfsspeed wird zu einer wesentlich autarkeren Wirtschaft im Saarland beitragen. Vor
99 allem während der Pandemie ist vielerorts aufgefallen, dass, gerade in der
100 Automobilbranche, zu große Abhängigkeiten vorherrschen. Auch vor diesem Hintergrund
101 ist Wolfsspeed ein wichtiger Schritt zur Gestaltung des Strukturwandels.

102 **SVOLT**

103 Auch die Ansiedlung von SVolt im Heusweiler und Überherrn ist ein Leuchtturmprojekt,
104 das maßgeblich zum Umbau des Wirtschaftsstandorts beiträgt und bis zu 2000 neue
105 Arbeitsplätze schafft. Besonders die Niederlassung in Überherrn spielt eine
106 bedeutende Rolle in der sozial-ökologischen Transformation und dem Strukturwandel der
107 Region. Sie trägt entscheidend zur Diversifizierung der saarländischen Wirtschaft bei
108 und bietet Chancen für eine nachhaltige Zukunft.

109 Seit Beginn des Projekts sind jedoch auch kritische Stimmen laut geworden.
110 Bürgerinitiativen haben sich formiert, was ihr legitimes Recht ist. Problematisch ist
111 jedoch die Art und Weise, wie einige dieser Initiativen agieren. Statt konstruktiver
112 Kritik dominieren Hetzkampagnen gegen die Bürgermeisterin und Ratsmitglieder, die das
113 Projekt unterstützen. Es wurden Fake News verbreitet, sowohl über die politischen
114 Unterstützer*innen als auch über das Projekt selbst. Wissenschaftlich fundierte
115 Gegenargumente, etwa zum Wasserverbrauch, konnten die Vorwürfe entkräften. Trotzdem
116 halten sich die Fehlinformationen hartnäckig und haben erfolgreich Misstrauen
117 geschürt. Dies führte dazu, dass die Parteien, die sich für die Schaffung von
118 Arbeitsplätzen stark gemacht haben, bei den Kommunalwahlen erhebliche Stimmenverluste
119 hinnehmen mussten.

120 Ein besonderes Ärgernis ist das Verhalten der CDU in Überherrn. Während die lokale
121 CDU gegen das Projekt vorgeht, versucht die Landes-CDU gleichzeitig, den Erfolg des
122 Projekts für sich zu reklamieren. Diese Doppelmoral schadet nicht nur der
123 Glaubwürdigkeit der Politik, sondern auch dem Fortschritt des Strukturwandels.

124 Es ist inakzeptabel, dass Ratsmitglieder, die sich für Arbeitsplätze und ein
125 bedeutendes Ansiedlungsprojekt einsetzen, persönlichen Beleidigungen und der
126 Verbreitung von Fake News ausgesetzt sind und am Ende ihre ehrenamtliche Tätigkeit
127 verlieren. Für zukünftige Ansiedlungsprojekte und die weitere Entwicklung des
128 Projekts "SVolt" benötigen wir eine umfassende Kampagne. Die Partei muss landesweit
129 geschlossen hinter dem Projekt stehen und auch zivilgesellschaftliche Akteure in die

130 Pflicht nehmen. Der Strukturwandel darf nicht durch das Handeln weniger scheitern.

131 **Betriebliche Mitbestimmung gewährleisten!**

132 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass in allen drei Ansiedlungsprojekten
133 gemeinsam mit den Gewerkschaften Betriebsräte gegründet werden. Diese Betriebsräte
134 spielen eine zentrale Rolle dabei, die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu vertreten
135 und ihre Rechte zu schützen. Nur durch starke betriebliche Mitbestimmung können faire
136 Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht
137 werden. Zusätzlich muss in allen drei Branchen ein guter Tarifvertrag ausgehandelt
138 werden, der verbindliche Standards für Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen
139 festlegt. Tarifverträge gewährleisten, dass die Rechte der Arbeitnehmer*innen gewahrt
140 bleiben und sie unter fairen Bedingungen arbeiten können.

141 Tarifverträge sind essenziell, um sicherzustellen, dass Beschäftigte von ihrem
142 Verdienst gut leben können. Sie bieten einen verbindlichen Rahmen, der vor
143 Lohndumping schützt und gerechte Entlohnungen garantiert. Ohne Tarifverträge besteht
144 die Gefahr, dass Unternehmen die Löhne drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern,
145 um Kosten zu sparen. Nur durch tarifliche Regelungen können faire und angemessene
146 Entlohnungen durchgesetzt werden, die den Lebensstandard der Beschäftigten sichern.
147 Daher ist die Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften, das Aushandeln von
148 Tarifverträgen und das Gründen von Betriebsräten unerlässlich, um langfristig
149 gerechte Arbeitsverhältnisse zu schaffen und zu erhalten.

150 Mit guter betrieblicher Mitbestimmung werden die drei Ansiedlungsprojekte
151 zukunftsweisende Projekte für das Saarland und ein entscheidender Faktor in der
152 sozial ökologischen Transformation!

153 Die Ansiedlungspolitik muss auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben
154 werden. Auch im Transformationsprozess der saarländischen Stahlindustrie können sich
155 beispielsweise neue Zulieferer ansiedeln oder Standorte für H2 Produktion
156 intensiviert werden. Die positive Ansiedlungspolitik im Saarland muss fortgeschrieben
157 werden!

Antrag A02: Auch PraktikantInnen wollen leben! – Aufwandsentschädigung jetzt!

| | |
|-------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarpfalz (Saarpfalz) |
| Sachgebiet: | A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales |

1 Analyse:

2 Gutes Geld für gute Arbeit – Ein Slogan, der von der SPD gut und gerne genutzt wird,
3 auch im Saarland. Dies scheint jedoch nur für ausgewählte Gruppen von
4 Arbeitnehmer*innen zu gelten. Unberührt davon bleiben die vielen Praktikant*innen,
5 die im Rahmen von Studiengängen und Ausbildungen häufig Pflichtpraktika ableisten
6 müssen. Praktikant*innen müssen nach dem Arbeitsrecht erst bezahlt werden, wenn das
7 Praktikum länger als drei Monate in Vollzeit ausgeübt wird. Praktischerweise beträgt
8 der Zeitraum der meisten Pflichtpraktika genau drei Monate in Vollzeit, keinen Tag
9 länger. Bezahlung? Fehlanzeige. Studierende/Auszubildende müssen Miete, Einkäufe und
10 Strom bezahlen? Pech gehabt. Einen Nebenjob während des Praktikums ausüben? Bei
11 Vollzeitpraktika mit Überstunden kaum möglich. BAföG beantragen? Hohe Hürden und
12 lächerlich niedrige Auszahlungssätze.

13 Zwar können die Arbeitgeber*innen freiwillig eine Aufwandsentschädigung zahlen, dies
14 tun jedoch die wenigsten. Unsere Landesregierung geht hier mit schlechtem Beispiel
15 voran: Praktikant*innen werden in den Ministerien und den nachgeordneten Behörden
16 nicht bezahlt, wenn es gesetzlich nicht verpflichtend ist. Im Extremfall bedeutet
17 das, dass Personen, die vielleicht sogar schon einen Berufsabschluss (Bachelor)
18 haben, qualifiziert und motiviert sind, über drei Monate, fünf Tage pro Woche, jeden
19 Tag acht Stunden in den Ministerien arbeiten und dafür keinen einzigen Cent erhalten.
20 Sicherlich kann man damit argumentieren, dass die Studierenden/Auszubildenden zum
21 Lernen dort sind und nicht als vollwertige Arbeitskräfte gelten können, da sie erst
22 eingearbeitet werden müssen und dann nach kurzer Zeit wieder weg sind. Doch in der
23 Praxis gibt es auch in der Verwaltung eine Vielzahl von Aufgaben, für die keine
24 Einarbeitung notwendig ist und die von Praktikant*innen übernommen werden, um die
25 KollegInnen zu entlasten. Hinzu kommt die Tatsache, dass viele dieser
26 Praktikant*innen bereits einige Semester studiert haben, vielleicht schon einen
27 Bachelorabschluss haben und somit sehr qualifiziert sind. Sie übernehmen folglich
28 schnell „richtige“ Aufgaben, für die Kolleg*innen mit vergleichbaren Abschlüssen
29 bezahlt werden, die Praktikant*innen jedoch nicht.

30 Wir fordern deshalb:

- 31 • eine angemessene Aufwandsentschädigung für alle Pflichtpraktika im Rahmen von
32 Studium und Ausbildung.
- 33 • Eine angemessene Aufwandsentschädigung für freiwillige Praktika außerhalb von
34 Studium und Ausbildung
- 35 • eine angemessene Aufwandsentschädigung für alle Pflichtpraktika im Rahmen von
36 Studium und Ausbildung. Um den Wegfall von Praktikumsplätzen zu verhindern die
37 zum Abschluss von Ausbildung, Studium, etc. benötigt werden, ist die Instanz
38 welche ein Praktikum fordert in der Pflicht für ausreichend viele
39 Praktikumsplätze zu sorgen, oder die Pflichtpraktika durch Alternativleistungen

40 zu ersetzen.

- 41 • ein festes, zweckgebundenes Budget für die Bezahlung von Praktikant*innen in der
42 saarländischen Landesregierung und der Landtagsfraktion.
- 43 • eine Mindestanzahl von bezahlten Praktikumsplätzen in der saarländischen
44 Landesregierung und Landtagsfraktion zum Zwecke der Transparenz und
45 Nachwuchsförderung.

Antrag A03: Migrantische Arbeit sichtbar machen!

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales |

- 1 Als internationalistischer Verband, dürfen wir uns nicht nur für bessere
- 2 Arbeitsbedingungen für deutsche Staatsbürger*innen einsetzen. Wir Jusos stellen uns
- 3 entschieden gegen die Entstehung eines neuen Prekariats in der Plattformökonomie.
- 4 Migrantische Arbeiter*innen bilden die menschliche Basis für den Boom der
- 5 Dienstleistungsplattformen. Die Beschäftigten in diesem Gebiet, haben zu 75% keine
- 6 deutsche Staatsbürgerschaft und die Arbeitsbedingung sind nicht mit unseren
- 7 Vorstellungen nach guter und menschenwürdiger Arbeit zu vereinen.
- 8 Viele Asylsuchende finden aufgrund der Sprachbarriere und wegen rassistischer
- 9 Diskriminierung nur sehr schwer einen Job. Lieferdienst sind ein attraktives Angebot,
- 10 da man während der Arbeit nur mit einer Computerstimme kommuniziert und die
- 11 Sprachbarriere dadurch kein Problem darstellt. Weiterhin haben viele Unternehmen in
- 12 diesem Bereich das Prinzip jeden mit einem Fahrrad und einem Handy einzustellen.
- 13 Das 2016 verabschiedete Integrationsgesetz erleichterte Asylsuchenden zwar den Zugang
- 14 zu Arbeit, knüpfte aber gleichzeitig das Aufenthaltsrecht an die Erwerbstätigkeit.
- 15 Das hatte zur Folge, dass die Anzahl der als erwerbstätig gemeldeten Migrant*innen
- 16 aus dem EU-Ausland zunahm, allerdings fast ausschließlich in Sektoren, die für die
- 17 Ausbeutung billiger Arbeitskräfte bekannt sind.
- 18 Dieser Umstand hat noch einen weiteren Haken: Arbeitgeber erhalten eine Möglichkeit
- 19 zur direkten Disziplinierung, durch die Drohung mit dem Verlust des
- 20 Aufenthaltsstatus. Hier wird der Arbeitskampf mehr oder weniger unmöglich gemacht.
- 21 Durch die Automatisierung der Kommunikation, können die Beschäftigten ihre
- 22 Arbeitgeber bei Fragen zu Urlaub, Krankheit oder Gehalt nur in den seltensten Fällen
- 23 erreichen. Im Schnitt warten Sie zwei Wochen, bis sie eine Antwort von einem Menschen
- 24 erhalten. Diese organisierte Distanz ist volle Absicht. Weil es so lange dauert, bis
- 25 man eine Antwort erhält, kümmern sich die Beschäftigten meist selbst um die Reparatur
- 26 oder um rechtliche Fragen, weil sonst der Lohn für zwei Wochen fehlt. Sie erhalten
- 27 zwar Mindestlohn, müssen aber Arbeitsmittel (Rad, Handy, Handyvertrag) selbst
- 28 beschaffen. Die Instandhaltung ist häufig deutlich teurer als anfangs erwartet. Bei
- 29 einem Sturz oder ähnlichem, kann das dazu führen, dass die Beschäftigten am Ende des
- 30 Monats sogar mit einem Minus dastehen.
- 31 Die Umgehung des gesetzlichen Mindestlohns durch Auslagerung von Betriebskosten ist
- 32 ein Phänomen, was sich nicht nur bei Lieferdiensten finden lässt. Es ist ein
- 33 typisches Merkmal migrantischer Arbeit in Deutschland. Ein ähnliches Muster findet
- 34 man zum Beispiel bei Erntehelfer*innen: Häufig müssen die Beschäftigten Unterkunft
- 35 und Verpflegung selber zahlen, sodass am Ende des Monats nur noch ein Bruchteil des
- 36 vereinbarten Lohns übrigbleibt.
- 37 Zudem erlaubt die digitale Arbeitssteuerung wegen der Überwindung der Sprachbarriere
- 38 einen erweiterten Zugriff auf migrantische Arbeitskräfte. Dieser Prozess wird in der
- 39 Soziologie als "digitale Unterschichtung" bezeichnet.
- 40 In den letzten Jahrzehnten erleben wir einen immer intensiveren Zugriff auf das

41 menschliche Arbeitsvermögen. Laut dem DGB-Index der guten Arbeit fühlen sich über die
42 Hälfte der Beschäftigten in Deutschland sehr häufig gehetzt. Neben den
43 gesundheitlichen Auswirkungen hat dieser Umstand noch weitere Folgen: Eine
44 Auslagerung von Care-Arbeit.

45 Die Haushalts- und Care Arbeit, die notwendig ist, um Menschen wieder arbeitsfähig zu
46 machen wird immer noch zu einem Großteil von FINTA erledigt. Aber nicht nur das. Ein
47 Viertel der Deutschen geben an, nach der Arbeit keine Kraft mehr für Care Arbeit zu
48 haben und deshalb auf bezahlte Reproduktionsarbeit zurückzugreifen. Durch
49 Onlinehandel, Essenslieferdienste und Reinigungskräfte, wird diese Arbeit an meist
50 migrantisierte Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ausgelagert. Wenn sie sich
51 über die Arbeitsbedingungen beschweren, riskieren sie nicht nur ihren Job, sondern
52 auch ihren Aufenthaltsstatus. In Deutschland bildet sich im Stillen ein neues
53 Prekariat, ohne das jemand darüber spricht. Unser Wohlstand wird durch Menschen
54 aufrechterhalten, die niemand sieht und denen niemand zuhört. Überqualifizierte und
55 unterbezahlte migrantische Plattformmitarbeiter*innen werden zu einer neuen
56 Dienerschicht der erschöpften Mittelklasse.

57 Gute Arbeit darf es nicht nur für eine bestimmte Gruppe geben. Alle Menschen haben
58 ein Recht auf eine angemessene Bezahlung, würdevolle Arbeitsbedingungen und echte
59 Wertschätzung. Eine Sozialdemokratie, die migrantische Arbeit links liegen lässt,
60 verwirkt das Recht sich Sozialdemokratie nennen zu dürfen.

61 Forderungen:

- 62 • Verpflichtung zur direkten Kommunikation mit Verantwortlichen in Unternehmen
- 63 innerhalb von 24 Stunden
- 64 • Verpflichtung zur Übernahme der Kosten für die Arbeitsmittel
- 65 • Eine Informationsbroschüre über Arbeitnehmer*innenrechte in allen Sprachen die
- 66 bei der Ausländerbehörde verpflichtend verteilt werden muss.
- 67 • Ein Verbot der extremen und automatisierten Arbeitsüberwachung, d.h. keine GPS-
- 68 Überwachung, keine automatisierte Unterbrechung der Schicht
- 69 • Bonus-Systeme nur dann erlauben, wenn absolute Transparenz über das
- 70 Zustandekommen der Boni besteht
- 71 • Ausgleichszahlungen, bei zu spät gezahltem Lohn

Antrag A04: Steuerschlupfloch schließen – Verschonungsbedarfsprüfung abschaffen

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales |

1 Die Verschonungsbedarfsprüfung legt fest, dass im Falle einer Schenkung oder eines
2 Erbes die beschenkte Person von der Schenkungs- /Erbchaftssteuer verschont bleibt,
3 wenn sie zum Zeitpunkt der Übertragung keinerlei Vermögen besitzt. Das klingt erstmal
4 recht harmlos.

5 Hier ein Beispiel dafür, was die Verschonungsbedarfsprüfung in der Realität für
6 Konsequenzen hat:

7 Die reichste Frau Deutschlands ist die BMW-Erbin Susanne Klatten. Ihr Vermögen
8 beläuft sich laut Forbes auf ca. 22,5 Milliarden €. Ihr gehörte unter anderem die
9 Skion GmbH mit einem Eigenkapital von 4,5 Milliarden €. Kürzlich hat sie für jedes
10 ihrer 3 Kinder eine neue Firma (Skion Primus, Skion Secundus, Skion Tertia) gegründet
11 und sie zu Gesellschafter*innen gemacht. Dieser Prozess ist einer Schenkung bzw.
12 einem Erbe gleichzusetzen und somit fallen pro Kind mindestens 450 Millionen € an,
13 insgesamt also ca. 1,35 Milliarden €. Hier kommt die Verschonungsbedarfsprüfung ins
14 Spiel. Alle 3 Kinder konnten ihren Besitz irgendwo parken und verfügten damit zum
15 Übertragungstichtag über keinerlei Vermögen. Die Konsequenz daraus: Statt jeweils
16 450 Millionen €, zahlen Susanne Klattens Kinder: Nichts. Nada. Niente.

17 Da in Deutschland kein Vermögensregister existiert ist vollkommen unklar, wieviel
18 Geld dem Staat pro Jahr durch diese Ausnahmeregelung verloren geht. Der Fall Klatten
19 ist nur bekannt, weil die Familie in der Öffentlichkeit steht. Und bereits hier
20 scheinen dem Staat über eine Milliarden Euro durch die Lappen gegangen zu sein.

21 Deswegen fordern wir die restlose Streichung des §28a ErbStH. Die
22 Verschonungsbedarfsprüfung ist ein zutiefst unsolidarisches und unsoziales Gesetz,
23 weil es nicht nur die leistungslose Vermögensübertragung begünstigt, sondern auch der
24 Allgemeinheit, die am Aufbau des Vermögens beteiligt war, keinerlei Anteil zugestehet.

Antrag A06: Einführung nationaler Aufklärungskampagnen zur Förderung der Akzeptanz Queerer Menschen in der Arbeitswelt

| | |
|-------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarlouis (Saarlouis) |
| Sachgebiet: | A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales |

1 Analyse:

2 Die Erfahrungen queerer Menschen im Arbeitsumfeld sind oft von Diskriminierung und
3 vielfältigen Herausforderungen geprägt.

4 Queere Menschen berichten häufig von Diskriminierung bei der Einstellung, Beförderung
5 und am Arbeitsplatz selbst. Laut einer Studie des Williams Institute haben über 40%
6 der LGBTQ+ Arbeitnehmer:innen Diskriminierung erlebt, darunter Kündigungen oder
7 Nicht-Einstellungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.
8 Fast ein Drittel berichtete von Diskriminierung oder Belästigung in den letzten fünf
9 Jahren.[\[1\]](#)

10 Die psychischen Gesundheitsprobleme bei LGBTQ+ Personen sind oft höher als bei ihren
11 heterosexuellen Kolleg:innen, insbesondere in unsicheren oder diskriminierenden
12 Arbeitsumfeldern. Eine Studie in PLOS ONE[\[2\]](#) hebt hervor, dass prekäre
13 Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsplatzunsicherheit zu erhöhtem Stress,
14 Depressionen und anderen psychischen Gesundheitsproblemen führen können.

15 Mikroaggressionen, wie das ständige Unterbrechen oder Übergehen in Gesprächen, sind
16 weit verbreitet. McKinsey berichtet[\[3\]](#), dass fast ein Drittel der LGBTQ+
17 Beschäftigten solche Erfahrungen macht, was zu einem Gefühl der Isolation und
18 Unsicherheit führt.

19 Das ständige Coming-Out ist eine weitere Herausforderung. Viele LGBTQ+ Personen
20 fühlen sich unsicher dabei, ihre Identität am Arbeitsplatz offenzulegen, was oft zu
21 zusätzlichen Belastungen führt. Laut einer McKinsey-Umfrage[\[4\]](#) gaben 45% der LGBTQ+
22 Arbeitnehmer*innen an, dass sie vorsichtig sein müssen, wenn sie über ihr Privatleben
23 am Arbeitsplatz sprechen.

24 Die Förderung der Akzeptanz von LGBTQ+ Menschen in der Arbeitswelt ist nicht nur eine
25 Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein wirtschaftlicher Vorteil. Vielfältige und
26 inklusive Arbeitsplätze tragen zu einer besseren Arbeitsatmosphäre, höherer
27 Zufriedenheit und Produktivität der Mitarbeitenden bei. Durch nationale
28 Aufklärungskampagnen können Vorurteile abgebaut und die Integration von LGBTQ+
29 Menschen in der Arbeitswelt nachhaltig gefördert werden.

30 Forderung:

31 1. Einführung nationaler Aufklärungskampagnen

32 Der SPD-Landesparteitag wird aufgefordert, sich für die Einführung nationaler
33 Aufklärungskampagnen zur Förderung der Akzeptanz von LGBTQ+ Menschen in der
34 Arbeitswelt einzusetzen. Diese Kampagnen sollen:

35 a. Sensibilisierung und Bildung: Aufklärung über die Bedeutung von Vielfalt und
36 Inklusion in der Arbeitswelt bieten und Vorurteile gegenüber LGBTQ+ Menschen abbauen.
37 Dazu zählt auch die Sensibilisierung für die Erscheinungsformen und Folgen von
38 Queerfeindlichkeit.

- 39 b. Positive Beispiele und Vorbilder: Erfolgreiche LGBTQ+ Personen und inklusive
40 Unternehmen sichtbar machen, um positive Beispiele und Vorbilder zu schaffen.
- 41 c. Informationsmaterialien: Bereitstellung von Informationsmaterialien und
42 Schulungsunterlagen für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen zur Förderung eines
43 inklusiven Arbeitsumfeldes.
- 44 d. Medienkampagnen: Nutzung von Medien und sozialen Netzwerken, um die Botschaft der
45 Akzeptanz und Inklusion weit zu verbreiten und ein breites Publikum zu erreichen.
- 46 2. Regelmäßige Evaluierung und Anpassung
- 47 Die Kampagnen sollen regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst werden, um ihre
48 Effektivität sicherzustellen und auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

49

Quellen:

- 50 [1] [https://williamsinstitute.law.ucla.edu/publications/lgbt-workplace-](https://williamsinstitute.law.ucla.edu/publications/lgbt-workplace-discrimination/)
51 [discrimination/](https://williamsinstitute.law.ucla.edu/publications/lgbt-workplace-discrimination/)
- 52 [2] <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0275771>
- 53 [3] <https://www.weforum.org/agenda/2022/07/active-allyship-support-lgbtq-employees/>
- 54 [4] [https://www.mckinsey.com/capabilities/people-and-organizational-performance/our-](https://www.mckinsey.com/capabilities/people-and-organizational-performance/our-insights/lgbtq-plus-voices-learning-from-lived-experiences)
55 [insights/lgbtq-plus-voices-learning-from-lived-experiences](https://www.mckinsey.com/capabilities/people-and-organizational-performance/our-insights/lgbtq-plus-voices-learning-from-lived-experiences)

Antrag B01: Keine Lehrkräfte zweiter Klasse

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarpfalz (Saarpfalz), Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) |
| Sachgebiet: | B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung |

1 Analyse:

2 Die Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte im Saarland ist in ihren Grundzügen durch
3 das „Saarländische Besoldungsgesetz“ (SBesG) geregelt, welches seit dem 01.01.2022 in
4 der aktuellen Fassung gültig ist. In diesem werden die verschiedenen offiziellen
5 Amtsbezeichnungen der Lehrkräfte einer Besoldungsgruppe zugeordnet. Im Folgenden wird
6 darauf kurz eingegangen:

7 Lehrkräfte, welche die Befähigung haben die Primarstufe und die Sekundarstufe 1 (also
8 1. Klasse bis 10. Klasse) zu unterrichten und an Grundschulen oder
9 Gemeinschaftsschulen eingesetzt sind, werden im Gesetzestext mit der Amtsbezeichnung
10 „Lehrer“ geführt und zu Beginn ihrer Laufbahn in die Besoldungsgruppe A 12
11 eingruppiert.

12 Lehrkräfte, welche die Befähigung haben die Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2 (also
13 5. Klasse bis 13. Klasse) zu unterrichten und am Gymnasium oder einer
14 Gemeinschaftsschule eingesetzt sind, werden im Gesetzestext mit der Amtsbezeichnung
15 „Studienrat“ geführt und zu Beginn ihrer Laufbahn in die Besoldungsgruppe A 13
16 eingruppiert.

17 Darüber hinaus können „Studienräte“ zu „Oberstudienräten“ befördert werden und werden
18 dann in der Gehaltsgruppe A 14 eingruppiert. Außerdem können Lehrkräfte verschiedene
19 zusätzliche Aufgaben übernehmen (wie z.B. die Leitung einer Schule), welche ebenfalls
20 Einfluss auf die Besoldungsklasse haben.

21 Wie sich in dieser kurzen Erläuterung der Gesetzeslage bereits abbildet, ist die
22 Einstufung der Lehrkräfte in die verschiedenen Besoldungsklassen deutlich komplexer,
23 als sie in der Öffentlichkeit oft diskutiert wird. Ein wesentlicher Punkt
24 kristallisiert sich hier jedoch heraus: Lehrkräfte welche an Grundschulen eingesetzt
25 sind, sind in der Regel in der Besoldungsklasse A 12 zu verorten, während Lehrkräfte,
26 welche am Gymnasium unterrichten in die Besoldungsklassen A 13 und A 14 eingruppiert
27 werden. Hier bildet sich also ein recht deutlicher Unterschied in der Bezahlung ab.
28 In Zahlen heißt dies, dass Grundschullehrer*innen mit einem Einstiegsgehalt von ca.
29 3700€ rechnen können, während dieses bei Gymnasiallehrer*innen ca. 4300€ beträgt.
30 Ebenso verhält es sich bei den angestellten Lehrkräften. Auch im
31 Angestelltenverhältnis werden Grundschullehrkräfte im Gegensatz zu
32 Gymnasiallehrer*innen (E13) in E12 eingruppiert.

33 Ein Blick über den Tellerrand hinaus verrät, dass das Saarland eines der wenigen
34 Bundesländer ist, in denen dieser große Unterschied in der Bezahlung von Lehrkräften
35 noch existiert, wie eine Veröffentlichung von dem „Deutschen Schulportal“ zeigt.
36 Lediglich in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland werden
37 Grundschullehrkräfte nach wie vor nach A 12 besoldet. Besonders positive Beispiele
38 sind in diesem Zusammenhang u.a. die Länder Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und
39 Hamburg, wo grundsätzlich alle Lehrkräfte nach A 13 besoldet werden.

40 In der saarländischen Landespolitik ist das Thema jedoch kein Unbekanntes. Bereits in

41 den Jahren 2016 und 2018 gab es entsprechende Kampagnen der GEW mit den Mottos „A 13
42 für Alle!“ und „Rettungsschirm für Grundschulen“.

43 **Bewertung:**

44 Die Lehrer*innen in den saarländischen Grundschulen leisten nicht nur vormittags im
45 Klassensaal, sondern auch darüber hinaus in der Vorbereitung des Unterrichts eine
46 Arbeit, deren Bedeutung für die Gesellschaft kaum hoch genug gewichtet werden kann.
47 Mögen die fachlichen Herausforderungen in der Grundschule vielleicht kleiner sein als
48 im Gymnasium, so sind insbesondere die erzieherischen und pädagogischen Aufgaben im
49 Umgang mit jungen Kindern umso größer. Man überlege sich nur mal, wie man einem 9-
50 jährigen die Kommasetzung oder einer 6-jährigen ein grundlegendes Verständnis von
51 Zahlen näher bringen würde. Daran wird schnell klar, dass Grundschullehrer*in
52 keineswegs ein Beruf ohne Herausforderungen und mit freien Nachmittagen ist.
53 Insbesondere dadurch, dass die Überlegungen WIE ein bestimmter Inhalt am
54 geschicktesten vermittelt werden kann für Grundschullehrkräfte deutlich mehr Zeit in
55 Anspruch nehmen, als für Gymnasiallehrkräfte kann kaum von einer realen
56 Minderbelastung an Grundschulen gesprochen werden.

57 Darüber hinaus ist es zwar Fakt, dass Grundschullehrkräfte eine um zwei Semester
58 kürzere Studiendauer als Gymnasiallehrkräfte haben, jedoch gleicht sich dieses eine
59 zusätzliche Jahresgehalt schon nach nur sechs Berufsjahren durch die
60 Besoldungsunterschiede wieder aus. Ab dem 7. Berufsjahr besteht also real ein
61 Unterschied, welcher sich im Laufe der Berufslaufbahn stetig weiter vergrößert.

62 Insgesamt zeichnet sich in unserem Bildungssystem ab, dass Lehrkräfte weniger
63 verdienen, umso jünger die Kinder sind, mit denen sie arbeiten. Eine Studie von
64 Christopher Osterhaus, welcher eine Juniorprofessur für Entwicklungspsychologie im
65 Handlungsfeld Schule an der Universität Vechta innehat zeigte im Jahr 2021, dass
66 insbesondere die Entwicklungsjahre in der Grundschulzeit entscheidend für die Bildung
67 der Persönlichkeit sind. Daher ist diese Tendenz gerade diese in eine niedrigere
68 Besoldungsgruppe einzuordnen lediglich ein Spiegel eines veralteten
69 Gesellschaftsbildes.

70 **Forderungen:**

71 Wir fordern die schrittweise Anhebung der Besoldung von Lehrkräften der Primar- und
72 Sekundarstufe 1, bis diese final das Niveau A 13 erreicht hat. Dabei sollte ein enger
73 Austausch mit Bundesländern, welche A 13 für diese Gruppe bereits umgesetzt haben
74 stattfinden. Wir sollten, auch aufgrund des Lehrkräftemangels, nicht warten bis
75 unsere Länder-Nachbarn voranschreiten, sondern selbst Verantwortung für unser
76 Schulsystem und die Erneuerung dessen übernehmen. Bei dem gesamten Prozess sollten
77 die saarländischen Bildungsgewerkschaften eng in den Prozess mit einbezogen werden.

Antrag B03: Wir wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung |

1 Analyse:

2 Heute musst du Fragen, ob du auf die Toilette gehen darfst, morgen darfst du das
3 Parlament zusammenstellen. Was erwarten wir von einem solchen System?

4 Die Diagnose stellt sich leicht: Junge Menschen orientieren sich politisch immer
5 weiter rechts und werden von faschistischen Rattenfängern auf TikTok verführt. Bisher
6 bekommen sie von unserem Bildungssystem nicht die notwendigen Mittel an die Hand, um
7 die Gesellschaft und die Politik differenziert betrachten zu können. Dies kann dazu
8 führen, dass die eigenen Probleme weniger in einem privaten, sondern eher in einem
9 gesellschaftlichen Kontext gesehen werden. Auf Dauer kann daraus eine
10 Individualisierung der Gesellschaft entstehen, die extreme Kräfte weiter bestärkt.
11 Schwieriger wird es, wenn man nach den Lösungen fragt, denn leugnen kann man die
12 Ergebnisse der Europawahl nicht. Junge Leute wählen rechter. Sie machen sich Sorgen
13 um ihre Zukunft und glauben nicht daran, dass sie daran etwas ändern können. Was also
14 tun? Wie können wir dafür sorgen, dass Demokratie für junge Leute wieder attraktiver
15 wird?

16 An diesem Punkt sind sich viele einig: Bildung. Wenn wir doch schon ein System haben,
17 dass alle Menschen durchlaufen, warum dann nicht dieses System dafür nutzen,
18 politische Bildung zu fördern. Aber was heißt politische Bildung konkret? Man kann
19 den Schüler*innen erklären, wie das politische System in Deutschland funktioniert.
20 Was steckt hinter einem Gesetzgebungsprozess? Was passiert in der europäischen Union?
21 Warum springt der Staat eigentlich ein, wenn man arbeitslos oder krank wird? Allein
22 diese grundsätzlichen Inhalte, geben schon sehr viel Raum für Diskussionen. Wo hört
23 der Fakt auf und wo beginnt die Meinung? Kann ich erfolgreich Hass auf geflüchtete
24 Menschen eindämmen, indem die Details des EU-Türkei Deals erläutere? Was mache ich,
25 wenn Uneinigkeit herrscht? Lasse ich die Diskussion zu und gebe dafür Unterrichtszeit
26 auf? Wann ist der Punkt erreicht, an dem ich selbst Stellung beziehen muss? Und das
27 allergrößte Problem: Wann fange ich mit Politikunterricht an? Reichen 2 Stunden pro
28 Woche? Sollte man das Fach abwählen können?

29 Es gibt viele Fragen und wenige Antworten. Vielleicht brauch es daher ein Umdenken.
30 Brauchen wir mehr politische Bildung? Oder brauchen wir demokratische Bildung? Denn
31 unsere Demokratie zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass man, unabhängig davon wie
32 gut man informiert ist, wählen darf. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass wir dem
33 Einzelnen die Freiheit geben zu Entscheiden und ihn gleichzeitig in die Pflicht
34 nehmen zu Denken. Der Staat gibt keine Wahlempfehlung ab, er verlangt von den
35 Bürger*innen, dass sie sich ihre eigene Meinung bilden und in einem geordneten Rahmen
36 über die beste Lösung streiten. Und was lehrt uns die Schule? Sie klärt auf, über den
37 Ist-Zustand. Wir verlangen höchste politische Eigenständigkeit von unseren
38 Bürger*innen, während wir in der Schule nur diejenigen belohnen, die perfekt in der
39 Spur laufen. Wenn jemand die Hausordnung in Frage stellt, freut sich niemand darüber.
40 Wenn ein anderer findet, es sei irgendwie fies, alle Schüler*innen 12 Minuten lang im
41 Kreis laufen zu lassen und die Unsportlichen bloßzustellen, werden keine Einsen

42 verteilt.

43 Was wir brauchen, ist eine schulische Demokratisierungswelle. Wir müssen jungen
44 Menschen beibringen, wie Demokratie funktioniert, und zwar in der Praxis. Jede
45 Schule, braucht ein eigenes Parlament, das regelmäßig tagt und mit einer einfachen
46 Mehrheit Entscheidungen treffen kann. Wenn wir wollen, dass die Schüler*innen die
47 Demokratie ernst nehmen, müssen sie auch von der Demokratie ernstgenommen werden. Die
48 Lehrer*innen sollen dazu verpflichtet werden, einmal pro Woche digitale Medien im
49 Unterricht einzusetzen? Such dir eine Mehrheit. Das Handyverbot soll abgeschafft
50 werden? Such dir eine Mehrheit.

51 Wir wollen ein Beteiligungskonzept nach dem Vorbild des AULA-Projektes. Das Projekt
52 ist an 4 Pilotschulen wissenschaftlich begleitet worden und zeigt beeindruckende
53 Ergebnisse. Das demokratische Beteiligungskonzept hilft Kompetenzen im Bereich
54 Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritischem Denken zu vermitteln. Es
55 sorgt dafür, dass sie sich die Schule verbessert und steigert die Zufriedenheit mit
56 den Strukturen. Es hilft dabei, Demokratie zu verstehen und Fähigkeiten zu
57 entwickeln, die für die demokratische Partizipation wichtig sind. Es hilft dabei,
58 Rassismus vorzubeugen und Sprachbarrieren zu überbrücken. Und das zentralste: Es
59 sorgt dafür, dass sich die Schüler*innen als Gestalter*in der Gesellschaft begreifen.
60 Sie lernen Dinge, die ihnen der theoretische Unterricht nie hätte beibringen können.
61 Natürlich fordert das Konzept auch etwas von den Lehrkräften und Eltern: Man muss
62 Macht aus der Hand geben und die Schüler*innen ernst nehmen. Nur dann werden sie auch
63 lernen, verantwortlich mit dieser Macht umzugehen. Also, ganz nach Willy Brandt: Wir
64 wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen.

65 Forderung:

66 Wir fordern ein Beteiligungskonzept nach dem Vorbild des AULA-Projektes.
67 Schüler*innen von Klasse 5-13 erhalten die Möglichkeit den demokratischen Prozess zu
68 lernen, indem sie ihn selbst durchführen. Sie können Ideen zum Thema Schulregeln,
69 Ausstattung, Unterricht, Aktivitäten etc. entwickeln, sie gemeinsam diskutieren und
70 mit einer einfachen Mehrheit der Schüler*innenschaft beschließen. Die Grenzen der
71 Gestaltungsmacht, werden vorher festgelegt und können im Nachhinein nicht mehr
72 geändert werden. Die Schulleitung erhält kein Vetorecht. Die Gesamtkonferenz der
73 Schüler*innen erhält die größtmögliche Macht und tagt alle zwei Wochen. Für die
74 Umsetzung des Konzeptes, braucht es eine Schulstunde. Darüber hinaus können die
75 Schüler*innen in Ausschüssen außerhalb der Unterrichtszeit über ihre Ideen
76 diskutieren.

Antrag B04: Semesterbeitrag deckeln

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung |

1 Analyse:

2 Der Semesterbeitrag an den Saar-Hochschulen hat zum Wintersemester 2024/25 einen
3 neuen Höchststand erreicht (Universität des Saarlandes 362,90€; Hochschule für
4 Technik und Wirtschaft 363,90€; Hochschule für Musik Saar 360,90€; Hochschule der
5 Bildenden Künste Saar 300,40€). Um diesen Betrag zum Ende jeden Semesters für das
6 kommende zur Hand zu haben, müssen Studis pro Monat zwischen 50 und 60€ zur Seite
7 legen. Das ist eine ordentliche Stange Geld, wenn man von einem 520€ Job oder BAFÖG
8 (Höchstsatz 992€ in 2024, 2020 betrug der durchschnittlich ausgezahlte Betrag 574€¹)
9 lebt. Die Entwicklung der Semesterbeiträge kennt in den letzten Jahren außerdem nur
10 eine Entwicklungsrichtung: nach oben. Inflation und krisenbedingte Preissteigerungen
11 werden ohne Umschweife auf die Studierendenbeiträge aufgeschlagen. Ein Siebtel (oder
12 Sechstel) dieses Semesterbeitrags machen die sogenannten Verwaltungskostenbeiträge
13 iHv 50€ aus, die die Hochschulen seit 2018 auf Grundlage des § 16a Saarländisches
14 Hochschulgebührengesetz erheben. Dieses Geld darf von den Hochschulen nur zu
15 bestimmten Zwecken verwendet werden (Abs. 1 S.2 der Vorschrift). Dass dem auch so ist
16 versuchen die Studierendenvertretungen seit nunmehr 6 Jahren zu überprüfen,
17 werden aber immer wieder von den Hochschulleitungen vertröstet. Es besteht also
18 durchaus die Gefahr, dass Mittel, die nur für die Verwaltung genutzt werden dürfen,
19 klandestin als Studiengebühren genutzt werden.

20 Deshalb und um der finanziellen Belastung der Studierenden einen Riegel vorzuschieben
21 **fordern wir:**

- 22 • Streichen des § 16a Saarländisches Hochschulgebührengesetz
- 23 • Deckeln der Semesterbeiträge auf ihre derzeitige Höhe, mit dem Ziel auf wieder
24 maximal 300€ zu kommen.
- 25 • Bereitstellen von Mittel im Haushalt des Landes, um die Tarifsteigerungen und
26 Lebensmittelpreissteigerungen im Studierendenwerk abzufangen

Antrag B05: Notfallpläne an saarländischen Schulen – Updates nicht verfügbar

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis St. Wendel (St. Wendel) |
| Sachgebiet: | B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung |

1 Im Jahr 2002 ereignete sich an einem Gymnasium in Erfurt ein Amoklauf, bei dem
2 mehrere Menschen ums Leben kamen. Dieses tragische Ereignis an einer
3 deutschen Schule war ein markanter Wendepunkt, der notwendigerweise
4 Veränderungen zur Folge hatte. Im Saarland wurde als Reaktion darauf das
5 Modellprojekt "Schoolworker" ins Leben gerufen. Sieben Jahre später, im Jahr 2009,
6 ereignete sich erneut ein schockierender Amoklauf, diesmal an einer Realschule in
7 Winnenden. Auch dieses Mal reagierte das Saarland und entwickelte Notfallpläne für
8 die dortigen Schulen. Das Ministerium für Bildung und Kultur hat den Schulen im
9 Saarland 2009 mit der Veröffentlichung von „Hinsehen und Handeln - Notfallpläne für
10 saarländische Schulen“ umfassende Richtlinien zur Bewältigung von Notfällen und
11 Krisen zur Verfügung gestellt. Diese Notfallpläne beinhalten die Einrichtung von
12 Krisenteams, schulspezifische Krisenstrategien sowie detaillierte
13 Handlungsanweisungen, die von unmittelbaren Reaktionen bis hin zu Maßnahmen der
14 Nachsorge reichen.

15 Die Handreichung, welche auch wichtige Kontaktadressen beinhaltet, wurde seit 2009
16 nicht mehr überarbeitet. Die Notwendigkeit, die Notfallpläne für saarländische
17 Schulen umfassend zu aktualisieren, wird durch die stetig wachsenden und sich
18 wandelnden Herausforderungen an unseren Bildungseinrichtungen jedoch mehr als
19 deutlich. Seit der Einführung der Handreichung hat sich die
20 gesellschaftliche Realität, in der sich die Schüler*innen bewegen, drastisch
21 verändert. Die Art und Weise sowie die Häufigkeit von Krisensituationen an Schulen
22 haben sich im Laufe der Zeit gewandelt.

23 Bereits in den bestehenden Notfallplänen wird zwischen den Gefährdungsgraden „Gelb“,
24 „Orange“ und „Rot“ unterschieden. Diese Differenzierung ist nach wie vor sinnvoll,
25 jedoch bedarf sie einer Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten.

26 Beispielsweise fallen derzeit unter den Gefährdungsgrad „Gelb“
27 kleinere Schlägereien, Sachbeschädigungen und Beleidigungen, aber auch Trauerfälle
28 an Schulen, während „Orange“ ernsthafte Bedrohungen wie zum Beispiel
29 Körperverletzung, sexuelle Übergriffe oder Suizidversuche umfasst. „Rot“ wiederum
30 beinhaltet extreme Notfälle, wie etwa Amokläufe, Geiselnahmen und Brände.
31 Es ist unerlässlich, dass die Krisenteams in unseren Schulen klare und vor allem
32 aktuelle Anleitungen erhalten, um in diesen Situationen effektiv handeln zu können.
33 Angesichts der Tatsache, dass das Thema Amoklauf in den Hintergrund getreten ist und
34 alltägliche schulische Krisensituationen vermehrt in den Fokus rücken, ist eine
35 Aktualisierung und Erweiterung dieser Notfallpläne unumgänglich.

36 Seit 2010 werden im Saarland schuleigene Krisenteams ausgebildet. Diese
37 multiprofessionellen Teams sollen sicherstellen, dass die Schule in Not- und
38 Krisenzeiten funktionsfähig bleibt: Dies umfasst unter anderem den Schutz von
39 Personen in Gefahr, die Ermöglichung eines organisierten Vorgehens in einer
40 potenziell chaotischen Ausnahmelage, das rasche Einleiten von

41 Unterstützungsmaßnahmen und die Minimierung potenzieller Schäden. Anfang 2022
42 hatten aber nur 118 der 317 Schulen über solche Teams verfügt. Im Gegensatz zu
43 Berlin, wo schuleigene Krisenteams verpflichtend sind, besteht im Saarland
44 daher noch Handlungsbedarf. Die Ausbildung war ursprünglich nur für
45 weiterführende Schulen vorgesehen, doch auch Grundschulen zeigen zunehmend Interesse
46 an der Fortbildung. Dies verdeutlicht den dringenden Bedarf an einer weiterführenden
47 und umfassenden Qualifizierung im Umgang mit schulischen Krisensituationen.

48 Die Notfallpläne an saarländischen Schulen müssen dringend aktualisiert werden und
49 folgende Aspekte dabei berücksichtigt werden:

- 50 • **Neue Bedrohungen:** Die digitale Welt, Cybermobbing und andere moderne Risiken
51 müssen in den Plänen einbezogen werden.
- 52 • **Krisenteams:** Es ist wichtig, klare Anweisungen für Krisenteams zu geben, damit
53 sie im Ernstfall effektiv handeln können.
- 54 • **Nachsorge:** Die Pläne sollten auch Maßnahmen für die Zeit nach einem Vorfall
55 umfassen.

56 **Darum fordern wir:**

- 57 • Das Ministerium für Bildung und Kultur muss die Handreichung „Hinsehen und
58 Handeln - Notfallpläne für saarländische Schulen“ überarbeiten und somit
59 sicherstellen, dass Schulen auf dem aktuellen Stand bezüglich Krisensituationen
60 sind.
- 61 • Alle Schulen im Saarland ungeachtet davon, ob diese derzeit über ein Krisenteam
62 verfügen oder nicht, müssen vom Ministerium hinreichend über die Notwendigkeit
63 dieser Art der multiprofessionellen Teams hingewiesen werden.
- 64 • Der Ausbau der Krisenteams an saarländischen Schulen muss vom Ministerium für
65 Bildung und Kultur verstärkt unterstützt werden, um die Sicherheit an
66 saarländischen Schulen zu gewährleisten. Dabei reicht es nicht aus, Krisenteams
67 nur auszubilden, sondern es bedarf auch einer Begleitung der Teams, damit diese
68 kontinuierlich umgesetzt und genutzt werden.

Antrag B06: Anpassung der Hochschulzugangsberechtigungen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Merzig-Wadern (Merzig-Wadern) |
| Sachgebiet: | B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung |

- 1 Eine Anpassung des saarländischen Hochschulgesetzes dahingehend würde die
2 Attraktivität von Ausbildungsberufen und darauffolgenden Studiengängen deutlich
3 erhöhen, was dem derzeit herrschenden Fachkräftemangel entgegenwirken würde.
- 4 Die Vereinfachung des Hochschulzuges würde die Attraktivität der saarländischen
5 Hochschulstandorte steigern, was unter anderem auch entsprechende Fachkräfte hier im
6 Saarland bildet. Das würde wiederum den Wirtschaftsstandort Saarland stärken und
7 ebenfalls dem derzeit herrschenden Fachkräftemangel entgegenwirken.
- 8 Der Weg zu einem Studium würde deutlich vereinfacht werden, was die Attraktivität
9 eines entsprechenden Fachgebundenen Studienganges deutlich steigert.
- 10 Personen, die ein solches Studium auf diesem Weg anstreben, wird ein wohnortnahes
11 Studium ermöglicht, welches gerade für finanziell schwach aufgestellte Familien eine
12 Entlastung bedeutet.
- 13 Studieninteressierte können die entsprechende Hochschule nach ihren persönlichen
14 Bedürfnissen und Interessen wählen und sich nicht eingeschränkt durch das
15 Hochschulgesetz. Dieser Punkt greift im Saarland besonders für hier anliegende
16 Kompetenzzentren und Forschungseinrichtungen, unter anderem das „CISPA - Helmholtz-
17 Zentrum für Informationssicherheit“ welches für Studieninteressierte im Bereich der
18 Informatik den Hochschulstandort Saarland attraktiver gestaltet.
- 19 **Ausgangslage:**
- 20 Im Saarland wird beruflich Qualifizierten Personen erst nach mindestens zwei Jahren
21 Berufserfahrung ein Fachgebundener Hochschulzugang gewährt. In anderen Bundesländern
22 (u. a.: Rheinland-Pfalz, Hessen) ist dies bereits nach Abschluss einer
23 Berufsausbildung mit einem entsprechenden qualifizierten Ergebnis (je nach Bundesland
24 abhängig) möglich. In verschiedenen Bundesländern muss noch eine Eignungsprüfung
25 abgelegt werden.
- 26 **Die Jusos Saar fordern daher,**
- 27 Anpassung des saarländischen Hochschulgesetzes um beruflich Qualifizierten Personen
28 nach dem Abschluss einer Ausbildung mit einem Ergebnis von mind. 2.5 (oder 80
29 Punkten) den Zugang zu einem Fachgebunden Studiengang an einer saarländischen
30 Hochschule zu ermöglichen.

Antrag C01: Flughafen im Sinkflug

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) |
| Sachgebiet: | C - Energie, Umwelt, Verkehr |

1 Analyse:

2 Der Flughafen Saarbrücken wird schon seit geraumer Zeit nur von einem Bruchteil der
3 saarländischen Bevölkerung genutzt. Aufgrund der Nähe zu den Flughäfen Luxemburg
4 Findel und Frankfurt am Main hat Saarbrücken Ensheim überregional keine Bedeutung.

5 Die Zahl der Flugbewegungen und das Fluggastaufkommen gehen seit vielen Jahren
6 zurück. Im Frachtverkehr spielt der Flughafen keine Rolle.

7 Als wirtschaftlicher Multiplikator kann der Flughafen mit seinen wenigen Flügen nach
8 Hamburg und Berlin nicht angesehen werden. Heutzutage werden schnelle Meetings meist
9 online abgehalten und für alles andere reichen die Flugverbindungen von Luxemburg und
10 Frankfurt vollkommen aus.

11 Flugverkehr ist des Weiteren nicht mehr zeitgemäß, denn er leistet unter anderem
12 einen massiven Beitrag zur Klimaerwärmung. Erst ab sehr hoher Passagierauslastung
13 lässt sich bei Flügen von Effizienz sprechen. Auf größere zentrale Flughäfen zu
14 setzen ist nicht nur ökonomischer, sondern auch wesentlich ökologischer.

15 Die Landesregierung hat von 2015 bis 2022 schon insgesamt ca. 20 Millionen € an
16 Betriebsbeihilfen zahlen müssen. Dazu kommen weitere Förderungen aus Steuergeldern
17 für Sonderinvestitionen die sich im Zeitraum 2014 bis 2019 auf insgesamt ca. 45
18 Millionen € belaufen. Doch die halfen alle nicht dem negativen Trend des Flughafens
19 entgegenzuwirken. Es wird seit Jahren versprochen, dass der Flughafen bald ohne
20 Ausgleichszahlungen betrieben werden kann. Es wird Zeit, dass nun ein Ultimatum
21 gesetzt wird, damit nicht weiterhin Jahr für Jahr je ca. 2-4 Millionen €
22 Ausgleichszahlungen in einen aussichtslosen Betrieb gesetzt werden.

23 Denn die Gelder wären längst besser angelegt in Verkehrsprojekte, welche der gesamten
24 saarländischen Bevölkerung dienen und nicht nur Spitzenverdienenden. Zum Beispiel
25 könnte das Radwegenetz erheblich ausgebaut oder aber viele weitere Teile des
26 Vehrkehrsentwicklungsplans umgesetzt werden.

27 **Daher fordern wir:**

28 Der Flughafen Saarbrücken soll künftig nicht mehr mit Mitteln des Landes bezuschusst
29 werden, auch wenn daraus die Konsequenz folgt, dass der Flughafen schließen müsste.
30 Die Gelder sollen lieber in sinnvolle Projekte, die einem größeren Teil der
31 Gesellschaft dienen investiert werden, wie zum Beispiel die Umsetzung des
32 Verkehrsentwicklungsplans für das Saarland oder dem Ausbau der Radwegeinfrastruktur.

33 **Quellen:**

34 [https://saarland.vcd.org/themen/flugverkehr/bestaendig-bergab-die-wahrheit-zum-
35 flughafen-ensheim](https://saarland.vcd.org/themen/flugverkehr/bestaendig-bergab-die-wahrheit-zum-flughafen-ensheim)

36 https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/flughafen_saarbruecken_beihlifen_100.html
37



38 [https://saarland.vcd.org/themen/flugverkehr/flughafenausbau-luxemburg-ist-chance-
fuer-das-saarland](https://saarland.vcd.org/themen/flugverkehr/flughafenausbau-luxemburg-ist-chance-
39 fuer-das-saarland)

40 [https://www.saarland.de/mukmav/DE/portale/mobilitaet/informationen/oePNV/vep_oePNV/ve
p_node](https://www.saarland.de/mukmav/DE/portale/mobilitaet/informationen/oePNV/vep_oePNV/ve
41 p_node)

42 [https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/mukmav/verkehr/%C3%96PNV/dld_vep_oePN
v_bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4](https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/mukmav/verkehr/%C3%96PNV/dld_vep_oePN
43 v_bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

44 <https://www.flughafen-saarbruecken.de/unternehmen-karriere/zahlen-fakten/>

Antrag C03: Förderung und Investition des ÖPNVs

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | C - Energie, Umwelt, Verkehr |

1 Es ist dunkel, und du machst dich nachts auf den Nachhauseweg? Zum Glück kommt da die
2 Saarbahn, dein Freund und Helfer, an die Haltestelle gefahren. Bequem von Lebach bis
3 nach Sarreguemines – und das alles in einem einzigen Verkehrsmittel. Um diesen
4 Komfort und diese Sicherheit weiter zu fördern, fordern wir mehr finanzielle Mittel
5 für den Ausbau der Saarbahn.

6 Die Investitionen sollen den Bau neuer Strecken, die Anschaffung zusätzlicher
7 Fahrzeuge und die umfassende Schulung des Personals umfassen. Insbesondere
8 fordern wir eine bessere Anbindung des Saarbrücker Westens und weiterer bislang
9 abgeschnittener Stadtteile der Großregion. Dazu zählen zum Beispiel Klarenthal,
10 Gersweiler, Altenkessel und Ottenhausen.

11 Um den allgemeinen Ausbau des Nahverkehrs realistisch und klug umzusetzen, sollten
12 auch Alternativen zum aktuellen Verkehrsangebot in Betracht gezogen werden. Eine
13 sinnvolle Ergänzung könnten hier Zwölfsitzer sein, die kleineren und flexibleren
14 Lösungen gegenüber großen Bussen darstellen. Dabei sollten umweltfreundliche
15 Antriebsarten wie Elektro- oder Wasserstoffantriebe bevorzugt werden.

16 Außerdem sollen mehr Investitionen in barrierefreie Transportmittel und barrierefreie
17 Bus und Bahnsteige getätigt werden.

18 Durch diese Maßnahmen wollen wir den öffentlichen Nahverkehr nicht nur effizienter
19 und umweltfreundlicher gestalten, sondern auch die Lebensqualität der Menschen in
20 der Region erheblich verbessern. Denn nur durch einen gut ausgebauten und modernen
21 Nahverkehr können wir sicherstellen, dass jeder, unabhängig von der Tageszeit, sicher
22 und bequem nach Hause kommt.

Antrag C05: Stopp den Monokulturen: Mehr Vielfalt in Forst- & Landwirtschaft

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Energie (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | C - Energie, Umwelt, Verkehr |

- 1 Bei der Monokultur-Baumzucht in Deutschland werden in erster Linie große Flächen mit
2 einer einzigen Baumart bewirtschaftet, oft für kommerzielle Zwecke wie die
3 Holzproduktion oder Bioenergie.
- 4 Diese Monokultur-Baumfarmen sind aus mehreren Gründen besorgniserregend. Sie führen
5 oft zur Zerstörung der Biosphäre und Süßwasserverschmutzung. Darüber hinaus können
6 sie natürliche Wasserkreisläufe stören und den Kohlenstoffgehalt des Bodens
7 verringern, da sie im Vergleich zu natürlichen Wäldern weitaus weniger Kohlenstoff
8 speichern. Dies kann zum Klimawandel beitragen, da Bäume in diesen Plantagen
9 Kohlenstoff für kürzere Zeiträume speichern und ihn schneller wieder in die
10 Atmosphäre freisetzen, wenn sie für Energie oder kurzlebige Produkte gefällt werden.
- 11 Trotz dieser Bedenken haben einige deutsche Klimafinanzierungsprojekte Monokultur-
12 Baumplantagen in Entwicklungsländern wie Indien und Paraguay unterstützt. Dies hat zu
13 weiteren Problemen geführt, wie der Zerstörung von artenreichen natürlichen Wäldern
14 und Grasland sowie der Verletzung der Rechte lokaler Gemeinschaften, Wälder zu
15 bewirtschaften und zu erhalten.
- 16 Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Monokultur Aufforstung in Deutschland in
17 erster Linie auf die kommerzielle Holz- und Bioenergieproduktion ausgerichtet ist,
18 wobei häufig nicht heimische Baumarten verwendet werden. Diese Praktiken können
19 negative Auswirkungen auf die Umwelt, die örtlichen Gemeinden und die
20 Süßwasserquellen haben und sind aufgrund des geringeren Potenzials zur
21 Kohlenstoffbindung von Monokulturplantagen möglicherweise nicht wirksam gegen den
22 Klimawandel.
- 23 Deshalb wird gefordert, ein Gesetz zu erarbeiten, das die Bewaldung von nur einer Art
24 pro Quadratkilometer verbietet.

Antrag D01: Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Generationengerechtigkeit herstellen!

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Konzept in der Diskussion über soziale
2 und politische Gerechtigkeit. Sie bezieht sich auf die faire Verteilung von Rechten,
3 Pflichten und Ressourcen zwischen den verschiedenen Generationen einer Gesellschaft.
4 In Anbetracht der demografischen Veränderungen, des Klimawandels und der
5 wirtschaftlichen Herausforderungen wird Generationengerechtigkeit zu einem immer
6 drängenderen Thema. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen
7 beeinflussen nicht nur die heutigen Generationen, sondern haben weitreichende
8 Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Es stellt sich die Frage, wie wir eine
9 Gesellschaft gestalten können, die solidarisch und generationengerecht ist. In diesem
10 Zusammenhang sind verschiedene Dimensionen zu berücksichtigen, darunter soziale
11 Sicherheit, Umweltpolitik, Bildung und Arbeitsmarkt. Eine nachhaltige und gerechte
12 Gestaltung dieser Bereiche erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit
13 bestehenden Strukturen und die Entwicklung neuer Ansätze, die die Bedürfnisse und
14 Rechte aller Generationen berücksichtigen. Dieser Text widmet sich einer kritischen
15 Analyse der aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten, um eine solidarische und
16 generationengerechte Gesellschaft zu schaffen.

17 Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Gesellschaft und
18 betrifft alle Bereiche des Lebens. Es geht darum, dass die Bedürfnisse und Rechte
19 aller Generationen – von den Jüngsten bis zu den Ältesten – berücksichtigt und
20 ausgewogen behandelt werden. Dabei spielen nachhaltige Umweltpolitik, faire
21 Bildungschancen, ein gerechtes Rentensystem und die Beteiligung junger Menschen an
22 politischen Entscheidungen eine wesentliche Rolle.

23 Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation zwingt uns, über eine
24 gerechtere Verteilung der Ressourcen und Chancen nachzudenken. Als Jusos wollen wir
25 eine Gesellschaft gestalten, die auf Solidarität, Demokratie und sozialer
26 Gerechtigkeit beruht. Wir müssen heute mutige und progressive Schritte unternehmen
27 und Visionen wagen, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern.

28 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass in allen politischen Bereichen die Prinzipien
29 der Generationengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.

30 Nachhaltige Klimapolitik:

31 Die Uhr tickt! Der Klimawandel ist die größte Krise unserer Zeit. Durch heiße
32 Sommer, extreme Dürre, verheerende Waldbrände, tödliche Flutkatastrophen spüren wir
33 die ersten Symptome des Klimawandels. Es darf keine Überlegung mehr sein, ob man
34 Klimapolitik macht, sondern wie. Klimaschutz muss die Grundlage jeder politischen
35 Entscheidung sein und das nicht nur auf Landes- und Bundesebene, sondern auch auf
36 kommunaler Ebene. Die Kostendebatte wie viel Klimaschutz wir uns leisten können muss
37 ein Ende haben. Wir müssen jetzt handeln, da unsere Zukunft und unser Leben auf dem
38 Spiel stehen. Es ist höchste Zeit für einen radikalen Wandel. Dabei müssen Maßnahmen
39 des Wandels sozial gerecht und ökologisch nachhaltig umsetzbar sein.

40 Bis 2035 muss das Saarland klimaneutral werden!

41 Als Industrieland tragen wir eine große Verantwortung und wir stellen uns dieser und
42 müssen Vorbild in der Transformation werden.

43 Die Verkehrswende muss kommen. Dafür müssen wir den ÖPNV ausbauen, sowohl in der
44 Kostenfrage als auch in der Infrastruktur. Das 9€-Ticket war ein Beweis genug, dass
45 wenn es das Angebot des kostengünstigen ÖPNV gibt, sich Menschen dem auch
46 anschließen. Das Angebot von Buslinien, Straßenbahnen und Zügen muss ausgeweitet
47 werden. So, dass es sich lohnt, statt dem Auto einfach den Bus oder Zug zu nehmen.
48 Wir fordern einen kostenfreien ÖPNV, sodass sich jeder Mensch das Bus- und Zugfahren
49 leisten kann!

50 Mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Schule, Ausbildung oder Beruf kann eine
51 Herausforderung sein. Zu wenige Fahrradwege, geringe Sicherheit auf den Straßen und
52 zu enge Straßen. Diese Hindernisse dürfen heutzutage nicht sein. Das Radwegenetz im
53 Saarland muss so ausgebaut werden, dass man in jedem Dorf und jeder Stadt
54 unbedenklich mit dem Fahrrad unterwegs sein kann. Optimal sind auch verpflichtende
55 Flick- und Pumpstationen an Fahrradwegen, sodass es auch nicht an den Kleinigkeiten
56 hängt, ob man mit dem Fahrrad fährt. Fahrradboxen zum Parken und Ladestationen für E-
57 Bikes sollen ebenfalls an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, Schulen, Universitäten
58 und Rathäuser aufgestellt werden.

59 **Bildung und Chancengleichheit:**

60 Das Kernversprechen der sozialdemokratischen Politik ist die gute Bildung.

61 Soziale und demokratische Teilhabe ist nur durch gleiche Bildungschancen für alle zu
62 verwirklichen. In den Bildungseinrichtungen fehlen zurzeit Fachkräfte, die Kinder,
63 Jugendliche und Erwachsene durchs Leben bringen. Die digitale, technische und
64 bauliche Ausstattung lässt zu wünschen übrig.

65 Frühkindliche Bildung ist ein Grundstein für die Chancengleichheit. Dementsprechend
66 braucht es genügend Plätze in Kindertagesstätten.

67 Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird nicht gedeckt. Der Ausbau der Betreuungsplätze
68 in der frühen Bildung erfordert auch eine Fachkräfteoffensive, die genügend
69 Erzieher:innen einstellt. Dafür muss die Ausbildung zur Erzieher:in attraktiver
70 werden. Dies beinhaltet die kostenfreie, vergütete Ausbildung sowie gute
71 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

72 Wir wollen, dass ein kostenfreier Zugang zu Bildung für alle möglich ist, von der
73 Kindertagesstätte bis zur Vollendung der Ausbildung oder Studium. Unser Anspruch ist
74 die beste Bildung von Anfang an. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern
75 abhängig sein! Die SPD macht im Saarland den ersten richtigen Schritt- die
76 Abschaffung der KiTa- Beiträge bis 2027 entlastet vor allem junge Familien.

77 Um Familien weiter zu entlasten, setzen wir uns für die Ausweitung der Ganztagschule
78 ein. Jede*r soll die Möglichkeit bekommen, eine umfangreiche Betreuung zu haben.
79 Dafür braucht es genügend Personal.

80 Ein Tablet in jedem Schulranzen ist nicht mehr wegzudenken! Die Schule der Zukunft
81 ist digital und steht für Weiterentwicklung. Dadurch lernen die Kinder, Eltern und
82 Lehrer*innen den Umgang mit mobilen Endgeräten. Für digitale Lernmethoden bedarf es
83 Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer*innen. Das Gelernte in der Schule dient somit

84 auch der Weiterentwicklung und als Soft-Skill für das Berufsleben.

85 Für Lehrer*innen dienen digitale Tools zur Entlastung von administrativer Arbeit. Der
86 Verwaltungsaufwand kann reduziert werden, sodass mehr Zeit für den Unterricht oder
87 individuelle Unterstützung für Schüler*innen übrigbleibt.

88 **Für ein gerechtes Gesundheitssystem**

89 Um Anerkennung zu schenken, reicht es nicht für die soziale und pflegerische Arbeit
90 zu klatschen. Arbeitnehmer:innen werden körperlich, psychisch und finanziell
91 ausgebeutet. Belastende Arbeitssituation, zu wenig Entlohnung, zu viel Bürokratie,
92 wenig Zeit für Patient:innen. Viele Arbeitskräfte kehren dem Beruf den Rücken zu. Die
93 Anzahl der Beschäftigten bricht weg. Zeitgleich steigt durch den demografischen
94 Wandel und alternde Bevölkerung die Anzahl der Pflegenden stetig an.

95 Wer sich in Zukunft um Patient:innen kümmert, geht ebenfalls mit der
96 Generationengerechtigkeit einher. Der Ausbildungsberuf und der Beruf an sich müssen
97 attraktiver werden. Die Löhne müssen steigen, die Überstunden müssen wegfallen. Durch
98 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen wir den jetzigen und kommenden
99 Generationen einen attraktiven Beruf anbieten.

100 **Wohnraum und soziale Sicherheit:**

101 Es ist kein Geheimnis, dass es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. sozialen Wohnungsbau
102 massiv ausweiten und vorantreiben. Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen im
103 Saarland steigt stetig an. Besonders Kinder, alleinerziehende Mütter und ältere
104 Menschen sind von Armut betroffen. Es steht ein Wohnungsmarkt zur Verfügung mit enorm
105 hohen Mieten und Sanierungsstau. Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht und keine Ware.
106 Sie muss für Jede:n bezahlbar sein. Der soziale Wohnungsbau muss stärker bezuschusst
107 werden und durch Förderprogramme ausgebaut werden. Es darf nicht zur Spaltung der
108 Gesellschaft kommen, in dem diese Wohnungen am Rand der Gesellschaft gebaut wird,
109 sondern auch mittendrin. Zudem brauchen wir ,Co-Living-Projekte für mehrere
110 Generationen, in denen ältere und jüngere Menschen vom gemeinsamen Leben profitieren
111 können.

112 **Finanzpolitik**

113 Wenn es ums Geld geht, werden die Stimmen immer lauter- außer bei der Bevölkerung. In
114 einem Sparhaushalt kann man sich nur kaputtsparen. Die Bevölkerung nimmt diesen
115 einfach so an, obwohl dies die Grundlage und Ursprung für die o.g. Probleme und
116 Konflikte steht. Fehlende Investitionen in Ehrenamt, Gesundheit, Bildung, Förderung
117 uvm. Schaden unserer Gesellschaft und unseren kommenden Generationen massiv.

118 Wir fordern eine generationenüberschreitende Steuerreform und somit die Einführung
119 einer Erbschaftsteuer, die progressiv ansteigt und große Vermögen stärker belastet,
120 um die Chancengleichheit zu erhöhen.

121 Wir müssen heute die Grundlagen dafür legen, dass kommende Generationen in einer
122 gerechten und lebenswerten Welt aufwachsen können. Es ist unsere Pflicht,
123 Verantwortung zu übernehmen und eine Politik zu gestalten, die nachhaltig,
124 solidarisch und zukunftsorientiert ist. Lasst uns gemeinsam für eine gerechte
125 Verteilung der Chancen und Lasten zwischen den Generationen kämpfen.

126 Ein 'weiter so' kann und darf es nicht geben. Die Wende können wir nur dann

127 gestalten, wenn der Staat in unsere Zukunft investiert. Und deshalb fordern wir, die
128 Schuldenbremse endlich abzuschaffen!

129 **Rentenreform**

130 Aus jungsozialistischer Perspektive ist die Umgestaltung des Rentensystems von
131 zentraler Bedeutung, um eine gerechte und nachhaltige soziale Absicherung für alle
132 Generationen zu gewährleisten. Der bestehende Rentenmechanismus, der oft auf dem
133 Umlageverfahren basiert und teils von privatwirtschaftlichen Zusatzversicherungen
134 abhängt, zeigt zunehmend seine Schwächen. Er ist nicht nur anfällig für demografische
135 Verschiebungen, sondern auch für soziale Ungerechtigkeiten, da er ungleiche Lebens-
136 und Erwerbsverläufe nicht ausreichend berücksichtigt.

137 Ein nachhaltig gestaltetes Rentensystem sollte universell und solidarisch
138 ausgestaltet sein, sodass alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen in die
139 Rentenkasse einzahlen. Dieses System würde die soziale Absicherung nicht nur
140 gerechter gestalten, sondern auch eine faire Verteilung der Lasten und Nutzen
141 garantieren. Ein solcher Ansatz könnte durch eine progressive Einkommensabgabe und
142 die Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes für alle Erwerbstätigen und
143 Kapitalerträge realisiert werden.

144 Darüber hinaus ist es notwendig, das Rentenalter dynamisch an die Lebensarbeitszeit
145 und die Arbeitsbedingungen anzupassen, um die Belastungen für alle fair zu verteilen.
146 Ein solidarisches Rentensystem müsste zudem die Inklusion von prekären und nicht-
147 traditionellen Erwerbsbiografien, wie etwa freiberuflicher oder temporärer Arbeit,
148 sicherstellen, um soziale Ungleichheiten zu verringern.

149 Insgesamt sollte das Ziel sein, ein Rentensystem zu etablieren, das nicht nur die
150 Gegenwart absichert, sondern auch für zukünftige Generationen nachhaltig und gerecht
151 bleibt. Dies erfordert eine grundlegende Reform, die den Prinzipien der sozialen
152 Gerechtigkeit und Solidarität folgt, und alle sozialen und wirtschaftlichen
153 Verhältnisse fair berücksichtigt.

154 Das bestehende Rentensystem weist signifikante strukturelle Benachteiligungen auf,
155 die insbesondere FINTA-Personen (Frauen, Inter*, Nicht-binäre und trans Personen)
156 sowie BIPOC (Black, Indigenous, and People of Color) betreffen. Diese Ungleichheiten
157 sind tief verwurzelt und wirken sich negativ auf die Rentenansprüche dieser Gruppen
158 aus, was zu einer ungleichen Altersversorgung führt.

159 FINTA-Personen sind häufig von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen, die sich
160 ungünstig auf ihre Rentenansprüche auswirken. Frauen arbeiten statistisch gesehen
161 häufiger in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen, was ihre Rentenbeiträge
162 reduziert. Zudem leisten sie nach wie vor einen erheblichen Teil unbezahlter Care-
163 Arbeit, die in den meisten Rentensystemen nicht ausreichend berücksichtigt wird.
164 Diese strukturelle Benachteiligung führt dazu, dass Frauen und andere FINTA-Personen
165 im Rentenalter oft mit geringeren Altersrenten konfrontiert sind, was ihre
166 wirtschaftliche Sicherheit erheblich gefährdet.

167 Ähnlich betroffen sind BIPOC, die häufig unter diskriminierenden Bedingungen im
168 Arbeitsmarkt leiden. Diese Diskriminierung resultiert oft in unsicheren und niedrig
169 bezahlten Arbeitsverhältnissen, die sich negativ auf die Rentenansprüche auswirken.
170 Darüber hinaus haben BIPOC oftmals eingeschränkten Zugang zu Bildungs- und
171 Weiterbildungsmöglichkeiten, was ihre Erwerbsbiografien und damit ihre

172 Rentenansprüche weiter belastet.

173 Um ein solidarisches und generationengerechtes Rentensystem zu schaffen, ist es daher
174 entscheidend, diese strukturellen Ungleichheiten gezielt anzugehen. Ein solcher
175 Ansatz muss sicherstellen, dass Zeiten der unbezahlten Care-Arbeit in die
176 Rentenberechnung einfließen, um die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern
177 auszugleichen. Zudem ist es notwendig, Arbeitsmarktbedingungen zu verbessern und
178 diskriminierende Strukturen abzubauen, um allen Menschen gleiche Chancen auf
179 Erwerbsarbeit und Weiterbildung zu bieten. Darüber hinaus sollten gezielte
180 Unterstützungsmaßnahmen eingeführt werden, um besonders benachteiligte Gruppen zu
181 entlasten und bestehende Ungleichheiten auszugleichen.

182 Ein gerechtes Rentensystem muss weit mehr als nur ein finanzielles Modell sein. Es
183 muss soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit fördern, indem es die strukturellen
184 Benachteiligungen von FINTA-Personen und BIPoC aktiv adressiert. Nur durch diese
185 umfassende Reform kann ein tatsächlich solidarisches System entstehen, das alle
186 Menschen fair absichert und soziale Ungerechtigkeiten beseitigt.

187 Deswegen fordern wir:

- 188 • Die Jusos Saar werden sich im Sinne der Generationengerechtigkeit mit
189 Organisationen aller Altersklassen und Strukturen, insbesondere auch mit der AG
190 60 Plus, über ein Konzept betreffend allen Fragen der Generationengerechtigkeit
191 austauschen.

Antrag D02: Abtreibung ist Women's healthcare- Entkriminalisierung JETZT

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

- 1 Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland noch immer strafrechtlich verboten.
2 Diese Regelung greift tief in das körperliche und reproduktive Selbstbestimmungsrecht
3 von Menschen mit Uterus ein. Außerdem ist die Pflicht zum Austragen einer
4 Schwangerschaft eine Verletzung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit. Doch
5 nicht nur die betroffene schwangere Person macht sich strafbar. Auch für die
6 Ärzt*innen, die Abtreibungen durchführen, ist diese medizinische Dienstleistung eine
7 risikoreiche Angelegenheit. Zwar bleiben Betroffene sowie Ärzt*innen aufgrund der
8 „Beratungsregelung“ meist straffrei, trotzdem ist die Durchführung eines
9 Schwangerschaftsabbruches prinzipiell rechtswidrig.
- 10 Die Regelung im Strafgesetzbuch hat nicht nur eine Wirkung auf Betroffene und
11 medizinisches Personal. Sie zeigt auch eine Wirkung nach außen.
12 Schwangerschaftsabbrüche und Menschen, die sie durchführen und erhalten, sind
13 weiterhin gesellschaftlich stigmatisiert. Das zeigt sich unter anderem darin, dass
14 sogenannte „Pro Life“-Demonstrationen vor Abtreibungskliniken nicht selten sind.
15 Problematisch ist außerdem, dass es durch die aktuelle Regelung für ungewollt
16 Schwangere sehr schwer ist, an Informationen und medizinische Versorgung zu kommen.
17 Insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist die Lage so
18 schlecht, dass eine angemessene medizinische Versorgung dieser Menschen nicht
19 gewährleistet ist. Zudem spielen auch die Kosten einer Behandlung eine Rolle.
20 Aufgrund des geltenden Rechts werden Schwangerschaftsabbrüche nach der
21 Beratungslösung nicht von den Krankenkassen übernommen. Obwohl einkommensschwache
22 Menschen durch die Bundesländer entlastet werden, trägt der Kostenfaktor zu einem
23 Bild von Abtreibung als „teures Verhütungsmittel“ und somit zur weiteren
24 Stigmatisierung bei.
- 25 Nach der Beratungslösung ist es für ungewollt Schwangere Pflicht, eine sogenannte
26 „Beratungsbescheinigung“ zu erlangen. Sie bestätigt, dass die Person an einer
27 Schwangerschaftskonfliktberatung teilgenommen hat. Sie werden von staatlich
28 anerkannten Beratungsstellen ausgestellt. Während dieser Gespräche sollen der
29 ungewollt schwangeren Person Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch aufgeführt
30 werden. Die Pflicht, an einer Beratung teilzunehmen, ist ein Eingriff in die
31 reproduktive Selbstbestimmung. Eine Beratung zur Schwangerschaft und Geburt hin ist
32 oft eine große psychische Belastung für die betroffene Person. Es zeigt sich
33 außerdem, dass eine Zwangsberatung keinesfalls zur Reduktion von
34 Schwangerschaftsabbrüchen führt. Die Entscheidung, ob eine Beratung stattfinden soll,
35 muss immer von der ungewollt schwangeren Person getroffen werden und darf ihr nicht
36 von einer übergeordneten Stelle vorgeschrieben werden. Mit der Beratungspflicht
37 spricht man den Betroffenen die Fähigkeit ab, selbst eine fundierte Entscheidung zu
38 treffen.
- 39 Die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen eine Atmosphäre der Unsicherheit und

40 Angst, die nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Ärzt*innen beeinflusst. Viele
41 Mediziner*innen zögern, Abtreibungen anzubieten, aus Furcht vor rechtlichen
42 Konsequenzen und gesellschaftlicher Ächtung. Diese Zurückhaltung führt zu einem
43 Mangel an verfügbaren Dienstleistungen und erschwert den Zugang zu sicheren
44 Schwangerschaftsabbrüchen. Darüber hinaus hat die Stigmatisierung einen
45 tiefgreifenden Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung und das gesellschaftliche
46 Klima. Frauen, die Abtreibungen in Anspruch nehmen oder darüber nachdenken, fühlen
47 sich oft isoliert und verurteilt, was zu zusätzlichem psychischen Stress und Scham
48 führt.

49 Die gesellschaftliche Stigmatisierung wird durch die Gesetzgebung weiter verstärkt,
50 da die Kriminalisierung von Abtreibungen suggeriert, dass diese medizinische
51 Entscheidung moralisch verwerflich sei. Dies trägt zu einem feindlichen Umfeld bei,
52 in dem Betroffene sich nicht frei äußern können, ohne Angst vor Verurteilung zu
53 haben. Die „Pro Life“-Demonstrationen vor Abtreibungskliniken sind ein sichtbares
54 Zeichen dieses sozialen Drucks und können für die betroffenen Frauen einschüchternd
55 und traumatisierend sein.

56 Die Pflicht zur Teilnahme an einer Schwangerschaftskonfliktberatung ist ebenfalls ein
57 umstrittenes Thema. Diese Beratungen sollen den Frauen Alternativen zum
58 Schwangerschaftsabbruch aufzeigen und sicherstellen, dass sie eine „informierte
59 Entscheidung“ treffen. Diese Pflicht ist paternalistisch und stellt eine weitere
60 Hürde dar. Für viele Frauen ist die Teilnahme an einer solchen Beratung eine
61 psychische Belastung, da sie sich in einer ohnehin schwierigen und emotional
62 belastenden Situation befinden. Zwangsberatungen führen zudem nicht zu einer
63 signifikanten Reduktion von Schwangerschaftsabbrüchen, sondern verzögern lediglich
64 den Prozess und erhöhen den Stress für die Betroffenen.

65 Die Beratungspflicht untergräbt auch das Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der
66 Frauen. Sie impliziert, dass Frauen nicht in der Lage sind, selbstständig eine
67 fundierte Entscheidung zu treffen und dass ihre Urteilsfähigkeit durch externe
68 Einflüsse gesteuert werden muss. Dies ist nicht nur eine Bevormundung, sondern auch
69 eine Form der Diskriminierung, die Frauen als weniger kompetent und autonom
70 darstellt.

71 Eine weitere kritische Betrachtung verdient die Rolle des Staates in dieser Thematik.
72 Die restriktiven Regelungen und die damit verbundene Stigmatisierung reflektieren
73 tief verwurzelte patriarchale Strukturen und moralische Vorstellungen, die Frauen und
74 ihre Körper kontrollieren und ihre Autonomie einschränken. Der Staat tritt als
75 moralische Instanz auf, die das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung infrage stellt
76 und ihnen die Fähigkeit abspricht, verantwortungsvolle Entscheidungen über ihren
77 eigenen Körper zu treffen.

78 Es ist notwendig, die Gesetze zu reformieren und eine Entkriminalisierung von
79 Schwangerschaftsabbrüchen anzustreben. Dies würde nicht nur die rechtliche und
80 medizinische Situation verbessern, sondern auch zu einer Entstigmatisierung und einer
81 humaneren Behandlung der betroffenen Personen beitragen. Eine umfassende Aufklärung
82 und der freie Zugang zu Informationen sowie eine unterstützende und respektvolle
83 medizinische Versorgung sind entscheidende Schritte auf dem Weg zur Beseitigung

84 patriarchaler Strukturen!

85 Deshalb fordern wir:

- 86 • Eine Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafgesetzbuches
- 87 • Eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb einer Frist von 12
- 88 Wochen oder bis der Fötus außerhalb des Uterus überlebensfähig wäre
- 89 • Eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei medizinischer und
- 90 kriminologischer Indikation ohne Frist
- 91 • Eine Abschaffung der Beratungspflicht von ungewollt Schwangeren
- 92 • Eine Einführung eines Rechtsanspruches auf Beratung für ungewollt Schwangere
- 93 • Eine Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen und
- 94 Aufnahme in deren Leistungskatalog
- 95 • Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen, insbesondere
- 96 Gynäkolog*innen, mit Fokus auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen
- 97 sowie die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen fest im Medizinstudium zu
- 98 verankern

Antrag D03: Ehrenamt stärken, Resilienz fördern – Psychische Gesundheit im Juso-Verband sichern

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 Ehrenamt ist gelebte Demokratie. Rund 29 Millionen Ehrenamtliche engagieren sich in
3 unserer Gesellschaft für das Gemeinwohl – gut ein Drittel aller Bürger*innen.

4 Ehrenamtliches Engagement ist dabei eine tragende Säule unserer Gesellschaft, ohne
5 die viele Bereiche wie der Katastrophenschutz, die Pflege, kulturelle Angebote,
6 Kommunalpolitik und viele weitere gar nicht mehr funktionieren würden. Auch die
7 Arbeit der ca. 80.000 Jusos ist hauptsächlich durch ehrenamtliches Engagement junger
8 Menschen möglich.

9 Neben den zahlreichen positiven Auswirkungen, die ehrenamtliche Tätigkeit auf die
10 Freiwilligen haben kann (erhöhte Lebenszufriedenheit, Dankbarkeit, Selbstwirksamkeit,
11 Motivation, soziale Netzwerke, etc.) finden wissenschaftliche Untersuchungen
12 zunehmend auch negative Effekte. Die ehrenamtlich Tätigen investieren viel Zeit und
13 Energie, oft neben beruflichen oder schulischen und familiären Verpflichtungen. Diese
14 Mehrfachbelastung kann nachweislich zu erhöhtem Stress und psychischen Belastungen
15 führen. Studien finden beispielsweise Zusammenhänge zwischen emotionaler Erschöpfung
16 oder Burnout und ehrenamtlichem Engagement, besonders dann, wenn die Freiwilligen
17 viel Zeit investieren, mit Unhöflichkeit konfrontiert sind, wenig Wertschätzung für
18 ihre Arbeit erhalten, bereits psychisch vorbelastet sind, keine Selbstwirksamkeit
19 erfahren oder schlecht in die Organisation, in der sie das Ehrenamt ausüben,
20 integriert sind.

21 Gerade parteipolitische Arbeit erfordert häufig vor allem im Wahlkampf viel Zeit, in
22 der man am Wahlkampfstand potenziell unhöflichen Wähler*innen ausgesetzt ist. Gerade
23 in Zeiten, in denen die psychische und physische Gewalt gegenüber Wahlkämpfer*innen
24 zunimmt, kann die psychische Gesundheit der Ehrenamtlichen davon stark beeinflusst
25 werden. Ebenfalls nehmen auch in den sozialen Medien die Beleidigungen und Drohungen
26 zu, denen sich politisch aktive Ehrenamtliche ausgesetzt sehen. Auch der Aspekt der
27 mangelnden Selbstwirksamkeitserfahrung kann besonders bei Wahlen eine große Rolle
28 spielen. Wer wochenlang engagierten Wahlkampf für eine Partei macht und jene dann
29 aber ein schlechtes Ergebnis erzielt, kann nur eingeschränkt etwaige Erfolge auf das
30 eigene Verhalten zurückführen. Dazu kommt, dass viele Ehrenamtliche in Parteien v.a.
31 auf kommunaler Ebene, ihren Urlaub aufbringen, um Wahlkampf für Ämter zu machen, die
32 sie ebenfalls ehrenamtlich ausüben. Hierbei fallen Möglichkeiten weg, Ressourcen für
33 Belastungen zu schöpfen, die im Zuge der Freiwilligenarbeit auftreten können.

34 Da auf vielen parteipolitischen Ebenen wenige Menschen tatsächlich aktiv mitgestalten
35 und dementsprechend viel Arbeit auf wenigen Freiwilligen verteilt ist, sind die
36 Anforderungen und Belastungen häufig sehr hoch. Häufig kommt es dazu, dass neuen
37 engagierten Mitgliedern, mit bester Intention und auf Grund von Personalmangel, viel
38 Verantwortung und Aufgaben in Form von Ämtern übergeben wird. Aus eigenem Kapazitäts-
39 und Ressourcenmangel fehlt es dann jedoch auch an Anleitung und Unterstützung,
40 weshalb sich bei eben jenen neuen Mitgliedern ein Gefühl der Überforderung einstellen

41 kann. Diese Form von Mitgliedereinsatz ist nicht nachhaltig, denn sie kann dazu
42 führen, dass neue Mitglieder schnell ausgebrannt sind und ihr Ehrenamt niederlegen.
43 Ein Problem stellt dabei auch ein Teufelskreis an Undankbarkeit dar. Ehrenamtliche,
44 die viel leisten und wenig Dankbarkeit dafür erfahren, können dazu tendieren, anderen
45 Ehrenamtlichen ebenfalls keine Dankbarkeit auszudrücken, weil sie ein Gefühl der
46 Selbstverständlichkeit und Missgunst entwickelt haben. Sie unterliegen einer Annahme,
47 dass wenn sie selbst keine Freizeit mehr haben und keine Dankbarkeit erfahren, soll
48 es anderen auch so gehen. Besonders ältere Parteimitglieder, denen während ihrer
49 Juso-Zeit wenig Wertschätzung und Verständnis entgegengebracht wurden, können solches
50 Verhalten zeigen.

51 Außerdem können auch innerparteiliche Konflikte und Machtkämpfe sehr belastend für
52 Ehrenamtliche sein und dazu führen, dass man sich schlecht integriert oder in
53 ständiger Konkurrenz mit anderen fühlt. So können beispielsweise die politischen
54 Strömungen, die innerhalb der Jusos existieren, Intergruppenkonflikte verstärken.
55 Besonders im Zuge des letzten Bundeskongresses 2024 sind die Awarenessfälle stark
56 angestiegen. Die Konfliktlinien, die zwischen den Strömungen verlaufen, können vor
57 allem bei neuen Juso-Mitgliedern Unbehagen und Misstrauen auslösen. Hier ist auch die
58 besonders schwierige Situation, in der sich BIPOCs (Black People, Indigenous People
59 and People of Colour) im Prozess der Wahl eines neuen Bundesvorstandes 2024 befanden,
60 anzumerken, die viele Mitglieder stark belastet hat.

61 Auch die Tatsache, dass politisches Engagement häufig auf Grund intrinsischer
62 Motivation erbracht wird (z.B. „Ich möchte die Welt verbessern.“, „Ich möchte anderen
63 helfen“), also um innere Zufriedenheit zu erlangen, kann ein Risikofaktor sein. Das
64 „Richtige“ zu tun, anstatt sich aus extrinsischer Motivation, zum Beispiel auf Grund
65 von Karrierevorteilen, zu engagieren, kann dazu führen, dass Freiwillige schlechter
66 ihre eigenen Grenzen wahrnehmen und einhalten oder diese gar ignorieren.

67 Trotz, dass psychische Gesundheit bei den Jusos immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist
68 „mentale Gesundheit in der Politik immer noch ein Tabuthema“, so Reka Molnar, die
69 2024 ihren Landesvorsitz in Bayern nach einem Jahr aus Angst vor einem Burnout
70 abgibt. Wenige Politiker*innen sprechen über die psychischen Belastungen, die mit
71 ihrer Arbeit oder ihrem Ehrenamt einhergehen, aus Angst, sich angreifbar zu machen.
72 Es gilt immer noch: Wer Schwäche zeigt, kann kein Amt ausüben. Und das, in einem
73 Verband, der inklusiv sein sollte.

74 Deswegen ist es unabdingbar, die langfristige Gesundheit und damit auch das
75 Engagement der Juso-Mitglieder zu sichern – denn Ehrenamt ist gelebte Demokratie.
76 Hierfür fordern wir, präventive Maßnahmen zu ergreifen und unterstützende Angebote
77 bereitzustellen.

78 Dazu zählen beispielsweise erstens Resilienz-Seminare zum Thema Stressbewältigung,
79 die einmal im Jahr im Bildungsprogramm der Jusos Saar und Rheinland-Pfalz Einzug
80 halten sollen. Diese sollen nach dem Vorbild der Resilienz-Seminare der Friedrich-
81 Ebert-Stiftung gestaltet sein, die dieses Angebot für ihre Stipendiat*innen bereits
82 seit einigen Jahren machen. An einem Wochenende sollen hier Grundkenntnisse über
83 psychische Gesundheit und Resilienz vermittelt werden. Dabei kann auch erarbeitet
84 werden, welche gesellschaftlichen Komponenten unser Wohlbefinden beeinflussen.
85 Außerdem soll es dort die Möglichkeit geben, Achtsamkeitsübungen zu machen und

86 Entspannungsangebote wie Yoga oder Progressive Muskelentspannung nach Jacobsen zu
87 nutzen. Des Weiteren soll es auch den Raum zur Reflexion des eigenen ehrenamtlichen
88 Engagements und parteiinternen Klimas geben. Dies kann durch ausgebildete
89 Psychotherapeut*innen oder Psycholog*innen im Rahmen einer Gruppenselbsterfahrung
90 angeleitet werden. Hier können potenziell ungesunde Strukturen aufgedeckt und
91 bearbeitet werden. Im Fokus soll die Möglichkeit stehen, neue Ressourcen des
92 Stressmanagements zu erlernen, bereits vorhandene zu aktivieren und gleichzeitig den
93 Raum einer offenen Gesprächskultur über psychische Gesundheit zu schaffen.

94 Zweitens fordern wir, dass es eine Person im Vorstand gibt, die als Ansprechperson
95 für die Themen, welche die psychische Gesundheit der Juso-Mitglieder betreffen,
96 dient. Wir schlagen vor, dass der Posten des/der Referent*in für Mitgliederbetreuung
97 im Landesvorstand diese Aufgabe übernimmt. Selbstverständlich soll es sich hierbei
98 nicht um eine tiefgehende psychologische Beratung handeln, vielmehr soll der/die
99 Referent*in für Mitgliederbetreuung die erste Kontaktperson für den Fall sein, dass
100 sich Ehrenamtliche im Zuge ihrer Freiwilligenarbeit unter Druck gesetzt fühlen oder
101 Stress ausgesetzt sind. Der/die Referent*in für Mitgliederbetreuung soll auch eine
102 Vermittlerrolle einnehmen, um, falls benötigt, Ressourcen auf der jeweiligen Ebene zu
103 aktivieren. Beispielsweise können andere Mitglieder des entsprechenden Kreises mit
104 einbezogen werden, um Konflikte zu lösen, Workload zu verringern, indem Aufgaben
105 adäquat verteilt werden, oder zu prüfen, wer Aufgaben der hilfeschuchenden Person auf
106 begrenzte Zeit übernehmen kann. Eine Liste mit psychologischen und
107 psychotherapeutischen Hilfsangeboten, auf welche die Betroffenen zurückgreifen
108 können, falls sich die Probleme nicht durch eine Intervention des/der Referent*in für
109 Mitgliederbetreuung lösen lassen, soll vom Vorstand erarbeitet werden.

110 Drittens fordern wir regelmäßige Vernetzungsangebote, die auf Veranstaltungen der
111 Jusos Saar, z.B. auf den Kommissionswochenenden, Festen, Workshops und
112 Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Auch wenn sich bereits viele Jusos
113 untereinander kennen und miteinander befreundet sind, treten stets neue Mitglieder
114 bei, die wir aktivieren und einbinden wollen. Da die gefühlte Integration in die
115 Organisation, in der man sich engagiert, einen Einfluss darauf hat, wie belastend man
116 sein Ehrenamt wahrnimmt, müssen wir als inklusive politische Jugendorganisation ein
117 großes Augenmerk auf Vernetzung legen. Neue Mitglieder berichten häufig von
118 anfänglichen Schwierigkeiten, sich in den als eng wahrgenommenen Kreis politischer
119 Jugendorganisationen einzufinden. Dazu kommt, dass nicht alle Menschen extrovertiert
120 sind und gut auf neue Personen und vor allem Gruppen zugehen können. Deswegen ist es
121 besonders wichtig, auch angeleitete Vernetzungsangebote, wie zum Beispiel „Speed
122 Dating“ zu realisieren. Hier sollen zu Beginn einer Veranstaltung alle Teilnehmenden
123 mit 5 zufälligen Personen jeweils für 2 Minuten sprechen. Dies soll helfen, die
124 anfängliche Hürde einer Kontaktaufnahme mit fremden Personen zu verringern und dazu
125 führen, dass Gruppenbildung aufgebrochen und bestenfalls reduziert wird. Auch
126 spielerische Energizer können diese Funktion erfüllen und sollen auf Veranstaltungen
127 der Jusos Saar zukünftig an passender Stelle Einzug halten.

128 Viertens fordern wir, dass es auf Bundesveranstaltungen der Jusos, an denen die Jusos
129 Saar mit einer Delegation teilnehmen eine „Bezugsperson“ geben muss. Diese soll
130 keinesfalls die Awarenessstrukturen der Bundesebene ersetzen, sondern vielmehr
131 erweitern. Diese Person soll dazu dienen, besonders neue Mitglieder, die ihre erste

132 Bundesveranstaltung der Jusos besuchen und noch nicht so breit bis gar nicht mit
133 Mitgliedern aus anderen Landesverbänden vernetzt sind, bei der Orientierung und
134 Kontaktaufnahme zu unterstützen. So kann jene Person beispielsweise Neumitglieder
135 bekannten Genoss*innen vorstellen und die Gegebenheiten und Abläufe der Veranstaltung
136 erläutern. Die Bezugsperson soll telefonisch oder per Nachrichten erreichbar sein.
137 Sie kann sich freiwillig aus der Delegation melden und muss nicht aus dem
138 Landesvorstand stammen.

139 Außerdem fordern wir ein Umdenken in der Anerkennungskultur innerhalb der Jusos. Wir
140 müssen uns stets bewusst machen, dass politisches Ehrenamt zwar Spaß machen kann,
141 aber stets in Konkurrenz mit der Freizeit der Freiwilligen steht. Ein Ehrenamt aktiv
142 und zeitintensiv auszuüben, kostet viel Energie, die nicht nur durch die intrinsische
143 Motivation der Ehrenamtlichen aufrechterhalten werden kann. Nur zu wissen, wofür man
144 etwas macht, kann nicht die nötigen Ressourcen bereitstellen, die man für einen 8-
145 stündigen Wahlkampftag benötigt. Hierzu zählen einerseits echte Wertschätzung in Form
146 von Lob und Dankbarkeit. Keine ehrenamtliche Tätigkeit ist selbstverständlich und
147 sollte dementsprechend auch nicht so behandelt werden. Wissenschaftliche Studien im
148 Arbeitskontext zeigen, dass echte Wertschätzung nachhaltig das Wohlbefinden erhöhen
149 und die wahrgenommene Arbeitsbelastung verringern kann. Wir fordern zur Förderung der
150 Wertschätzung im Verband, dass beispielsweise beim Sommerfest der Jusos Saar jedes
151 Mitglied einen Namen eines/r Genoss*in zieht. Über die zugeordnete Person soll
152 anschließend in 1-4 Sätzen etwas Wertschätzendes oder Dankbares geschrieben werden.
153 Diese Nachrichten können auch anonymisiert wieder an die Empfänger*innen ausgeteilt
154 werden. Bei Kapazität könnte man Wertschätzung im Verband auch institutionalisieren,
155 indem man eine eigene offizielle Veranstaltung zur Anerkennung der Arbeit aller
156 aktiven Mitglieder des letzten Jahres etabliert.

157 Zu einer guten Anerkennungskultur zählt neben Dankbarkeit und Wertschätzung aber auch
158 Unterstützung der Arbeit durch Begleitung, Beratung und Empowerment vor allem von
159 BIPOCs und FINTA*. Selbstverständlich ist es wichtig neuen Mitgliedern Verantwortung
160 zu übertragen und sie darin zu unterstützen in Ämter gewählt zu werden, wenn sie
161 Interesse daran haben. Wichtig ist hierbei jedoch immer, dass es Personen gibt, die
162 sich bereit erklären, den Einstieg zu erleichtern und Ressourcen, falls nötig bereit
163 zu stellen.

164 Weiterhin fordern wir, dass bei den Veranstaltungen der Jusos Saar, die Besprechungen
165 jeglicher Art beinhalten (z.B. Landesvorstandssitzungen, Landesausschusssitzungen)
166 nach 90 Minuten eine Pause mit einer Mindestdauer von 5 Minuten eingehalten werden.
167 Dies soll verhindern, dass jemand der ohnehin kurz Pause machen muss, wichtige zu
168 besprechende Inhalte verpasst. Außerdem ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass die
169 Konzentrationsfähigkeit nach 60-90 Minuten bei Erwachsenen sinkt, nach einer kurzen
170 Pause jedoch wieder hergestellt ist. Dies führt dazu, dass ebensolche Veranstaltungen
171 inklusiver werden, und reduziert die Erschöpfung, die Teilnehmende im Anschluss
172 verspüren.

173 Wir fordern außerdem, dass regelmäßig repräsentative anonyme Umfragen unter den
174 Jusos-Saar Mitgliedern durchgeführt werden, um einen Eindruck über das parteiinterne
175 Klima und die psychische Gesundheit und Resilienz zu gewinnen. Diese Online-Umfragen
176 sollen auf freiwilliger Teilnahme beruhen, einmal jährlich stattfinden und über die

177 Kreis- und Unterbezirkvorsitzenden an die Mitglieder versendet werden. Der genaue
178 Fragebogen und die Umsetzung, soll vom Vorstand erarbeitet werden. Die Ergebnisse der
179 Umfrage sollen auch zur Evaluation der Maßnahmen, welche die psychische Gesundheit
180 der Mitglieder stärken sollen, dienen.

181

Zuletzt fordern wir, dass folgende Leitpunkte beschlossen werden und diese für alle

182

Mitglieder auf der Website oder auf Social Media einsehbar sind. Auf diese Leitpunkte

183

kann auch im Zuge von Jusos Saar Veranstaltungen, wie z.B. der Landeskonferenz

184

hingewiesen werden.

185 Für uns bei den Jusos Saar gilt in Bezug auf psychische Gesundheit:

- 186 1. Wir setzen uns für ein inklusives Umfeld, frei von Rassismus, Sexismus,
187 Klassismus, Antisemitismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen ein, in
188 dem sich alle Mitglieder wohlfühlen und gleichermaßen teilhaben können.
- 189 2. Psychische Gesundheit ist kein Tabuthema, sondern hat bei uns Priorität. Es ist
190 wichtig, persönliche Grenzen zu setzen und diese zu respektieren.
- 191 3. Regelmäßige und ehrliche Anerkennung sowie Dankbarkeit sind für uns
192 selbstverständlich. Wir schätzen jedes Engagement.
- 193 4. Bei unseren Veranstaltungen werden Pausen und Erholungszeiten eingeplant und
194 eingehalten, um die Belastung zu minimieren und die Teilnahme inklusiver zu
195 gestalten.

196 *Alles Große in unserer Welt geschieht nur, weil jemand mehr tut, als er muss.*

197 *(Hermann Gmeiner) Aber bitte nur so viel er*sie kann.*

Antrag D04: Mutterschutz bei Fehlgeburten

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Land (Saarbrücken-Land) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 Über einen langen Zeitraum hinweg galten Fehl- und Totgeburten in unserer
3 Gesellschaft als stark tabuisierte Themen. Dieses gesellschaftliche Tabu führte dazu,
4 dass sowohl das Wissen über die Ursachen und die Häufigkeit solcher tragischen
5 Ereignisse als auch das Verständnis für die damit einhergehenden psychischen und
6 physischen Belastungen der Betroffenen stark limitiert waren. Diesem
7 Informationsdefizit war es geschuldet, dass Frauen* und Personen mit Uterus und ihre
8 Familien oft mit Schuldzuweisungen und Schamgefühlen konfrontiert wurden, was
9 wiederum den ohnehin schon immens hohen Leidensdruck nach einem solchen Verlust noch
10 weiter verstärkte. Die Kombination aus persönlichem Verlust und fehlendem
11 gesellschaftlichen Rückhalt trug somit wesentlich dazu bei, dass die Betroffenen sich
12 isoliert und unverstanden fühlten.

13 Fehlgeburten bleiben in vielen Gesellschaften gerade deswegen ein Tabuthema, da sie
14 tief in patriarchalen Normen verwurzelt sind, die Frauen* und Personen mit Uterus auf
15 ihre Rolle als Gebärende reduzieren. Diese Tabuisierung spiegelt die kulturelle
16 Erwartung wider, dass das weibliche Geschlecht in erster Linie für die Fortpflanzung
17 verantwortlich ist, und stellt ein Scheitern dieser Aufgabe als persönliche
18 Niederlage dar. In einem patriarchal geprägten Umfeld wird der Schmerz und das Leid,
19 das durch Fehlgeburten verursacht wird, häufig marginalisiert und als weniger
20 bedeutsam angesehen, was dazu führt, dass Betroffene ihr Leid im Stillen ertragen
21 müssen. Diese Unsichtbarmachung von Fehlgeburten verstärkt nicht nur das individuelle
22 Leid, sondern hält auch strukturelle Ungleichheiten aufrecht, indem sie die Kontrolle
23 über reproduktive Rechte und Gesundheit weiterhin patriarchalen Normen unterordnet.

24 Indem Fehlgeburten tabuisiert werden, wird nicht nur das Recht auf Trauer und
25 öffentliche Anerkennung des Verlustes verweigert, sondern auch die Möglichkeit, über
26 die gesundheitlichen und psychischen Folgen zu sprechen und angemessene Unterstützung
27 zu erhalten, eingeschränkt. Eine feministische Perspektive fordert daher die
28 Anerkennung von Fehlgeburten als gesellschaftlich relevantes Thema und die
29 Enttabuisierung dieser Erfahrung, um die patriarchalen Strukturen, die das Schweigen
30 und die Scham um diese Thematik stützen, zu beseitigen. Ein solcher Ansatz ermöglicht
31 es, die Diskussion über reproduktive Gesundheit und Rechte zu erweitern und die
32 Bedürfnisse von Personen mit Uterus in den Mittelpunkt zu stellen. Das würde nicht
33 nur die individuelle Autonomie stärken, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur
34 Dekonstruktion patriarchaler Machtverhältnisse leisten.

35 Besonders betroffen von diesen patriarchalen Strukturen sind Frauen* und Personen mit
36 Uterus im globalen Süden sowie Women of Color, die zusätzlich zu den Belastungen von
37 Fehlgeburten auch unter postkolonialen und rassistischen Machtstrukturen leiden. In
38 vielen Regionen des globalen Südens verschärfen Armut, mangelnde
39 Gesundheitsversorgung und restriktive Gesetze die ohnehin schon prekäre Situation von
40 Frauen* und Personen mit Uterus, was die Tabuisierung und das Schweigen rund um

41 Fehlgeburten weiter verstärkt. Aus einer international feministischen Perspektive ist
42 es daher unerlässlich, diese Thematik auch in einem globalen Kontext zu betrachten
43 und die spezifischen Herausforderungen, mit denen Women of Color konfrontiert sind,
44 in den Fokus zu rücken.

45 Die Enttabuisierung von Fehlgeburten muss daher auch eine globale Dimension haben, um
46 sicherzustellen, dass alle Betroffenen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Hautfarbe,
47 die notwendige Unterstützung und Anerkennung erhalten. Schlussendlich bedeutet die
48 feministische Auseinandersetzung mit Fehlgeburten, diese Erfahrungen als Teil eines
49 umfassenden Kampfes für Gleichberechtigung, reproduktive Gerechtigkeit und die
50 Bekämpfung von Rassismus und kolonialen Machtverhältnissen zu betrachten.

51 Die Aufklärung über Fehlgeburten stellt nicht nur eine medizinische Notwendigkeit
52 dar, sondern muss auch als ein zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags in einer
53 Gesellschaft verstanden werden, die sich für Gleichberechtigung und soziale
54 Gerechtigkeit einsetzt. Bildungssysteme, die das Thema Fehlgeburten systematisch
55 ausklammern, tragen zur Reproduktion patriarchalen Normen bei, indem sie ein
56 Schweigen um die Thematik aufrechterhalten. Eine umfassende Aufklärung über
57 Fehlgeburten würde nicht nur dazu beitragen, das gesellschaftliche Bewusstsein für
58 die Häufigkeit und die psychischen wie physischen Auswirkungen dieser Erfahrungen zu
59 schärfen, sondern auch die Grundlage für eine informierte und empathische
60 Gesellschaft schaffen. Dies ist insbesondere in einer Gesellschaft wichtig, die sich
61 für die Rechte von Frauen* und Personen mit Uterus starkmacht und die strukturellen
62 Barrieren, die ihnen im Zugang zu Wissen und Unterstützung entgegenstehen, abbauen
63 will.

64 Die Integration von Fehlgeburten in den Bildungsauftrag kann dazu beitragen,
65 patriarchale Tabus zu brechen und eine Kultur des offenen Dialogs und der
66 Unterstützung zu fördern. Darüber hinaus ist die Aufklärung über Fehlgeburten eine
67 Frage der sozialen Gerechtigkeit, da sie alle Menschen, unabhängig von Geschlecht,
68 Klasse oder ethnischer Zugehörigkeit, in die Lage versetzt, informierte
69 Entscheidungen über ihre Gesundheit und ihr Leben zu treffen. Insbesondere für
70 Menschen aus marginalisierten Gruppen, wie Women of Color oder Personen im globalen
71 Süden, ist eine solche Aufklärung entscheidend, da sie oft zusätzlich zu den
72 körperlichen und emotionalen Herausforderungen auch mit systemischer Diskriminierung
73 und unzureichender Gesundheitsversorgung konfrontiert sind. Ein Bildungsauftrag, der
74 die Aufklärung über Fehlgeburten umfasst, ist dabei als emanzipatorischer Akt zu
75 verstehen, der dazu beiträgt, die reproduktiven Rechte und die körperliche Autonomie
76 von Frauen* und Personen mit Uterus zu stärken.

77 Erfreulicherweise beginnt sich dieses Tabu langsam zu lösen, was wiederum dazu führt,
78 dass die vielfältigen Folgen von Fehl- und Totgeburten zunehmend in den Fokus der
79 öffentlichen Aufmerksamkeit rücken. Eine gesteigerte Sensibilität für die Problematik
80 ist nicht nur innerhalb der Gesellschaft zu beobachten, sondern auch auf politischer
81 Ebene, wo verstärkt über entsprechende Schutzmaßnahmen und Unterstützungsangebote
82 diskutiert wird.

83 Gemäß den Informationen des Deutschen Bundestags durchleben etwa ein Drittel aller
84 Personen mit Uterus bis zur 12. Schwangerschaftswoche (SSW) eine Fehlgeburt, was die

85 Häufigkeit dieses Ereignisses unterstreicht. Auch nach dieser kritischen Phase bleibt
86 das Risiko signifikant, da es zwischen der 12. und der 20. Schwangerschaftswoche
87 weiterhin relativ hoch ist. Eine detaillierte Analyse der Versichertendaten der IKK
88 zeigt zudem, dass mehr als 60 Prozent der Personen mit Uterus, die eine Fehlgeburt
89 erlitten haben, im Anschluss an dieses Ereignis psychische Erkrankungen entwickeln.
90 Diese Zahl verdeutlicht die tiefgreifenden Auswirkungen auf die psychische Gesundheit
91 der Betroffenen und hebt die Notwendigkeit umfassender Unterstützung und Intervention
92 hervor.

93 Die gegenwärtige Rechtslage in Deutschland unterscheidet strikt zwischen einer
94 Fehlgeburt vor der 24. Schwangerschaftswoche, in der davon ausgegangen wird, dass der
95 Fötus noch nicht lebensfähig ist, und einer Totgeburt nach der 24.
96 Schwangerschaftswoche. Diese Unterscheidung ist von besonderer Bedeutung, da sie
97 direkte Auswirkungen auf die Rechte der betroffenen Personen mit Uterus hat. Im Falle
98 eines Verlustes des Kindes vor der 24. Schwangerschaftswoche steht der betroffenen
99 Person kein Anspruch auf Mutterschutz zu. Erst ab der 24. Schwangerschaftswoche
100 besteht das Recht auf 18 Wochen Mutterschutz sowie auf den Bezug von
101 Mutterschaftsgeld gemäß § 24i SGB V. Zusätzlich spielt das Gewicht des Kindes eine
102 entscheidende Rolle: Sollte das Kind ein Gewicht von 500 Gramm oder mehr aufweisen,
103 erhält die betroffene Person bereits vor der 24. Schwangerschaftswoche Anspruch auf
104 Mutterschutz. Zudem besteht für Personen mit Uterus ab der 12. Schwangerschaftswoche
105 ein besonderer Kündigungsschutz.

106 Diese gesetzliche Unterscheidung nach Gewicht und Geburtszeitpunkt wird jedoch der
107 emotionalen und physischen Belastung, die mit einer Fehlgeburt einhergeht, in vielen
108 Fällen nicht gerecht. Körperliche Beeinträchtigungen sowie psychische
109 Traumatisierungen sind häufige Folgen von Fehlgeburten und betreffen die Betroffenen
110 unabhängig vom Zeitpunkt des Verlustes. Vor diesem Hintergrund erscheint es
111 unangemessen, dass Personen mit Uterus gezwungen sind, sich für eine
112 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu bemühen, anstatt unmittelbar und umfassend
113 rechtlich geschützt zu werden. Angesichts der tiefgreifenden psychischen und
114 physischen Belastungen, die mit einer Fehlgeburt einhergehen, sollte es eine
115 Selbstverständlichkeit sein, dass betroffene Personen einen uneingeschränkten
116 Anspruch auf Schutz und Unterstützung haben, ohne zusätzliche bürokratische Hürden
117 überwinden zu müssen.

118 **Daher fordern wir:**

119 Jeder Person mit Uterus muss nach einer erlittenen Fehlgeburt ein gesetzlicher
120 Mutterschutz haben, der sich nicht von dem einer Totgeburt unterscheidet.
121 Hierbei sollte es keine Deadline geben und nicht nach der Schwangerschaftswoche
122 unterschieden werden.

Antrag D05: Alkohol, Ja bitte aber in Maßen

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Wir fordern:

- 2 • ein Verbot der Plakatwand-, Rundfunk-, Fernseh- und Onlinewerbung für
3 alkoholhaltige Getränke,
4 • 0.15 Promille im Straßenverkehr,
5 • den Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher,
6 zielgruppenorientierter Aufklärung Angebote für Schulen
7 • begleitetes Trinken ab 14 verbieten
8 • die Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Lehrplänen
9 • deutlich erkennbare Warnhinweise mit graphischen Darstellungen auf allen
10 alkoholischen Getränken und Getränkekarten
11 • die selbstkritische Auseinandersetzung mit Alkohol im Verband
12 • den Landesvorstand auf ein Konzept zum verantwortungsvollen Alkoholkonsum im
13 Verband auszuarbeiten
14 • Die Schaffung von kostenlosen und professionellen Angeboten für Angehörige von
15 Alkoholkranken, insbesondere für Kinder von alkoholkranken Eltern

16 Ca. 7 Millionen Menschen der 18- bis 64-Jährigen konsumieren Alkohol in einer
17 gesundheitlich riskanten Form. Ca. 10% aller Todesfälle bei Männern sind auf Alkohol
18 zurückzuführen. Gleichzeitig ist Alkoholkonsum auf nahezu jeder Veranstaltung
19 präsent. Er hat ein gesellschaftliches Element, das wir nicht kleinreden wollen.
20 Zahlen zeigen, dass in breiten Teilen der Gesellschaft eine unkritische und
21 verharmlosende Einstellung zu der Droge vorliegt. Alkoholkonsum ist durch politisches
22 Handeln beeinflussbar. Wir brauchen deshalb in unserem Verband und auch darüber
23 hinaus eine Haltung des kritischen Konsums, sowohl für den Genuss als auch dagegen.
24 Wir wollen Alkohol, genauso wie alle anderen Suchtmittel nicht ablehnen. Wir erkennen
25 die kulturelle Bedeutung von Alkohol an und wollen diese auch würdigen. Lokale
26 Brauereien sollen als Kulturgut und Arbeitgeber geschützt werden. Jedoch empfinden
27 wir das Privatisieren von Gewinnen als problematisch, wenn jene Wirtschaftsakteure
28 die Folgen von übermäßigem Alkoholkonsum ignorieren. Jede:r in unserem Jugendverband
29 sollte sich in verantwortungsvollen Maße berauschen können, allerdings nur solange,
30 wie andere nicht davon negativ betroffen sind. Wir sind davon überzeugt, dass eine
31 öffentliche Debatte um Alkoholkonsum notwendig ist. Hiermit wollen wir unseren
32 Beitrag leisten.

33 Werbung: Bereits jetzt zeigt sich ein emotionalisiertes Marketing, dem alle Menschen
34 jeden Alters ständig ausgesetzt sind. Durch Werbung für Alkohol steigt die
35 Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem Gebrauch zu beginnen und erhöht bei bereits
36 existierendem Missbrauch die Trinkmenge. Kinder und Jugendliche sind dabei nicht nur
37 automatisch Außenwerbung ausgesetzt, sondern werden gezielt angesprochen. Werbung für
38 Suchtstoffe nimmt gerade die verletzlichsten Gruppen unserer Gesellschaft ins Visier.
39 Gewinne aus dem Verkauf fließen den Unternehmen zu, während die gesellschaftlichen

40 Kosten des Konsums von den sozialen Sicherungsnetzen aufgefangen werden müssen. Durch
41 ein absolutes Werbeverbot können wir die Berührungspunkte und gezielten Konsum-
42 Anregungen reduzieren.

43 Straßenverkehr: Als die erlaubte Alkoholgrenze bundesweit von 0,8 auf 0,5 Promille
44 reduziert wurde, war ein starker Rückgang von Verkehrsunfällen zu beobachten. Für
45 junge Fahrer:innen gilt bereits die 0,0-Regel. Wir möchten, dass die zulässige
46 Blutalkoholmenge auf 0,15 Promille reduziert wird. Alkoholisierte Fahrer:innen neigen
47 bereits bei 0,5 Promille zu verminderter Reaktionsfähigkeit. Geschwindigkeiten werden
48 falsch eingeschätzt. Fahrer:innen hören schlechter und tendieren zu einem
49 Tunnelblick. Mit der 0,15-Regel sorgen wir für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

50 Aufklärungskampagnen & Lehrplananpassung: Niedrigschwellige, zielgruppenorientierte
51 Informationen sind Grundlage für einen vernünftigen Umgang mit Alkohol. Die Kampagnen
52 der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bieten einen guten Ansatz,
53 jedoch reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus. Vorbeugung von Sucht sollte von
54 zentralem Stellenwert sein, wir fordern deshalb einen Ausbau öffentlicher
55 Informationskampagnen, die auch die Vorteile des Nicht-Konsums attraktiv erscheinen
56 lassen. Außerdem wollen wir durch Verankerung im Lehrplan gezielt junge Menschen auf
57 die Gefahren des Konsums aufmerksam machen. Das legale, begleitete Trinken ab 14
58 Jahren lehnen wir ab. In diesem Alter kann nicht von Heranführen zu verantwortlichem
59 Konsum die Rede sein. Eltern erziehen ihre Kinder vielmehr hin zum Alkoholkonsum. In
60 der sensiblen Phase der Entwicklung ab dem 15. Lebensjahr rund um die Pubertät
61 schränkt Alkoholkonsum die emotionale, soziale und kognitive Entwicklung kritisch
62 ein.

63 Warnhinweise: Ähnlich wie auf Tabak-Produkten könnten deutlich erkennbare
64 Warnhinweise mit graphischen Darstellungen auf allen alkoholischen Getränken zu einer
65 Erinnerung und Bewusstmachung der schädlichen Folgen des Alkoholkonsums führen. Wir
66 fordern daher solche Warnhinweise, die Hersteller:innen auf ihren Produkten kenntlich
67 machen sollten.

68 Im eigenen Verband: Die Frage der Menge und der Art des Konsums ist in der Regel von
69 der sozialen Bezugsgruppe abhängig. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol in unserem
70 Verband ist wichtig. Nicht-Konsum sollte genauso akzeptiert sein wie Konsum. Die
71 Nachfrage, "warum man nichts trinkt" ist daher unangebracht. Wir fordern alle
72 Amtsträger:innen auf, öffentliche Auftritte mit Suchtmitteln nach Möglichkeit zu
73 unterlassen. Selbstverständlich verstehen wir, dass bei Volksfesten,
74 Wahlkampfveranstaltungen etc., Alkoholkonsum erwartet wird. Jedoch ist auch hier ein
75 gewisser Spielraum, den jede:r Mandatsträger:in für sich nutzen kann. Alkohol schafft
76 nicht zwangsläufig eine für Flinta-Personen unangenehme Atmosphäre, ein Zusammenhang
77 zwischen Pegel und Zwischenfällen ist aber laut zahlreicher Studien erkennbar (vgl.
78 Quelle 4.). Die Tatsache, dass 60% aller Politikerinnen unter 45 bereits sexuelle
79 Belästigung erfahren mussten, sollte für uns ein Weckruf sein. Mithilfe unserer
80 Awareness Strukturen gehen wir als Jusos bereits gegen diskriminierendes Verhalten
81 vor. Es ist jedoch naiv davon auszugehen, dass die Jusos als Teil einer männlich
82 geprägten Gesellschaft frei von diskriminierendem Verhalten sind. Ein Konzept zu
83 verantwortungsvollem Alkoholkonsum hat das Potential Awarenessfällen vorzubeugen.

84 Quellen:

- 85 **Rauschert, C. et al. (2022): Konsum psychoaktiver Substanzen in Deutschland –**
86 **Ergebnisse des Epidemiologischen Suchtsurvey 2021. Deutsches Ärzteblatt**
87 **International, 119, 527-534. doi: 10.3238/arztebl.m2022.0244 .**
- 88 **Global Burden of Disease 2016 Alcohol Collaborators (2018): Alcohol use and burden**
89 **for 195 countries and territories, 1990-2016: a systematic analysis for the Global**
90 **Burden of Disease Study 2016. Lancet, 392(10152), 1015–1035. John, U. et al. (2022):**
91 **Alkohol. In: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.): DHS Jahrbuch Sucht 2022.**
92 **Lengerich: Pabst Science Publishers. 33-51.**
- 93 **Destatis (2022): Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden**
94 **Mitteln im Straßenverkehr 2021**
- 95 **<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/gesund-leben/sucht-und-gesundheit/alkohol/soziale-folgen/gewalt.html>**
- 96
- 97 **[https://www.eaf-](https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf)**
98 **berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Pol**
99 **itische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf**

Antrag D07: Feministische Städteplanung

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

- 1 Dunkel. Alleine. Ängstlich.
- 2 Viele Männer kennen das Gefühl von Angst und Unsicherheit in der Dunkelheit nicht.
- 3 Für FINTA-Personen (Frauen, Inter-, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen) ist
- 4 dies jedoch eine alltägliche Realität. Es ist dringend notwendig, Maßnahmen zu
- 5 ergreifen, um dieser Situation entgegenzuwirken. Deshalb fordern wir eine
- 6 feministische Stadtplanung, die folgende Aspekte umfasst:
- 7 Verbesserte Beleuchtung: Besonders in dunklen Ecken und auf Wegen, die häufig von
- 8 FINTA-Personen genutzt werden.
- 9 Spiegel: Strategisch platzierte Spiegel, um die Umgebung besser überblicken zu können
- 10 und so potenzielle Gefahren frühzeitig zu erkennen.
- 11 Wir fordern die Errichtung von Unterständen an Bushaltestellen auf eine Art und
- 12 Weise, durch die sichergestellt wird, dass einzelne Personen darin warten können und
- 13 ihr Rücken- und Seitenbereich geschützt ist. Außerdem sollten an diesen und an
- 14 anderen Aufenthaltsbereichen Notrufsäulen installiert werden, um im Notfall schnell
- 15 Hilfe rufen zu können.
- 16 Spezielle Sitze: Reservierte Sitzplätze, die farblich gekennzeichnet sind, in Bussen
- 17 und Bahnen vorrangig für Schwangere und Ältere, um deren Sicherheit und Komfort zu
- 18 gewährleisten.
- 19 Diese Maßnahmen zielen darauf ab, das Sicherheitsgefühl und die tatsächliche
- 20 Sicherheit von FINTA-Personen im öffentlichen Raum signifikant zu erhöhen.
- 21 Der Landesvorstand der Jusos Saar wird aufgefordert die Forderung an die
- 22 saarländischen Städte und Gemeinden weiterzugeben und sich für die Umsetzung
- 23 einzusetzen.
- 24 Die Forderungen sollen den Beschluss der Jusos Saar zur feministischen Städteplanung
- 25 aus dem Jahr 2023 ergänzen.

Antrag D09: Psychotherapeutische Weiterbildung sichern – Wegfall der Versorgung verhindern

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt), Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 Im Herbst 2019 haben Bundestag und Bundesrat eine weitreichende Reform des Gesetzes
3 zur Ausbildung von Psychotherapeut*innen (Psychotherapeutengesetz/ PsychThG^[1])
4 beschlossen, die seit dem 1. September 2020 mit zwölfjähriger Übergangsfrist gültig
5 ist.^[2]

6 Ziel der Reform ist unter anderem, die Situation der bisherigen Psychotherapeut*innen
7 in Ausbildung (PiA) zu verbessern und sie strukturell und monetär der von
8 Fachärzt*innen in Weiterbildung anzugleichen.

9 Mit der Reform wird die Ausbildung von Psychotherapeut*innen grundlegend umgestellt.
10 So wird es künftig nötig sein, ein Studium mit psychotherapeutischer Ausrichtung zu
11 absolvieren, um später als Psychotherapeut*in zu arbeiten. Die bisherige postgraduale
12 psychotherapeutische Ausbildung wird in eine verfahrensspezifische Weiterbildung zu*r
13 Fachpsychotherapeut*in umgewandelt.

14 Die **Approbationsprüfung** wird im reformierten Ausbildungsmodell im Anschluss an das
15 erfolgreich absolvierte Masterstudium erfolgen. Mit der Approbation wird auch die
16 Berufsbezeichnung „Psychotherapeut/in“ erworben.

17 Für alle, die ihr einschlägiges Psychologiestudium vor dem 1. September 2020 begonnen
18 haben, gilt, dass sie eine **Approbationsausbildung nach bisherigem System innerhalb
19 einer zwölfjährigen Übergangsphase** regulär noch beginnen können und sie bis zum 1.
20 September 2032 bzw. in Härtefällen bis zum 1. September 2035 beenden dürfen. Die so
21 erworbenen Abschlüsse sind gleichwertig zu denen des neuen Ausbildungssystems.

22 Wer als niedergelassene*r Psychotherapeut*in im Rahmen der *gesetzlichen*
23 Krankenversorgung arbeiten will, muss im Anschluss an die Approbation eine
24 weiterführende verfahrensspezifische Qualifizierung absolvieren. Die bisherigen
25 psychotherapeutischen Ausbildungen werden im Zuge der Reform künftig in fünfjährige
26 Weiterbildungen umgewandelt werden. Das neue Gesetz sieht in diesem Zusammenhang eine
27 **geregelt Vergütung** der künftigen PTW (Psychotherapeut*innen in Weiterbildung)
28 während der Praxistätigkeiten vor.

29 Die Psychotherapeutenkammern haben inzwischen die grundlegenden
30 **Weiterbildungsordnungen** verabschiedet: im April 2021 wurde durch die
31 Bundespsychotherapeutenkammer die Musterweiterbildungsordnung^[3] beschlossen – das
32 Land Berlin hat die länderspezifische Weiterbildungsordnung im November 2022
33 verabschiedet. Derzeit sind jedoch entscheidende Aspekte noch ungeklärt – unter
34 anderem die Finanzierung von stationären und ambulanten Stellen für
35 Psychotherapeut*innen in Weiterbildung (PTW). Die konkreten Bedingungen für
36 zukünftige PTW stehen daher noch nicht fest.

37 Ohne gesetzliche Regelungen werden mit Beginn 2025 keine Psychotherapeut*innen mehr

38 nach dem neuen Ausbildungssystem ausgebildet werden können.
39 Ab Herbst 2024 wird es rund 1.000 und ab 2025 jährlich mindestens ca. 2.500 neu
40 approbierte Psychotherapeut*innen geben, die eine Weiterbildungsstelle brauchen, weil
41 sie nur über eine Weiterbildung die Fachkunde für die GKV-Versorgung erwerben können.

42 Das Problem ist akut:

43 Psychische Erkrankungen gehören zu den großen gesundheitspolitischen
44 Herausforderungen. Die Anzahl der psychisch Erkrankten ist 2023 abermals auf einem
45 neuen Höchststand.^[4] Dieser ist insbesondere besorgniserregend, weil zunehmend auch
46 junge Erwachsene betroffen sind und im Job ausfallen.

47 Am 23.03.2023 wurde eine Petition^[5] mit dem Titel „Finanzierung der Weiterbildung
48 für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ beim Petitionsausschuss eingereicht.
49 Im Juli 2023 hatte der Petitionsausschuss das Thema in einer öffentlichen Anhörung
50 beraten und im Dezember 2023 den Bundestagsabgeordneten das höchstmögliche Votum
51 empfohlen. Danach ist die Petition von der Bundesregierung zu berücksichtigen. Das
52 Bundesgesundheitsministerium muss sich nun mit der unzureichenden Finanzierung der
53 psychotherapeutischen Weiterbildung auseinandersetzen.

54 Forderung: Die Bundes- und Landesregierung, sowie das Bundes- und
55 Landesgesundheitsministerium müssen gesetzliche Grundlagen schaffen, um die neue
56 Weiterbildung zum* zur psychologischen Fachpsychotherapeut*in zu finanzieren. Dabei
57 dürfen die Kosten nicht auf die Auszubildenden verlagert werden. Dies beinhaltet eine
58 Vergütung, die Personen mit Master-Abschluss und Approbation nach TVÖD zusteht.

59

Quellen:

60 [\[1\]](#)
61 [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/psychthg_2020/index.html#BJNR160410019BJNE000101000)
62 [internet.de/psychthg_2020/index.html#BJNR160410019BJNE000101000.](https://www.gesetze-im-internet.de/psychthg_2020/index.html#BJNR160410019BJNE000101000)

63 [\[2\]](#)
64 [https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-reform-der-](https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-reform-der-psychotherapeutenausbildung/244634)
65 [psychotherapeutenausbildung/244634.](https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-reform-der-psychotherapeutenausbildung/244634)

66 [\[3\]](#)
67 [https://api.bptk.de/uploads/Muster_Weiterbildungsordnung_Psychotherapeut_innen_der_B_](https://api.bptk.de/uploads/Muster_Weiterbildungsordnung_Psychotherapeut_innen_der_B_Pt_K_d6427e628e.pdf)
68 [Pt_K_d6427e628e.pdf.](https://api.bptk.de/uploads/Muster_Weiterbildungsordnung_Psychotherapeut_innen_der_B_Pt_K_d6427e628e.pdf)

69 [\[4\]https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/psychreport-2024_57364.](https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/psychreport-2024_57364)

70 [\[5\]](#)
71 [https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.htm](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.html)
72 [l,](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.html)
73 [https://www.bptk.de/pressemitteilungen/bundestag-beauftragt-regierung-weiterbildung-](https://www.bptk.de/pressemitteilungen/bundestag-beauftragt-regierung-weiterbildung-finanzieren/)
74 [finanzieren/.](https://www.bptk.de/pressemitteilungen/bundestag-beauftragt-regierung-weiterbildung-finanzieren/)

Antrag D10: „Regel“-mäßige Auszeit! Keine Arbeit bei Regelschmerzen – Menstruationsbedingte Arbeitsunfähigkeit (MAU) für menstruierende Personen jetzt!

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt), Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 Schätzungsweise sind 2 Millionen menstruierende Personen in Deutschland von
3 Endometriose betroffen. Die häufigsten Symptome sind starke, oft krampfartige
4 Schmerzen vor und während der Menstruation, Schmerzen in Rücken und Bauch,
5 Kopfschmerzen und Erschöpfung. Außerdem leiden 20-25% aller menstruierenden Personen
6 unter gutartigen Wucherungen der Gebärmutter, sogenannten Myomen, die ebenfalls zu
7 verstärkten Regelschmerzen und Regelblutungen führen können. Das Polyzystische
8 Ovarialsyndrom (PCOS) ist mit einer geschätzten Prävalenz von fünf bis zwölf Prozent
9 eine der häufigsten Störungen des Hormonhaushaltes, die unter anderem den Zyklus von
10 menstruierenden Personen stark beeinträchtigt. Einige Betroffene dieser
11 Störungsbilder berichten, so starke Schmerzen zu haben, dass sie sich auf den Boden
12 legen müssen, einen Kreislaufzusammenbruch haben oder sich übergeben müssen. Eine
13 repräsentative Umfrage der Endometriose Vereinigung Deutschland aus dem Jahr 2022,
14 die mit 2500 menstruierenden Personen durchgeführt wurde zeigte, dass die
15 Erwerbstätigkeit der Betroffenen die Endometriose-Symptome hervorruft oder sogar
16 verstärkt. Mehr als 40% der Teilnehmenden gaben dabei an, dass sie aufgrund ihrer
17 Symptome stark oder sehr stark in ihrem Arbeitsalltag, in ihrer Leistungsfähigkeit
18 und beim Ausführen berufsbezogener Tätigkeiten beeinträchtigt waren. 94% der
19 Befragten gab an, dass sie aufgrund der Endometriose weniger leistungsfähig sind –
20 2/3 waren innerhalb der letzten 6 Monate aufgrund ihrer Endometriose
21 krankgeschrieben. Für beinahe die Hälfte hat das Auswirkungen auf ihre finanzielle
22 Sicherheit.

23 In einigen asiatischen Ländern gibt es für menstruierende Personen schon lange die
24 Möglichkeit, sich einige Tage frei zu nehmen, wenn sie menstruierten und nicht
25 arbeiten gehen können. Die spanische Regierung hat zuletzt als erstes europäisches
26 Land 2023 einen gesetzlichen „Menstruationsurlaub“ eingeführt. In Spanien müssen sich
27 Arbeitnehmer*innen mit dieser gesetzlichen Grundlage, jedes Mal ein ärztliches Attest
28 ausstellen lassen, dass sie besonders schwere Regelbeschwerden haben, um monatlich
29 für einen bestimmten Zeitraum bezahlten „Menstruationsurlaub“ erhalten zu können. Die
30 Dauer sei dann jedoch unbegrenzt und davon abhängig wie stark und lang anhaltend die
31 Schmerzen sind. Die Kosten werden hierbei vom Staat übernommen, um Unternehmen keinen
32 Grund zur Diskriminierung von menstruierenden Personen zu geben.

33 In Deutschland gibt es noch keine gesetzliche Regelung für bezahlten
34 „Menstruationsurlaub“. Einzelne kleine Start-ups geben ihren Arbeitnehmer*innen die
35 Möglichkeit, sich bequem frei zu nehmen oder im Homeoffice zu arbeiten – abgerechnet
36 wird das jedoch häufig als Krankentage. Selbstverständlich kann man sich in
37 Deutschland einfach beim Arbeitgeber krankmelden, ohne eine
38 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu benötigen, wenn man weniger als 4 Tage bei der

39 Arbeit fehlt. Dies hat jedoch den Nachteil, dass sich diese Krankentage akkumulieren
40 und anders als, bei Nicht-Menstruierenden Personen viel höher ausfallen, da sie sich
41 noch zu den anders bedingten Krankentagen addieren. Anders als bei einer Erkältung
42 ist die Menstruation bei den meisten Menschen ein potenziell regelmäßig
43 wiederkehrender Grund der Arbeitsunfähigkeit. Problematisch ist hierbei die
44 krankheitsbedingte Kündigung, die dann drohen kann, wenn Arbeitnehmer*innen mehr als
45 30 Tage in drei aufeinanderfolgenden Jahren fehlen. Bei diesen sogenannten
46 Kurzerkrankungen (kurze monatliche Fehltag) prüfen Gerichte die Prognose, das heißt,
47 ob wegen des Gesundheitszustandes des/der Beschäftigten auch in Zukunft damit
48 gerechnet werden muss, dass diese/r mehr als 6 Wochen im Jahr wegen Krankheit
49 ausfällt. Im Fallbeispiel einer Person, die allein aufgrund starker
50 Menstruationsbeschwerden drei Tage monatlich ausfällt, ergeben sich bei einer
51 Vollzeitbeschäftigung 7,2 Wochen Fehltag jährlich. Hinzu kommen noch die anders
52 bedingten Krankentage. Dies stellt ein Risiko des Jobverlustes für menstruierende
53 Personen dar, die sich regelmäßig aufgrund starker Regelschmerzen krankmelden
54 müssen.

55 Die Debatte auf europäischer Ebene zur Einführung einer Richtlinie für Unternehmen,
56 die vorsah, dass menstruierende Personen, die unter starken Menstruationsbeschwerden
57 leiden, drei Tage bezahlten „Urlaub“ gewährleistet bekommen hätten, scheiterte.

58 Da der Begriff „Menstruationsurlaub“ impliziert, die Betroffenen könnten sich in
59 dieser Zeit entspannt frei nehmen, wird im Folgenden von Menstruationsbedingter
60 Arbeitsunfähigkeit gesprochen (MAU).

61 **Forderungen:**

62 Deshalb fordern wir, dass eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, dass
63 angestellte menstruierende Personen ohne Attest Anspruch auf Menstruationsbedingte
64 Arbeitsunfähigkeit (MAU), das heißt einen zusätzlichen vollständig bezahlten
65 „Urlaubstag“ monatlich haben, den sie für die Zeit während ihrer Menstruation nutzen
66 können. Darüber hinaus fordern wir, dass menstruierende Personen durch ein Attest vom
67 Arzt, das jährlich erneuert werden muss, Anspruch auf zwei zusätzliche Tage MAU
68 bekommen, wenn sie z.B. durch Endometriose besonders starke Schmerzen haben. Wichtig
69 ist, dass dieses Attest nur einmalig pro Jahr ausgestellt werden muss und
70 Menstruierende keinen monatlichen Arztbesuch benötigen. Diese MAU soll nicht als
71 Krankentage gewertet werden, sondern als „Sonderurlaub“ verbucht werden. Anders als
72 in Spanien gilt dementsprechend Lohnfortzahlung durch die Arbeitnehmer*innen.
73 Weiterhin fordern wir gemäß Beschlusslage der Bundesjusos, eine Verpflichtung für
74 Unternehmen, wenn bezüglich der Arbeitsaufgaben möglich, Homeoffice anbieten zu
75 müssen. Dies kann besonders Menstruierende entlasten, die sich dafür entscheiden ihre
76 MAU nicht in Anspruch zu nehmen. Außerdem fordern wir ebenfalls gemäß der
77 Beschlusslage eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Das heißt Arbeitnehmer*innen
78 sollen frei über die Erbringung ihrer vertraglich vereinbarten Stundenanzahl
79 entscheiden können. Auch diese Maßnahme kann Menstruierende entlasten, die ihre MAU
80 nicht in Anspruch nehmen wollen, aber so flexibel Pausen machen können.

81 Darüber hinaus fordern wir für alle Arbeitnehmer*innen, die an einem Schreibtisch
82 arbeiten, einen ergonomischen Arbeitsplatz. Es muss möglich sein, Arbeitsaufgaben,
83 die an einem Schreibtisch abgeleistet werden, sowohl im Stehen als auch im Sitzen
84 erledigen zu können. Wir fordern, dass auf Anfrage der Arbeitnehmer*innen entlastende

- 85 Sitzmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Maßnahme kann ebenfalls
86 eine Entlastung für menstruierende Personen darstellen, die während der Menstruation
87 häufig nicht lange ausschließlich sitzen oder stehen können.
- 88 Weiterhin fordern wir für Personen mit Endometriose, Myomen oder Polyzystischen
89 Ovarialsyndrom (PCOS), ab dem vierten Tag die Möglichkeit einer telefonischen
90 Krankschreibung. So soll verhindert werden, dass diese Personen trotz Diagnose und
91 unter starken Schmerzen das Haus verlassen müssen, um vorstellig zu werden.
- 92 Darüber hinaus fordern wir stets die Durchführung einer bundesweiten Aufklärungs- und
93 Entstigmatisierungskampagne zu Menstruationsschmerzen, PCOS und Endometriose. Genauso
94 fordern wir eine verstärkte Bereitstellung von Fördergeldern zur Erforschung der
95 Ursachen, Diagnostik, Prävention und Behandlung von Endometriose und PCOS.

Antrag D11: Feminismus international – Solidarität mit Frauenbewegungen weltweit!

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Feminismus (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Weltweit leiden FINTA* unter den vielfältigen und oft erschreckend brutalen Formen
2 des Patriarchats, werden Opfer von Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung.
3 Besonders in Konfliktgebieten sind FINTA* und Mädchen häufig Ziel von systematischer
4 sexualisierter Gewalt, wie etwa im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die
5 Ukraine oder der Angriffe der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.
6 Diese Beispiele zeigen die erschreckenden Ausmaße solcher Verbrechen und
7 verdeutlichen die Notwendigkeit internationaler feministischer Solidarität und
8 Unterstützung.

9 Die Probleme, mit denen FINTA* weltweit konfrontiert sind, sind zahlreich und
10 omnipräsent. Neben der sexualisierten Gewalt in Konflikten und Krisengebieten erleben
11 FINTA* in vielen Ländern der Erde systematische physische Gewalt durch staatliche
12 Akteure, paramilitärische Gruppen oder innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften. Aber
13 auch struktureller Gewalt sind weiblich gelesene Personen global ausgesetzt, was sich
14 in ungleichen Zugängen zu Bildung, Gesundheitsversorgung, wirtschaftlichen Ressourcen
15 oder politischer Partizipation ausdrückt. Zusätzlich werden die Rechte von FINTA*
16 stark eingeschränkt, entweder direkt durch gesetzliche Bestimmungen oder aber durch
17 gesellschaftliche Normen.

18 Gleichzeitig regt sich in vielen Regionen der Welt feministischer Widerstand gegen
19 diese Ungleichheiten. So kämpft etwa die kurdische Frauenbewegung in Rojava seit
20 vielen Jahren für Gleichberechtigung und weibliche Selbstbestimmung. Trotz widriger
21 Umstände und ständiger Bedrohung durch militärische Angriffe setzen sich die
22 Kurdinnen für eine Gesellschaft ein, die auf Gleichberechtigung, Ökologie und
23 Basisdemokratie basiert. Die kurdischen Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) sind ein
24 eindrucksvolles Beispiel für den mutigen Kampf gegen patriarchale Unterdrückung und
25 islamistischen Terror. Auch im Iran ging die Frauenbewegung in hunderten Städten auf
26 die Straße, nachdem Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei ermordet wurde.
27 Trotz der bestehenden Lebensgefahr standen sie auf, um gegen Kopftuchzwang und
28 Diskriminierung zu protestieren und den Weg zu Demokratie und Gleichberechtigung zu
29 ebnen.

30 Welche Erfolge feministische Bewegungen erzielen können, zeigt sich etwa in
31 Lateinamerika. Dort formierte sich 2015 die Kampagne "Ni Una Menos", die Femiziden
32 und Sexismus den Kampf ansagte. Ihr ist es in weiten Teilen zu verdanken, dass
33 Argentinien im Jahr 2020 als erstes großes Land in Lateinamerika
34 Schwangerschaftsabbrüche legalisierte. Bei all diesen Kämpfen ist es wichtig,
35 Feminismus intersektional zu denken und das Zusammenwirken von Sexismus mit anderen
36 Diskriminierungsformen wie Rassismus, Antisemitismus oder Klassismus zu beleuchten.
37 Diesem Anliegen widmen sich etwa Akteurinnen des Schwarzen Feminismus wie Kimberlé
38 Crenshaw oder bell hooks und thematisieren in ihren Theorien die spezifischen
39 Herausforderungen Schwarzer FINTA*, die sich aus den Überschneidungen und
40 Verbindungen unterschiedlicher Unterdrückungsformen ergeben.

41 Als Jusos Saar fühlen wir uns den Werten des Internationalismus und der Solidarität
42 verpflichtet, weshalb der Kampf gegen Sexismus und Patriarchat für uns nicht auf den
43 deutschen oder europäischen Kontext beschränkt bleiben darf. Vielmehr müssen wir
44 unseren Blick weiten und uns an die Seite des globalen emanzipatorischen Feminismus
45 stellen. Nur durch internationale Zusammenarbeit und Solidarität können wir
46 langfristige Veränderungen und Verbesserungen für FINTA* weltweit erreichen und
47 feministische Kämpfe gemeinsam führen. Dafür ist es wichtig, über
48 Bildungsveranstaltungen und Kooperationen mit feministischen Organisationen
49 unterschiedlicher Hintergründe in den Verband hineinzuwirken und für die globale
50 Dimension des Feminismus zu sensibilisieren. Denn niemand ist, wie Audre Lorde es
51 formuliert hat, frei, solange irgendeine andere Frau noch nicht frei ist.

52 Forderungen:

- 53 • Solidarisierung mit feministischen Kämpfen und Bewegungen weltweit
- 54 • Stärkung der Kooperation mit feministischen Gruppen und Feminist:innen im
55 Saarland
- 56 • Schaffung eines Angebots von Bildungsveranstaltungen zum Thema Internationaler
57 Feminismus

Antrag D12: Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen!

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Feminismus (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

- 1 Der Begriff "Femizid" bezeichnet Tötungen von FINTA*-Personen^[1] aufgrund
2 geschlechtsspezifischer Gründe. Femizide haben gemein, dass sie vor einem
3 patriarchalen Hintergrund verübt werden. Sobald sich FINTA* gegen Herrschaftsgefüge
4 wehren, sich dem Zugriff der Männer entziehen und sich ihren Forderungen widersetzen,
5 glauben diese, dass ihnen etwas genommen wird, das ihnen zusteht. Manche werden
6 gewalttätig und töten.
- 7 Der gefährlichste Ort für eine FINTA* ist immer noch das eigene Zuhause. Alle drei
8 Minuten misshandelt ein Mann seine Partnerin, jeden Tag versucht ein Mann, seine
9 (Ex)-Partnerin zu töten, an jedem zweiten bis dritten Tag gelingt es einem.
10 Nach solchen Taten wird oft von „Eifersuchtsdramen“ oder „Familientragödien“
11 gesprochen – ein Narrativ, das die strukturellen Machtverhältnisse, die hinter dieser
12 Art von Tötungen stehen, völlig außer Acht lässt.
- 13 Doch eine solche Verharmlosung und Relativierung der Gewalt findet sich nicht nur in
14 der Berichterstattung, sondern auch bei öffentlichen Stellen und Diskussionen sowie
15 in der Rechtsprechung wieder.
- 16 Immer wieder werden hier Tötungen von FINTA* nicht als Morde, sondern bestenfalls als
17 Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.
- 18 Das Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes wurde in einem Beschluss des
19 Bundesgerichtshofs mit der Begründung abgelehnt, dass *„gerade der Umstand, dass die
20 Trennung vom Tatopfer ausgegangen ist, (...) als gegen die Niedrigkeit des
21 Beweggrundes sprechender Umstand beurteilt werden [muss]. [2]“*
- 22 Auch der Vorsatz, die Frau töten zu wollen, wurde in einem Urteil verneint, weil der
23 Ehepartner seine Frau *„liebte“* und *„sein Leben im eigentlichen Sinne aus dem
24 Zusammensein mit ihr (...) bestand“*.^[3]
- 25 An solchen Urteilen wird deutlich, dass es oft die eigenen, nicht hinterfragten
26 Vorstellungen und Werte der Richtenden sind, die erheblichen Einfluss auf die Urteile
27 haben und die zu einer eklatanten Lücke bezüglich einer einheitlichen Verurteilung von
28 Femiziden führt.
- 29 Es ist jedoch unabdingbar, neben repressiven auch die präventiven Maßnahmen in den
30 Blick zu nehmen, um FINTA* besser vor Gewalt zu schützen. Die stetige Umsetzung der
31 Istanbul-Konvention^[4] kann dabei helfen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Zur
32 Gewährleistung einer effektiven Umsetzung der Bestimmungen der Istanbul-Konvention
33 überprüft ein Fachgremium des Europarats *„GREVIO“* (Group of Experts on Action against
34 Violence against Women and Domestic Violence) gesetzgeberische und andere Maßnahmen
35 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen weiblich gelesene Personen und
36 häuslicher Gewalt. Der erste GREVIO-Bericht 2022 durch Expert*innen des Europarats
37 stellt der deutschen Regierung ein eher durchwachses Zeugnis bei der Umsetzung der
38 Istanbul-Konvention aus.^[5]
- 39 Insbesondere Deutschland hängt im Kampf gegen geschlechtsbezogene Gewalt hinterher.
40 Nach Untersuchungen des europäischen Instituts für Gleichstellung (EIGE) hatte

41 Deutschland 2018 die achthöchste Anzahl an Femiziden, bezogen auf die 24
42 Mitgliedsstaaten.[\[6\]](#)

43 Auch das Lagebild „Häusliche Gewalt“[\[7\]](#) zeigt: Die Zahl der gemeldeten Fälle von
44 Gewalt ist erneut deutlich gestiegen. 2023 wurden demnach 256.276 Opfer von
45 häuslicher Gewalt erfasst. Das sind 6,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Betrachtet
46 man die Zahlen der letzten fünf Jahre, liegt die Zunahme der häuslichen Gewalt sogar
47 bei fast 20 Prozent. Überwiegend betrifft die Gewalt Frauen: 70,5 Prozent der Opfer
48 häuslicher Gewalt sind weiblich gelesen, während die Täter zumeist Männer waren (75,6
49 Prozent).

50 Laut Statistik ist auch die Anzahl der Femizide gestiegen: Im Jahr 2023 wurden 155
51 Frauen durch ihren Partner oder Ex-Partner umgebracht - 22 mehr als im Vorjahr.[\[8\]](#)

52 Diese alarmierenden Zahlen zeigen: Der jetzige Umfang der Präventionsmaßnahmen reicht
53 längst nicht aus, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Insbesondere müssen nicht
54 stereotype Geschlechterrollen, gegenseitiger Respekt, gewaltfreie Konfliktlo-
55 sung und das Recht auf perso-
56 nliche Unversehrtheit regelma-
ßiger und umfassender in den Blick
genommen werden.

57 Es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Wandels, um geschlechtsspezifische Gewalt
58 gegen FINTA* zu verhindern – von der Hinterfragung Geschlechterstereotype und
59 Rollenbilder über die Stärkung des Bewusstseins für die Rechte und Bedürfnisse von
60 FINTA* bis hin zu einer wirksameren Strafverfolgung. Femizide dürfen weder ignoriert
61 noch verharmlost werden, sondern müssen zunehmend sichtbarer gemacht werden.

62 Wir fordern:

- 63 • Verpflichtende Ausbildungsbestandteile sowie Fortbildungen, insbesondere fu-
64 r Psychotherapeut:innen, Gesundheitspersonal, Polizei, Staatsanwaltschaften und
65 Justiz, einzufu-
66 hren, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention erkl-
67 art, mit dem Ziel der
 - 68 • Sensibilisierung, damit zuku-
69 nftig insbesondere bei Taten in (Ex-
70)Beziehungen eine strafversch-
71 ärfende Beru-
72 cksichtigung gepru-
73 ft wird,
 - 74 • Sensibilisierung fu-
75 r die Bedu-
76 rfnisse und Rechte der von Gewalt
77 Betroffenen, um Geschlechterstereotype zu u-
78 berwinden und sekunda-
79 rer Viktimisierung vorzubeugen,
 - 80 • Sensibilisierung fu-
81 r eine angemessene Presse- und O-
82 ffentlichkeitsarbeit,
83 die nicht zur Bagatellisierung von Femiziden beitra-
gt.
- 74 • dafu-
75 r zu sorgen, dass die betroffenen Stellen (Strafverfolgungsbeho-
76 rden, Justizbeho-
77 rden, Gesundheits- und Sozialdienste) Daten erheben und diese nach
78 genderspezifischen Eigenschaften, Alter des Opfers und des Ta-
79 ters, ihrer Beziehung zueinander, dem Tatort und der Art der Gewalt aufgeschlu-
80 selt werden und dass die Datenerhebung zwischen den Strafverfolgungsbeho-
81 rden und dem Justizsektor harmonisiert wird, um die Fa-
82 lle von der Anzeigenerstattung u-
83 ber die Strafverfolgung bis zu Gericht analysieren zu ko-
nnen,
- 81 • die Forschung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fo-
82 rdern, um ihre
83 eigentlichen Ursachen und ihre Auswirkungen, ihr Vorkommen und die
Verurteilungsquote zu untersuchen,

- 84 • auf eine Reform des nationalen Strafrechts hinzuwirken, um eine Konformität der
85 Rechtspraxis mit den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erzielen,
- 86 • die Bearbeitungszeit bei den Strafverfolgungsbehörden zu verkürzen, damit
87 gewaltbetroffene FINTA* zeitnah zu ihrem Recht kommen;
- 88 • das Bundesförderprogramm “Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen” finanziell deutlich
89 aufzustocken. Ferner muss das Programm entfristet werden, sodass die Länder
90 besser planen können.
- 91 • die regelmäßige Durchführung von Kampagnen und Programmen zur
92 Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen, um in der breiten Öffentlichkeit das
93 Bewusstsein und das Verständnis für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von
94 geschlechtsbezogener Gewalt zu verbessern,
- 95 • die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von FINTA* und Männern, Aufhebung von
96 Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und
97 Bewusstseinsbildung im Hinblick auf gängige Sexual- und Vergewaltigungsmythen in
98 die offiziellen Lehrpläne auf allen Ebenen des Bildungssystems,
- 99 • Täterarbeit in Form von freiwilligen Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie
100 Konflikte gewaltfrei, also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden
101 zuzufügen, gelöst werden können. Des Weiteren soll es Schutz- und Hilfsangebote
102 geben, um den Tätern zu helfen, ihr Verhalten zu verbessern und eine
103 Wiederholungstat zu verhindern.

104

Quellen:

105 **[1]** Im Folgenden wird in diesem Antrag immer wieder auch von Frauen gesprochen. Das
106 liegt daran, dass in den zitierten Urteilen Frauen ermordet wurden und in den
107 Statistiken nur binäre Geschlechtskategorien (Mann und Frau) erfasst werden. Es ist
108 selbstverständlich klar, dass alle weiblich gelesenen Personen von dieser patriarchalen
109 Gewalt betroffen sind.

110 **[2]** BGH – Beschluss v. 21. Februar 2018 – 1 StR 351/17 Rn. 10; a.A.: BGH - Beschluss
111 v. 06.12.2022 - 5-StR 479/22 Rn. 5.

112 **[3]** LG Wuppertal - Urteil v. 27.01.2021 KS 45 Js 89/15-25/16 Rn. 79.

113 **[4]**<https://rm.coe.int/1680462535>.

114 **[5]**

115 [https://www.bmfsfj.de/resource/blob/202386/3699c9bad150e4c4ff78ef54665a85c2/grevio-
evaluierungsbericht-istanbul-konvention-2022-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/202386/3699c9bad150e4c4ff78ef54665a85c2/grevio-
116 evaluierungsbericht-istanbul-konvention-2022-data.pdf).

117 **[6]**

118 https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/20211578_pdf_mh0821037den_002.pdf
119 **f.**

120 **[7]**



121 [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/
122 HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.html?nn=219004.](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.html?nn=219004)

123 [\[8\]](#)

124 [62 / 108](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lagebild-haeusliche-gewalt-2201488#:~:text=Das%20Lagebild%20%E2%80%9EH%C3%A4usliche%20Gewalt%E2%80%9C%20zeigt,me
125 2201488#:~:text=Das%20Lagebild%20%E2%80%9EH%C3%A4usliche%20Gewalt%E2%80%9C%20zeigt,me
126 hr%20als%20im%20Jahr%20zuvor.</p></div><div data-bbox=)

Antrag D13: Organspende- Widerspruchslösung

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 Mehr als 8300 Menschen in Deutschland warten aktuell auf einSpenderorgan.
3 Gleichzeitig sinkt die Zahl der Spender*innen seit Jahren. 2022 gab es einen Rückgang
4 von Organspender*innen von 6,9%. Der häufigste Grund, wieso eine Organspende nicht
5 erfolgen kann, ist weiterhin eine fehlende Einwilligung. Wenn sich die verstorbene
6 Person vor ihrem Tod nicht mit dem Thema auseinandergesetzt hat, fällt die
7 Entscheidung den Angehörigen zu. Diese verhindern die Organentnahme meist. Deshalb
8 sprechen wir uns für die Widerspruchslösung nach dem Vorbild von Frankreich und
9 Italien aus. Diese Regelung würde jeden Menschen nach seinem Tod automatisch zur
10 Organspender*in machen- außer die Person hat zu Lebzeiten widersprochen,
11 beispielsweise in einem Widerspruchsregister. Die Einführung der Widerspruchslösung
12 würde für eine vermehrte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema
13 Organspende führen und gleichzeitig die Anzahl der Spenderorgane erhöhen.

14 Unsere Forderungen:

- 15 • Einführung der Widerspruchslösung nach Vorbild anderer europäischer Länder wie
16 Frankreich und Italien
- 17 • Einführung eines Widerspruchsregisters
- 18 • Erhöhung der Informationsangebote zum Thema Organspende

Antrag D14: Die schönste Nebensache der Welt: Warum gerechte Bezahlung im Frauenfußball längst überfällig ist

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarlouis (Saarlouis) |
| Sachgebiet: | D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit |

1 Analyse:

2 „Fußball ist kein Frauensport. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit nie ernsthaft
3 beschäftigen.“, Peco Bauwens, ehemaliger DFB Präsident, unter seiner Präsidentschaft
4 wurde der Frauenfußball verboten. „Ist Fußball wirklich eine Frauensportart? Darüber
5 kann man diskutieren, ich bin ein toleranter Mensch. Bitte wenn's ihnen Spaß macht.“,
6 Oliver Kahn, deutscher Fußballtorwart und Fußballfunktionär.

7 Ein Fußballer in der dritten Liga erhält im Schnitt 10.000 Euro monatlich, das
8 Durchschnittsgehalt in der Bundesliga liegt bei jährlich 1,4 Millionen Euro. Hierbei
9 handelt es sich jedoch nur um die Gehaltslisten männlicher Sportler. Eine
10 Spitzensportlerin wie Alexandra Popp, Kapitänin und Hauptstütze der Frauennationalelf
11 verdient demgegenüber ungefähr 40.000,- im Jahr. Nirgendwo ist das Gefälle zwischen
12 männlichen und weiblichen Personen größer als im Profifußball. Im Vorfeld der EM 2022
13 wurde die Siegprämie für Nationalspielerinnen vom DFB von 37.500 Euro auf 60.000 Euro
14 angehoben. Bei einem EM-Sieg hätten die deutschen Nationalspielerinnen also jeweils
15 60.000 Euro erhalten. Eine Summe, die sich sehen lassen kann. Jedoch nur solange man
16 sie nicht mit den Siegprämien der DFB €“ Männer vergleicht. Ein EM-Titel hätte für
17 diese im Jahr 2021 mitunter 400.000 Euro Prämie pro Spieler bedeutet. Laut dem
18 ehemaligen DFB-Direktor Oliver Bierhof sei diese Lücke vor allem auf „erhebliche
19 Unterschiede bei Umsätzen und Einnahmen“ zurückzuführen. Doch ist dies der einzige
20 Grund? Frauenfußball generiert derzeit weniger Einnahmen als Männerfußball, das ist
21 Fakt. Um mehr Einnahmen und Umsätze zu erlangen, braucht es jedoch Investitionen. Nur
22 wenn mehr Geld in Förderung, Ausbildung und Unterstützung der Spielerinnen gesteckt
23 wird, können diese sich weiterhin im Weltfußball behaupten und der Sport mehr
24 Aufmerksamkeit erlangen. Die Spielerinnen verdienen Anerkennung für ihre Leistungen.
25 Zumal die Einschaltquoten für Spiele der Frauen Nationalelf bei der WM 2023 höher
26 waren als die der Männer bei der WM 2022. Es fehlt nicht nur an einer angemessenen
27 Bezahlung, sondern auch an besseren Grundbedingungen. Eine Frau in der deutschen
28 Nationalmannschaft oder eine die in der ersten Bundesliga spielt, tut dies mit großer
29 Wahrscheinlichkeit aus Leidenschaft für den Sport und das Spiel. Doch meist genügt
30 dies nicht und sie braucht eine Beschäftigung neben ihrer sportlichen Berufung. Auch
31 eine Altersabsicherung ist für Frauen im Profifußball meist nur eine
32 Wunschvorstellung. Dabei handelt es sich hierbei um eine für Sportler*innen
33 vergleichsweise wichtige Thematik. Denn irgendwann zwischen 30 und 40 beenden die
34 meisten Sportler*innen ihre aktiven Karrieren. Während die meisten männlichen
35 Profifußballer mit Ende ihrer Karrieren über ausreichend Rücklagen verfügen dürften,
36 ist dies im Frauenfußball eher eine Wunschvorstellung. Eine Frau, die dem Traum einer
37 Karriere auf dem grünen Rasen nachgeht, kann dies mitunter nie zu 100%. In den
38 meisten Fällen braucht sie eine entsprechende Absicherung in Form einer Ausbildung
39 oder eines Studiums. Etwas, das sie teilweise stark einschränkt. Es ist nur logisch,
40 dass eine Person, die mitunter einen 40-Stunden-Job hat, nicht über die gleichen
41 Voraussetzungen verfügt, wie jemand, der sich ganz der sportlichen Karriere widmen

42 kann. Wer nebenbei noch arbeitet, kann mitunter nicht automatisch die gleichen
43 sportlichen Leistungen erbringen wie eine Person, die sich vollständig auf ihr
44 Training konzentrieren kann. Spätestens ab der 2. Fußball-Bundesliga ist für einen
45 männlichen Spieler ein Job oder Studium obsolet. Vermutlich würde ihm sogar von einer
46 Nebenbeschäftigung abgeraten werden, damit er sich vollständig auf seine Leistung im
47 Training und auf dem Platz fokussieren kann. Doch dies ist eben nur die Realität
48 männlicher Fußballer, nicht aber weiblicher Spielerinnen. Es geht nicht darum, dass
49 Spielerinnen Millionen fordern, sondern dass man ihnen die gleichen
50 Grundvoraussetzungen und die gleiche Förderung zur Verfügung stellt. Ein Verband, der
51 seinen Männern teilweise Millionen zahlt, aber als Sportart von seinen
52 Frauenvertreterinnen oft nicht einmal hauptberuflich betrieben werden kann, sollte
53 seine Einstellungen und seine Mittelverteilung überdenken. Während der letzten
54 Europameisterschaft kündigten bereits 8 Länder an, eine gewisse Form an Equal Pay
55 durchzuführen. Deutschland war keines davon. So fortschrittlich unsere
56 Frauennationalmannschaft auch ist, so rückwärtsgewandt scheint der DFB, wenn es darum
57 geht, seine Spielerinnen gerecht zu bezahlen. Es ist an der Zeit, dass wir uns unsere
58 Nachbarländer wie England, Norwegen, Finnland, Schweden, Island, Spanien, die
59 Niederlande und die Schweiz zum Vorbild nehmen und unseren Frauenfußball endlich
60 entsprechend honorieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch künftig junge
61 Frauen sich dieser Sportart zuwenden und große spielerische Vorbilder haben, zu denen
62 sie aufblicken können.

63 **Forderungen:**

- 64 • Eine bessere Bezahlung und höhere Prämien für Frauen im Fußballsport.
65 • Gleiche Rahmenbedingungen und vergleichbare Förderung von Anfang an. Hierzu
66 zählen insbesondere geschulte Spielanalyst*innen, ausreichend Trainer*innen und
67 eine professionelle Trainingsausstattung.

68 Denn im Fokus sollte immer der Spaß am Spiel und nicht der Marktwert oder der Umsatz
69 stehen. Nur so kann die Zukunft des deutschen Frauenfußballs gefördert und gesichert
70 werden.

Antrag E01: Warum ein verpflichtender Sozialer Dienst schlecht für die Generationengerechtigkeit ist

| | |
|-------------------|---|
| Antragsteller*in: | Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Gesundheit (Arbeitskreise) |
| Sachgebiet: | E - Inneres, Sicherheit |

1 Die Jusos Saar lehnen die Einführung einer Wehrpflicht oder eines verpflichtenden
2 Sozialen Jahres als Mittel zur Bewältigung des Pflegenotstands und zur Verbesserung
3 der Verteidigungsfähigkeit entschieden ab. Wir sind der Ansicht, dass dies nicht nur
4 ineffektiv, sondern auch problematisch in Bezug auf die Umsetzung, Finanzierung und
5 Verfassungsmäßigkeit ist. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken möchte Pistorius
6 bisher lediglich 18- Jährige zum Ausfüllen eines Fragebogens verpflichten. Er hat
7 jedoch unter anderem im Interview mit der Zeit und der Frankfurter Allgemeinen
8 Sonntagszeitung angekündigt, dass dies mittelfristig auch die ausgesetzte, allgemeine
9 Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte. Da das Recht auf
10 Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz festgeschrieben ist, würde dies auch die
11 Rückkehr des verpflichtenden sozialen Jahres bedeuten. Die Jusos Saar erteilen dem
12 bereits jetzt eine Absage.

13

14 Warum ein verpflichtendes soziales Jahr Quatsch ist:

15 Eine Wehrpflicht oder ein verpflichtendes Soziales Jahr wird den Pflegenotstand nicht
16 beheben. Pflegekräfte benötigen eine fundierte Ausbildung und Motivation, um ihre
17 Arbeit effektiv zu verrichten. Junge Erwachsene, die gegen ihren Willen zu einem
18 sozialen Dienst gezwungen werden, bringen nicht die erforderliche Qualifikation und
19 Motivation mit. Krankenhäuser benötigen ausgebildetes Pflegepersonal und keine
20 unterbezahlten Kriegsdienstverweigerer:innen, die keine Lust auf den Job haben und
21 mehr Arbeit verursachen, als sie entlasten. Die Verpflichtung von Jugendlichen zur
22 Wehrpflicht oder zu einem sozialen Jahr versucht, Personalmangel durch ein
23 Überangebot an unqualifizierten Arbeitskräften zu lösen. Dies ist absurd und
24 ineffektiv. Um eine Dienstpflicht effizient umsetzbar zu machen, wäre laut
25 Verteidigungsministerium ein zweistelliger Millionenbetrag notwendig. Dieses Geld
26 sollte stattdessen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung der
27 Pflegekräfte investiert werden.

28 Warum ein verpflichtender Wehrdienst Quatsch ist:

29 Laut Verteidigungsminister Pistorius soll ein Auswahl-Wehrdienst nach schwedischem
30 Modell vor allem den Personalbedarf der Bundeswehr decken. Statt die Bundeswehr als
31 Arbeitgeber attraktiver zu machen, sollen 18-Jährige je nach Bedarf zum Wehrdienst
32 verpflichtet werden. Seit dem Angriffskrieg Russlands ist uns bewusst, dass ein
33 Verteidigungsfall eintreten kann. Dafür benötigt man jedoch Spezialisten, die in
34 einem sechsmonatigen Wehrdienst nicht ausreichend ausgebildet werden können. Weder
35 Krankenhäuser noch die Bundeswehr hat derzeit nicht die Kapazitäten, um eine große
36 Anzahl an Wehrdienstleistenden angemessen auszubilden. Die notwendigen Kapazitäten
37 für eine Dienstpflicht aufzubauen, würde Jahre dauern. Aufgrund der Entscheidung des
38 Verfassungsgerichts müsste eine solche Dienstpflicht für alle jungen Menschen gelten,
39 was ihre Umsetzung weiter verzögern würde. Ein Auswahl-Wehrdienstes nach schwedischem
40 Modell ist daher zurzeit verfassungswidrig. In Schweden müssen alle 18-jährigen

41 Männer einen Onlinefragebogen ausfüllen. Bei der Bundeswehr ist die Digitalisierung
42 jedoch noch nicht ausreichend vorangeschritten, was zu einem bürokratischen Albtraum
43 führen würde.

44

45 **Warum ein verpflichtender Sozialer Dienst schlecht für die Generationengerechtigkeit**
46 **ist:**

47 Besonders ältere Menschen sprechen sich für eine Dienstpflicht aus, obwohl sie selbst
48 nicht betroffen wären. Nach der Coronapandemie, welche vor allem für Ältere
49 gefährlich war und sich jüngere dennoch weitestgehend solidarisch verhalten haben ist
50 eine derartige Debatte aufzumachen nicht gerecht.

51 Insbesondere wenn wir die Jugendlichen aus sozial sinnvollen Ehrenämtern in die
52 Bundeswehr zwingen, ist ein solcher Dienst besonders schädlich für den sozialen
53 Zweck.

54 Zusätzlich sind die Lebenswege junger Menschen besonders unterschiedlich. Während
55 manche bereits Familie haben, auf dem Weg zu einer beruflichen Karriere oder haben
56 andere Verpflichtungen haben, die durch einen Pflichtdienst unterbrochen werden
57 würden, ist die Lebenssituation älterer Menschen homogener. Letztlich erkennen wir
58 nicht an, dass junge Menschen, welche mit einer gesellschaftlich verursachten
59 Klimakatastrophe konfrontiert werden eine Verpflichtung zum Frondienst an eben jener
60 Gesellschaft haben.

61

62 **Daher fordern wir:**

- 63 • Anstatt auf eine Wehrpflicht oder ein verpflichtendes Soziales Jahr zu setzen,
64 sollten die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege verbessert
65 werden, um den Beruf attraktiver zu machen. Dabei sollen die in diesem
66 Zusammenhang evtl. entstehenden Mehrkosten in der Pflege durch Steuermittel
67 finanziert werden.
- 68 • Die Bundeswehr sollte besser ausgerüstet werden.
- 69 • Die Anzahl der Reservist:innen sollte erhöht werden, um die
70 Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Antrag E02: Kommunalwahlen sind Personenwahlen und sollten es auch im Saarland sein

| | |
|-------------------|-----------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarlouis (Saarlouis) |
| Sachgebiet: | E - Inneres, Sicherheit |

1 Analyse:

2 Neben klaren Personenwahlen wie der Bürgermeister*innen, fanden am 9. Juni 2024 auch
3 im Saarland und zahlreichen weiteren Bundesländern Kommunalwahlen statt. Neben klaren
4 Personenwahlen wie Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen
5 Wahlen, fanden auch Wahlen zu den kommunalen Parlamenten statt.

6 Als Jusos sehen wir, dass durch strukturelle Probleme in unserer Partei und
7 Gesellschaft Listen zu kommunalen Wahlen in den aller meisten Fällen
8 überdurchschnittlich männlich und alt sind. Unsere Parteistrukturen bevorteilen
9 ältere und männliche Personen bei der Aufstellung von Wahllisten. Die SPD hat
10 insbesondere bei den Aufstellungen der Listen für Landtags- und Bundestagswahlen
11 Fortschritte erzielt, die zu einer repräsentativeren Abbildung der Bevölkerung in
12 den SPD Fraktionen in diesen Parlamenten führen, aber bei Kommunallisten sind wir
13 noch lange nicht so weit.

14 Unser Ziel als Jusos muss sein den Fortschritt bei Landtags- und Bundestagswahllisten
15 weiter voran zu treiben, aber Repräsentation fängt vor Ort an. Daher verschreiben wir
16 Jusos uns weiterhin für den Kampf, dass sich unsere Parteistrukturen reformieren und
17 weiterentwickeln. Paritätische Listen, die die Bevölkerung wiederspiegeln auch vor
18 Ort sind unser Ziel.

19 Sind Listen jedoch ersteinmal aufgestellt, hat man im Saarland keine Chance mehr
20 junge Kandidierende durch einen straken Juso Wahlkampf zu unterstützen, sondern muss
21 als Jusos darauf hoffen, dass alte, weiße und männliche Listen gut genug abschneiden,
22 dass junge, BIPOCs und weibliche Kandidierende auch über die Listenplätze, mit denen
23 sie von der Partei abgespeist wurden, in Kommunalparlamente einziehen.

24 Die Kommunalwahlsysteme der Bundesländer sind nicht einheitlich. Das Prinzip der
25 Personenwahlen findet sich jedoch in den meisten Kommunalwahlgesetzen wieder. In den
26 meisten deutschen Bundesländern kann man also einzelne Personen auf Listen streichen
27 oder besonders unterstützen und somit ist die Liste nicht nur vom Parteitag, sondern
28 auch von den Menschen abhängig. Dadurch kann man durch einen aktiven und starken Juso
29 Wahlkampf auch vor Ort gezieht junge, weibliche und People of Colour Kandidierende
30 unterstützen.

31 Deswegen fordern wir:

- 32 • eine Reform des saarländischen Kommunalwahlrechts, in dem ermöglicht wird, dass
33 die Wähler*innendie Parteilisten an der Wahlurne abändern können und einzelne
34 Kandidierende hoch- oderrunterwählen können.

Antrag E03: Einführung einer verpflichtenden Geschlechterquote in den kommunalen Gremien des Saarlandes

| | |
|-------------------|-----------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarlouis (Saarlouis) |
| Sachgebiet: | E - Inneres, Sicherheit |

1 Analyse:

2 In den saarländischen Kommunalparlamenten ist der FINTA*-Anteil weiterhin deutlich
3 unterrepräsentiert. Aktuelle Studien und Berichte zeigen, dass der FINTA*-Anteil in
4 den Kommunalparlamenten des Saarlandes im Durchschnitt bei etwa 25% liegt^[1].

5 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein
6 zentraler Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. FINTA* sind in vielen politischen
7 Gremien unterrepräsentiert, was zu einer Verzerrung der politischen Entscheidungen
8 führt. Eine Geschlechterquote ist ein notwendiges Mittel, um strukturelle
9 Benachteiligungen abzubauen und eine gerechte Teilhabe zu gewährleisten.

10 Eine demokratische Gesellschaft muss die Vielfalt ihrer Bevölkerung widerspiegeln.
11 FINTA* stellen etwa die Hälfte der Bevölkerung dar und müssen daher entsprechend in
12 politischen Gremien vertreten sein. Eine verpflichtende Geschlechterquote sorgt
13 dafür, dass FINTA* nicht nur symbolisch, sondern auch real an politischen
14 Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

15 Die Forderung nach einer Geschlechterquote steht im Einklang mit den sozialistischen
16 Grundwerten der Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit. Es geht darum,
17 Machtstrukturen zu demokratisieren und sicherzustellen, dass alle gesellschaftlichen
18 Gruppen gleichberechtigt an der politischen Willensbildung teilhaben können.

19 Studien zeigen, dass gemischte Teams bessere Entscheidungen treffen. Eine ausgewogene
20 Geschlechterrepräsentation fördert die Vielfalt der Perspektiven und führt zu
21 umfassenderen und ausgewogeneren politischen Lösungen. Die Einführung einer
22 Geschlechterquote ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der
23 Effektivität.

24 Deswegen fordern wir von der SPD-Saar:

25 Eine verfassungskonforme Lösung für die Herstellung geschlechterspezifischer Parität
26 bis zur nächsten Kommunalwahl in kommunalen Parlamenten zu erarbeiten. Der erste
27 Lösungsvorschlag soll dabei auf dem Landeparteitag 2025 vorgestellt werden.

28 Arbeitsgrundlage ist dabei folgender Vorschlag:

29 Änderung des Saarländischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)

30 § 24 wird wie folgt geändert:

31 Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

- 32 • "Die Wahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen müssen abwechselnd mit
33 weiblich und männlich gelesenen Bewerber:innen besetzt werden. Nicht binäre
34 Personen sind in beide Gruppen zu werten.

35

Quellen:



Juso-Landeskonferenz
Gemeindehaus Diefflen, 30.9.2024 - 1.10.2024

36 [\[1\]](#)

37 [https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauen-in-](https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauen-in-deutschland/49421/frauenanteil-in-den-kommunalparlamenten/)

38 [deutschland/49421/frauenanteil-in-den-kommunalparlamenten/](https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauen-in-deutschland/49421/frauenanteil-in-den-kommunalparlamenten/)

Antrag F01: Für eine freie Ukraine – mehr Unterstützung aus Deutschland

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | F - Internationales |

- 1 Forderung:
- 2 Die Jusos Saar fordern die Landes-SPD, die Bundes-SPD sowie die SPD-geführte
- 3 Bundesregierung auf, sich klar für eine umfassendere Unterstützung der Ukraine
- 4 einzusetzen. Das bedeutet Zusagen über langfristige, verstetigte Lieferungen an
- 5 Munition, Granaten und militärischem Gerät sowie eine bedarfsgerechte Ausweitung der
- 6 Lieferungen auf die wirkungsmächtigsten Waffen der Bundesrepublik. Eine Beschränkung
- 7 des Einsatzes solcher Waffen gegen militärische Ziele darf auch auf russischem Boden
- 8 nicht erfolgen. Weiterhin sind Sanktionen sowohl auf Bundes- als auch insbesondere
- 9 auf EU-Ebene so zu gestalten, dass ein Umgehen von Exportverboten durch Drittstaaten
- 10 unmöglich wird, insbesondere durch Androhung und schlimmstenfalls Umsetzung gleicher
- 11 Exportverbote in unkooperative Drittstaaten. Darüber hinaus betonen wir, dass zu
- 12 jedem Zeitpunkt diplomatische Handlungsalternativen geprüft werden müssen.
- 13 Der Landesvorstand wird beauftragt, den Beschluss zudem zur Unterstützung auf
- 14 Bundesebene bei der nächsten Juso-Konferenz einzubringen.

Antrag G01: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss wehrhaft sein!

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie |

1 Analyse:

2 Die Demokratie erfährt gegenwärtig weltweit einen beispiellosen Druck. Autoritäre
3 Tendenzen, wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Spaltungen bedrohen die
4 Stabilität demokratischer Systeme in alarmierendem Maße. In diesem kritischen Kontext
5 gewinnt das Konzept der „resilienten Demokratie“ zunehmend an Bedeutung. Resilienz
6 beschreibt die Fähigkeit eines Systems, Krisen zu überstehen und gestärkt daraus
7 hervorzugehen. Aus der Perspektive der Jungsozialist*innen impliziert eine resiliente
8 Demokratie nicht nur Widerstandsfähigkeit gegenüber externen und internen
9 Bedrohungen, sondern auch die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit und
10 umfassender Teilhabe.

11 Die historische Analyse zeigt eindrücklich, dass Demokratien wiederholt vor enormen
12 Herausforderungen standen. Die beiden großen Wellen der Autokratisierung im 20.
13 Jahrhundert, welche in den 1920er und 1970er Jahren zahlreiche junge Demokratien
14 hinwegfegten, sind markante Beispiele hierfür. Heutzutage erleben wir erneut eine
15 Erosion demokratischer Werte in vielen Teilen der Welt, einschließlich in etablierten
16 Demokratien wie den USA, Polen und Ungarn. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass
17 Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und kontinuierlich verteidigt und
18 gestärkt werden muss.

19 Eine resiliente Demokratie basiert auf mehreren fundamentalen Elementen. Zunächst
20 sind starke Institutionen von essentieller Bedeutung. Demokratische Institutionen
21 müssen unabhängig und funktionsfähig sein. Hierzu zählen eine unabhängige Justiz,
22 freie Medien und ein transparentes Regierungssystem. Diese Institutionen fungieren
23 als Kontrollmechanismen und schützen die Demokratie vor Machtmissbrauch. Ein weiteres
24 zentrales Element ist die soziale Gerechtigkeit. Eine gerechte Verteilung von
25 Ressourcen und Chancen ist von fundamentaler Bedeutung für die Stabilität einer
26 Demokratie. Soziale Ungleichheit führt zu Spannungen und kann extremistische
27 Bewegungen fördern. Die Jusos setzen sich daher für eine Politik ein, die soziale
28 Gerechtigkeit und Chancengleichheit proaktiv fördert.

29 Politische Bildung und Partizipation sind ebenfalls unverzichtbare Elemente einer
30 resilienten Demokratie. Eine informierte und engagierte Bürgerschaft bildet das
31 Rückgrat jedes demokratischen Systems. Politische Bildung sollte daher einen
32 zentralen Bestandteil des Bildungssystems darstellen. Zudem müssen
33 Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die es allen Bürger*innen ermöglichen,
34 sich aktiv in politische Prozesse einzubringen. Kulturelle Vielfalt und Inklusion
35 sind weitere essentielle Aspekte. Eine resiliente Demokratie erkennt die Vielfalt
36 ihrer Bevölkerung an und fördert Inklusion. Diskriminierung und Ausgrenzung schwächen
37 die gesellschaftliche Kohäsion und gefährden die Demokratie. Die Jusos setzen sich
38 daher für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von
39 Herkunft, Geschlecht oder Religion gleichberechtigt sind.

40 Die Klimakrise stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Eine

41 resiliente Demokratie muss in der Lage sein, nachhaltige Lösungen zu entwickeln und
42 umzusetzen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und
43 Zivilgesellschaft. Die Bekämpfung der Klimakrise muss oberste Priorität haben. Dies
44 verlangt eine konsequente Umsetzung der Klimaziele, den Ausbau erneuerbarer Energien
45 und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.

46 Eine resiliente Demokratie ist mehr als nur widerstandsfähig gegenüber Krisen. Sie
47 ist befähigt, soziale Gerechtigkeit und umfassende Teilhabe zu gewährleisten und
48 nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Die
49 Forderungen der Jungsozialist*innen zielen darauf ab, die Demokratie zu stärken und
50 zukunftsfähig zu machen. Nur durch eine kollektive Anstrengung aller
51 gesellschaftlichen Kräfte kann eine resiliente Demokratie verwirklicht werden.

52 Die Demokratie als politisches System ist nicht immun gegen interne Bedrohungen,
53 insbesondere durch extremistische Bewegungen, die ihre Grundwerte untergraben wollen.
54 In diesem Kontext erfordert die Demokratie eine Wehrhaftigkeit, die über die bloße
55 Verteidigung ihrer Werte hinausgeht und aktiv gegen extremistische Tendenzen vorgeht.

56 Rechtsextremismus stellt eine signifikante Bedrohung für demokratische Systeme dar.
57 Er zielt auf die Aushöhlung grundlegender demokratischer Prinzipien wie Gleichheit,
58 Minderheitenschutz und Pluralismus ab. Rechtsextreme Ideologien propagieren oft eine
59 homogene Gesellschaft, die sich gegen Diversität und die Rechte von Minderheiten
60 wendet. Die Gefahr, die von diesen Tendenzen ausgeht, ist nicht nur theoretischer
61 Natur; sie manifestiert sich in zunehmenden rechtsextremen Gewalttaten und
62 politischer Einflussnahme weltweit. Rechtsextreme Akteure nutzen die Plattformen, die
63 ihnen durch demokratische Wahlen zur Verfügung stehen, um ihre ideologischen Inhalte
64 zu verbreiten. Sie unterminieren dabei gezielt demokratische Prozesse und
65 Institutionen von innen heraus. Beispiele hierfür sind die Zunahme rechtsextremer
66 Rhetorik und Politik in Ländern wie den USA, Deutschland, Brasilien und vielen
67 anderen.

68 Die Demokratie muss wehrhaft sein, um ihre eigene Existenz zu sichern. Wehrhafte
69 Demokratie bedeutet, dass der Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat,
70 gegen Bestrebungen vorzugehen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung
71 gefährden. Diese Pflicht ist in vielen Verfassungen, einschließlich des deutschen
72 Grundgesetzes, verankert. Artikel 18 des Grundgesetzes beispielsweise erlaubt die
73 Verwirkung bestimmter Grundrechte, wenn diese missbraucht werden, um die
74 freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Trotz der bestehenden
75 verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen scheint es allerdings, als ob die
76 demokratischen Staaten oft zögerlich in der Anwendung dieser Mittel sind. Dies könnte
77 an einem Missverständnis des liberalen Charakters der Demokratie liegen, das sie als
78 zu nachgiebig gegenüber ihren Feinden erscheinen lässt. Es ist jedoch von
79 entscheidender Bedeutung, dass die Schutzmechanismen nicht nur symbolisch, sondern
80 aktiv und konsequent angewendet werden.

81 Aktuell zeigt sich, dass rechtsextreme Politiker*innen nicht nur Zugang zu
82 parlamentarischen Strukturen erhalten, sondern diese auch nutzen, um ihre Ideologien
83 salonfähig zu machen. Das erfordert eine verstärkte Achtsamkeit und Entschlossenheit
84 seitens der demokratischen Institutionen. Die Passivität oder unzureichende Reaktion
85 auf solche Bedrohungen kann dazu führen, dass die Demokratie von innen ausgehöhlt
86 wird. Es ist daher unerlässlich, dass demokratische Staaten ihre Wehrhaftigkeit nicht

87 nur deklarieren, sondern auch in der Praxis umsetzen.

88 In Anbetracht der Gefahren und der bisherigen unzureichenden Reaktionen der
89 demokratischen Systeme fordert diese Analyse die konsequente Anwendung und, wenn
90 nötig, Verstärkung der verfassungsrechtlichen Schutzmechanismen. Demokratische
91 Staaten müssen die Bedrohung durch Rechtsextremismus ernst nehmen und entschieden
92 gegen jegliche Form der Untergrabung ihrer Grundwerte vorgehen. Es ist notwendig,
93 dass politische und gesellschaftliche Akteure eine klare Position beziehen und sich
94 für den Schutz der Demokratie stark machen. Nur durch eine entschlossene und
95 konsequente Wehrhaftigkeit kann die Demokratie ihre Werte und ihre Existenz sichern.

96 Die Demokratie als politisches System ist auf die aktive Verteidigung ihrer
97 Prinzipien angewiesen. Angesichts der Bedrohung durch Rechtsextremismus und die
98 zunehmende Präsenz rechtsextremer Ideologien in parlamentarischen Strukturen ist es
99 unabdingbar, dass demokratische Staaten ihre Wehrhaftigkeit stärken. Die konsequente
100 Anwendung verfassungsrechtlicher Schutzmechanismen ist dabei nicht nur ein
101 rechtliches Gebot, sondern eine Notwendigkeit zur Sicherung der Demokratie. Es ist an
102 der Zeit, dass die Demokratie ihre wehrhaften Mittel entschlossen einsetzt, um sich
103 gegen die Gefahren von innen zu verteidigen und ihre Werte zu bewahren.

104 Deswegen fordern wir:

- 105 • Die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien muss gewährleistet und gestärkt
106 werden. Korruption und Machtmissbrauch müssen konsequent bekämpft werden.
- 107 • Es bedarf einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Chancen. Dies umfasst
108 Maßnahmen wie eine progressive Steuerpolitik und den Ausbau des Sozialstaats.
- 109 • Politische Bildung muss ein fester Bestandteil des Bildungssystems sein. Zudem
110 sollten niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, um die
111 politische Teilhabe aller Bürger*innen zu fördern.
- 112 • Förderung kultureller Vielfalt und Inklusion: Diskriminierung und Ausgrenzung
113 müssen aktiv bekämpft werden. Dies erfordert unter anderem eine Reform des
114 Antidiskriminierungsgesetzes und die Förderung von Diversität in allen
115 gesellschaftlichen Bereichen.
- 116 • Die Bekämpfung der Klimakrise muss oberste Priorität haben. Dies erfordert eine
117 konsequente Umsetzung der Klimaziele, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine
118 nachhaltige Wirtschaftspolitik.
- 119 • Eine starke Zivilgesellschaft ist essenziell für eine resiliente Demokratie.
120 Die Arbeit von NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen muss unterstützt und
121 gefördert werden.
- 122 • Demokratie und Menschenrechte müssen auch auf internationaler Ebene verteidigt
123 werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit anderen Demokratien und die
124 Unterstützung demokratischer Bewegungen weltweit.
- 125 • In Anbetracht der Gefahren und der bisherigen unzureichenden Reaktionen der
126 demokratischen Systeme müssen verfassungsrechtliche Schutzmechanismen
127 konsequente angewendet und, wenn nötig, verstärkt werden. Demokratische Staaten
128 müssen die Bedrohung durch Rechtsextremismus ernst nehmen und entschieden gegen
129 jegliche Form der Untergrabung ihrer Grundwerte vorgehen.

Antrag G02: Wir sagen der Ignoranz den Kampf an: Politischer Bildungstag

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarbrücken-Stadt (Saarbrücken-Stadt) |
| Sachgebiet: | G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie |

1 Die Politikverdrossenheit unter Jugendlichen nimmt stetig zu, während politische
2 Organe zunehmend polarisierend agieren. In diesem Kontext gewinnt politische Bildung
3 immer mehr an Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion und unsere
4 Forderung über die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Um dem
5 entgegenzuwirken, fordern wir die Einführung eines politischen Bildungstages.

6 Dieser politische Bildungstag soll ab der 8. Klasse für alle Schulformen
7 verpflichtend
8 eingeführt werden. Durch jährlich wiederkehrende politische Bildungsveranstaltungen
9 erhalten Jugendliche die Möglichkeit, sich politisch zu entfalten und ihre politische
10 Kompetenz zu stärken. Gleichzeitig werden sie ermutigt, sich kritisch mit ihrem
11 politischen Umfeld und ihren eigenen Überzeugungen auseinanderzusetzen. Nur so
12 können wir eine sichere Zukunft und eine konstruktive Politik für morgen gestalten,
13 denn die Zukunft gehört den Mutigen.

14 Während des politischen Bildungstages könnten sich beispielsweise alle politischen,
15 demokratischen
16 Organisationen, einschließlich ihrer Jugendorganisationen sowie das NDC und Adolf
17 Bender Zentrum, direkt in den Schulen
18 vorstellen. Dies bietet den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, verschiedene
19 politische Perspektiven kennenzulernen und sich aktiv mit den Inhalten
20 auseinanderzusetzen. Alternativ könnten die Klassen auch Orte des politischen
21 Geschehens besichtigen, um einen praxisnahen Einblick in die politischen Prozesse zu
22 erhalten.

23 Durch diese Maßnahmen wollen wir das Interesse und das Engagement junger
24 Menschen für die Politik fördern. Nur durch eine fundierte politische Bildung können
25 wir sicherstellen, dass die Jugend von heute zu den verantwortungsbewussten und
26 informierten Wählerinnen und Wählern von morgen heranwächst. Dies ist unerlässlich
27 für die Weiterentwicklung unserer Demokratie und die Gestaltung einer gerechten und
28 zukunftsorientierten Gesellschaft.

Antrag V01: Satzungsänderung

| | |
|-------------------|---------------------------------|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | V - Verband |

1 **Satzung der Jusos Saar**

2 **§ 1 (Grundsätze)**

- 3 1. Die Jusos Saar sind ein sozialistischer, feministischer, antifaschistischer und
4 internationalistischer Richtungsverband.
- 5 2. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen ist eine Arbeitsgemeinschaft im
6 Sinne des Organisationsstatuts der SPD.
- 7 3. Die Tätigkeit der Jungsozialist*innen ist Teil der Parteiarbeit.
8 Organisatorische Grundlage sind die "Grundsätze für die Tätigkeit der
9 Arbeitsgemeinschaften in der SPD".

10 **§ 2 (Aufgaben)**

11 Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen bekennt sich zum demokratischen
12 Sozialismus und tritt mit ihrer Arbeit für eine solidarische Gesellschaft ein.

13 Insbesondere wird angestrebt:

- 14 • eine ökologische, soziale und demokratische Umgestaltung unserer Gesellschaft
- 15 • die Beseitigung der für FINTA (Frauen, Inter-, Trans- und Agender Personen sowie
16 nicht-binäre Menschen) bestehenden Nachteile in allen gesellschaftlichen
17 Bereichen
- 18 • die Vertretung der Interessen junger Menschen und die Förderung der politischen
19 Aufklärung unter diesen
- 20 • Durchführung von politischer Schulungs-, Bildungs-, und Informationsarbeit
- 21 • Förderung von Kontakten mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und
22 internationaler Ebene, um zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener
23 Nationalitäten, Religionen und Kulturen beizutragen
- 24 • die konstruktiv kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der SPD

25 **§ 3 (Organisation)**

26 Der Juso-Landesverband Saar ist der Zusammenschluss aller Jungsozialist*innen im
27 Saarland.

28 **§ 4 (Gliederung und Organe)**

- 29 1. Der Gliederungsaufbau des Juso-Landesverbandes Saar entspricht dem des
30 Landesverbandes der SPD-Saar. Er besteht aus Arbeitsgemeinschaften und
31 Unterbezirken, sowie der Juso-Hochschulgruppe und der Juso Schüler*innen und
32 Auszubildendengruppe.
- 33 2. Die einzelnen Gliederungen können Arbeitskreise und Kommissionen sowie andere
34 Projektgruppen für besondere Aufgaben bilden.
- 35 3. Organe des Juso-Landesverbandes Saar sind:
36 • die Landeskonferenz

- 37 • der Landesausschuss
- 38 • der Landesvorstand
- 39 • der Bildungsausschuss

40 § 5 (Mitgliedschaft)

- 41 1. Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen gehören die Mitglieder der SPD
42 bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres sowie die Unterstützer*innen der Jusos
43 gemäß § 10Abs. 2 OrgSt der SPD an.
- 44 2. Mitglied kann auch werden, wer nicht der SPD angehört. Das Weitere regeln die
45 Unterbezirke der Jungsozialist*innen. Soweit die Unterbezirke keine Regelung
46 getroffen haben, gilt Folgendes:
 - 47 1. Jugendliche und junge Erwachsene bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres
48 können auf Versammlungen von Arbeitsgemeinschaften ihre Mitarbeit erklären.
49 Nach Ablauf von einem Monat erhält aktives und passives Wahlrecht, wer
50 einen entsprechenden schriftlichen Antrag bei der Arbeitsgemeinschaft
51 gestellt hat.
 - 52 2. Für einen Ausschluss von der Mitgliedschaft gelten die Vorschriften des
53 Organisationsstatuts der SPD entsprechend.
 - 54 3. Wer einer Organisation angehört, deren Mitgliedschaft mit der in der SPD
55 und den Jungsozialist*innen unvereinbar ist, kann nicht Mitglied werden.

56 § 6 (Landeskonferenz)

- 57 1. Die Landeskonferenz ist das oberste Beschlussorgan der Jungsozialist*innen im
58 Saarland. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - 59 1. Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes und des Landesausschusses
 - 60 2. Beschlussfassung über gestellte Anträge
 - 61 3. Wahl des Landesvorstandes
 - 62 4. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress in einem
63 Wahlgang. Jeder Unterbezirk soll dabei mit einer Person auf dem
64 Bundeskongress vertreten sein.
 - 65 5. Wahl eines Bundesausschussmitgliedes und einer Vertretung. Ist das gewählte
66 Bundesausschussmitglied kein ordentliches Landesvorstandsmitglied, so gilt
67 es mit seiner Wahl als kooptiertes Landesvorstandsmitglied.
- 68 2. Die Landeskonferenz setzt sich aus 105 Delegierten zusammen. Die Delegierten
69 sind in den jeweiligen höchst beschlussfassenden Gremien der Unterbezirke, der
70 Juso-Hochschulgruppe und der Juso Schüler*innen und Auszubildendengruppe zu
71 wählen. Dem Landesvorstand ist das entsprechende Protokoll vorzulegen. 101
72 Mandate werden auf die einzelnen Unterbezirke entsprechend der Anzahl der
73 Parteimitglieder unter 35 in den Unterbezirken verteilt. Die Juso-
74 Hochschulgruppe sowie die Juso- Schüler*innen und Auszubildendengruppe stellen
75 jeweils zwei Delegierte.
- 76 3. Die ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes und des Landesausschusses nehmen
77 beratend teil, soweit sie keine ordentlichen Delegierten sind.
- 78 4. Landeskonferenzen werden mindestens einmal im Jahr durchgeführt, wobei

- 79 mindestens eine Landeskonferenz pro Jahr mindestens zweitägig stattfindet. Die
80 ordentliche Landeskonferenz, auf der ein Vorstand zu wählen ist, findet alle
81 zwei Jahre statt. Darüber hinaus finden außerordentliche Landeskonferenzen statt
82 1. auf Beschluss des Landesvorstandes
83 2. auf Beschluss des Landesausschusses
84 3. auf Antrag von mindestens drei Unterbezirken
85 4. auf Beschluss einer Landeskonferenz
86 5. Eine ordentliche Landeskonferenz wird vom Landesvorstand unter Angabe einer
87 vorläufigen Tagesordnung spätestens acht Wochen vorher einberufen. Anträge
88 können bis 3 Wochen vor der Landeskonferenz bei der Antragskommission
89 eingereicht werden. Anträge und Rechenschaftsberichte werden spätestens vierzehn
90 Tage vor der Konferenz den Vorsitzenden der Unterbezirke und spätestens zehn
91 Tage vor der Konferenz den Delegierten zugestellt. Antragsberechtigt sind die
92 Versammlungen und Vorstände der Arbeitsgemeinschaften, Gemeinde- bzw.
93 Stadtverbände, Unterbezirke, die Hochschulgruppe und die Schüler*innen und
94 Auszubildendengruppe, der Landesvorstand und der Landesausschuss.
95 Initiativanträge sind zulässig, wenn sie von mindestens zwanzig Delegierten aus
96 mindestens drei Unterbezirken unterstützt werden und Umstände, welche nach dem
97 Antragschluss eingetreten sind, die Fristversäumung entschuldigen. Im
98 Zweifelsfall entscheidet die Landeskonferenz über die Zulässigkeit von
99 Initiativanträgen.
- 100 6. Außerordentliche Landeskonferenzen werden binnen vier Wochen einberufen; Anträge
101 und Berichte sind mindestens sieben Tage vorher zuzustellen. Im Übrigen gelten
102 die Vorschriften für die ordentliche Landeskonferenz.
- 103 7. Landeskonferenzen sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten
104 anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit wird auf Antrag festgestellt.
- 105 8. Die Landeskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.
- 106 9. Die Landeskonferenz wird in ihrem Ablauf durch eine Kommission vorbereitet. Sie
107 setzt sich zusammen aus je einer Vertreter*in der Unterbezirke, des
108 Landesvorstandes, des Landesausschusses, der Hochschulgruppe und der
109 Schüler*innengruppe. Die Mitglieder der Antragskommission werden von den
110 jeweiligen Gremien benannt. An den Sitzungen der Antragskommission nimmt die
111 Landeschäftsführung beratend teil. Die Antragskommission sollte sich
112 unmittelbar nach Antragschluss zusammenfinden, spätestens jedoch eine Woche vor
113 der ordentlichen Landeskonferenz. Die Antragskommission ist durch den
114 Landesvorstand einzuberufen, die Vertreter*innen sollen frühzeitig schriftlich
115 eingeladen werden. Aufgaben der Antragskommission sind die Erarbeitung eines
116 Vorschlags für den zeitlichen Ablauf der Antragsberatung. Entschlüsse der
117 Antragskommission müssen mehrheitlich getroffen werden. Die Antragskommission
118 ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

119 § 7 (Landesausschuss)

- 120 1. Der Landesausschuss ist höchstes Organ des Landesverbandes zwischen den
121 Landeskonferenzen. Er besteht aus 21 stimmberechtigten Mitgliedern, die dem
122 Landesvorstand nicht als stimmberechtigte Mitglieder angehören dürfen.

123 2. Die Delegiertenmandate verteilen sich wie folgt: Die Unterbezirksvertreter*innen sind in den
124 höchstbeschlussfassenden Gremien der
125 Unterbezirke einmal jährlich zu wählen. Beratend nehmen die ordentlichen
126 Landesvorstandsmitglieder Vorsitzenden der Arbeitskreise sowie jeweils eine
127 Vertreter*in der Juso-Hochschulgruppe und Schüler*innen und Auszubildendengruppe
128 teil.

- 128 • Jeder Unterbezirk erhält ein Grundmandat
- 129 • Die übrigen 14 Mandate werden auf die einzelnen Unterbezirke entsprechend
130 der Anzahl der Parteimitglieder unter 35 in den Unterbezirken verteilt.

132 3. Der Landesausschuss berät den Landesvorstand. Er ist vor Beschlüssen über
133 grundlegende politische und organisatorische Entscheidungen zu hören.
134 Grundsatzbeschlüsse der Landeskonferenz sind vom Landesausschuss für die
135 politische Arbeit zu konkretisieren, Handlungsmodelle sind zu erarbeiten. Er
136 beschließt auf Vorschlag des Landesvorstands den Haushalt. Außerplanmäßige
137 Ausgaben und Ausgaben ab einem Betrag von 2500€ müssen durch den Landesausschuss
138 auf Vorschlag des Landesvorstands genehmigt werden. Auf Beschluss des
139 Landesausschuss legt der Landesvorstand bis zu zwei Mal jährlich einen
140 Kassenbericht vor.

141 4. Der Landesausschuss tagt mindestens zwei Mal im Jahr. Er kann vom Vorsitz des
142 Landesausschuss, dem Landesvorstand, auf Antrag von mindestens zwei
143 Unterbezirken oder auf Antrag von mehr als fünfzig Prozent der
144 Landesausschussmitglieder einberufen werden. Landesausschusssitzungen finden
145 verbandsöffentlich statt. Auf Beschluss des Landesausschusses kann die Sitzung
146 auch öffentlich stattfinden.

147 5. Der Landesausschuss wählt jährlich entweder eine Person für den Vorsitz oder
148 zwei gleichberechtigte Personen für den Vorsitz, sowie eine Person für den
149 stellvertretenden Vorsitz. Sie nehmen, sofern sie keine stimmberechtigten
150 Mitglieder sind, beratend an den Sitzungen des Landesausschuss teil. Sie dürfen
151 keine stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstands sein. Der Vorsitz nimmt
152 beratend an Sitzungen des Landesvorstands teil.

153

154 § 8 (Landesvorstand)

155 1. Der Landesvorstand besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern: Jeder Unterbezirk soll
156 mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied im
157 Landesvorstand vertreten sein. Der Landesvorstand gibt sich jährlich eine
158 Geschäftsordnung und einen Geschäftsverteilungsplan. Ferner gelten für den
159 Vorsitz unabhängig vom restlichen Vorstand die Regelungen des §12,1.

160 1. Dem Vorsitz, bestehend aus:

- 161 • Einer Person für den Vorsitz und drei gleichberechtigten Personen für
162 den stellvertretenden Vorsitz Oder auf Beschluss der Landeskonferenz
163 mit 2/3 Mehrheit
- 164 • Zwei gleichberechtigten Personen für den Vorsitz und zwei
165 gleichberechtigten Personen für den stellvertretenden Vorsitz

166 2. Dem sonstigen Vorstand, bestehend aus

- 167 • Einer Person für Finanzen
- 168 • Einer Person für Öffentlichkeitsarbeit
- 169 • Einer Person für Organisation
- 170 • Einer Person für Programmatik
- 171 • Einer Person für Gewerkschaften
- 172 • Einer Person für Politische Bildung
- 173 • Einer Person für Mitgliederbetreuung
- 174
- 175 2. Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstands werden auf einer
- 176 ordentlichen Landeskonferenz für zwei Jahre gewählt. Für alle Positionen sind
- 177 getrennte Wahlgänge durchzuführen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der
- 178 Stimmen der anwesenden Delegierten erhalten hat. Ist im ersten Wahlgang niemand
- 179 gewählt, findet ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Kandidierenden statt,
- 180 auf die die meisten Stimmen entfielen. Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die
- 181 meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- 182 3. Auf fristgerecht eingereichten Antrag von mindestens vier Unterbezirken kann ein
- 183 Mitglied des Landesvorstands mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden Delegierten
- 184 abgewählt werden. Es scheidet damit aus dem Amt aus.
- 185 4. Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstands aus seinem Amt aus,
- 186 so findet eine Wahl zur Besetzung des Amtes für die verbleibende Dauer der
- 187 Amtszeit statt.
- 188 5. Der Landesvorstand kann mit zwei Drittel Mehrheit beratende Mitglieder
- 189 kooptieren. Der Landesausschuss kann mit einfacher Mehrheit Beschlüsse zur
- 190 Kooptierung aufheben. Es soll jeweils eine Vertreter*in aller Arbeitskreise auf
- 191 Landesebene, der Hochschulgruppe und der Schüler*innen und Auszubildendengruppe
- 192 im Landesvorstand vertreten sein.
- 193 6. Der Landesvorstand hat folgende Aufgaben:
- 194 1. Dokumentation und Koordination der Arbeit der Jungsozialist*innen im
- 195 Saarland
- 196 2. Entwicklung von Aktionsmodellen für die Arbeit der Jungsozialist*innen
- 197 3. Förderung der Jungsozialist*innen-Arbeit in allen Gliederungen durch
- 198 organisatorische, finanzielle und technische Hilfen
- 199 4. Information über die Politik der SPD, insbesondere des Landesverbandes, der
- 200 Landtagsfraktion und der Landesregierung sowie die Auswertung dieser
- 201 Politik
- 202 5. Erarbeitung landespolitischer Initiativen und Programme und
- 203 organisatorische Vorbereitung entsprechender Aktionen Koordination der
- 204 bundesweiten sowie internationalen Zusammenarbeit
- 205 6. Vertretung der Jungsozialist*innen im Landesverband der Partei, gegenüber
- 206 der Landtagsfraktion und der jeweiligen Landesregierung
- 207 7. Politische Bildung für die Jungsozialist*innen durch Bereitstellung von
- 208 Seminarprogrammen.

208 § 9 (Landesgeschäftsführung)

- 209 1. Die Landesgeschäftsführung übernimmt die Leitung des Juso-Landesbüros und
210 vertritt den Landesverband in organisatorischen Fragen.
- 211 2. Die Art des Beschäftigungsverhältnisses bestimmt der Landesvorstand, der,
212 vertreten durch die Person bzw. den Personen für den Vorsitz, den Arbeitsvertrag
213 abschließt. Die konkrete Stellenbeschreibung definiert der Landesvorstand.
- 214 3. Die Landesgeschäftsführung wird vom Landesausschuss gewählt. Der Landesausschuss
215 fasst Beschlüsse über die Fortsetzung oder Beendigung des
216 Beschäftigungsverhältnisses nach Anhörung des Landesvorstands.
- 217 4. Scheidet die Landesgeschäftsführung frühzeitig aus, so hat der Landesvorstand
218 bis zur nächsten Sitzung des Landesausschuss die Position kommissarisch zu
219 besetzen.
- 220 5. Die Landesgeschäftsführung darf weder ordentliches Mitglied im Landesvorstand
221 noch im Landesausschuss sein.

222 § 10 (Bildungsausschuss)

- 223 1. Die Jusos Saar geben jährlich in Zusammenarbeit mit den Jusos Rheinland-Pfalz
224 auf der Basis des Kooperationsvertrages zwischen beiden Landesverbänden ein
225 Bildungsprogramm heraus.
- 226 2. Der gemeinsame Bildungsausschuss entscheidet über die Anzahl, Inhalte und
227 Durchführung der Seminare im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
- 228 3. Der Landesverband Saar entsendet drei Mitglieder in den gemeinsamen
229 Bildungsausschuss. Zwei dieser Mitglieder sind durch die Landeskonferenz zu
230 wählen. Scheidet ein Mitglied frühzeitig aus, so hat der Landesausschuss das Amt
231 nachzubesetzen. Ein Mitglied wird vom Landesvorstand mehrheitlich bestimmt.

232 § 11 (Arbeitskreise, Kommissionen)

- 233 1. Der Landesvorstand kann Arbeitskreise und Kommissionen zur Bearbeitung
234 bestimmter Themenbereiche einsetzen. Zur konstituierenden Sitzung lädt der
235 Landesvorstand alle Mitglieder ein. Diese wählen jeweils auf Vorschlag des
236 Landesvorstands entweder eine Person für den Vorsitz oder zwei gleichberechtigte
237 Person für den Vorsitz.
- 238 2. Die so eingesetzten Gremien treten in der Öffentlichkeit nur in Abstimmung mit
239 dem Landesvorstand auf.

240 § 12 (Quotierung)

- 241 1. Höchstens fünfzig Prozent der stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes
242 dürfen männlich sein. Widerspricht das Ergebnis der Wahl zum Landesvorstand
243 dieser Regelung, so gelten die Mitglieder mit den schlechtesten Wahlergebnissen
244 als nicht gewählt, bis diese Regelung wieder erfüllt wird.
- 245 2. Auf Landeskonferenzen dürfen die Unterbezirke höchstens 60% und sollen höchstens
246 50% ihrer Gesamtdelegiertenzahl mit männlichen Delegierten besetzen.
247 Unterbezirke, die mehr als 50% männliche Delegierte entsenden, müssen auf der
248 Landeskonferenz mündlich die Maßnahmen vorstellen, die sie zur Förderung von
249 FINTA im vergangenen Jahr ergriffen haben. Im Nachgang zur Landeskonferenz
250 erarbeiten der Landesvorstand und der jeweilige Unterbezirk Maßnahmen zur
251 Förderung von FINTA in den Strukturen des Unterbezirks und berichten auf der

252 jeweils nächsten Landeskonferenz hierüber.

253 3. Entsendet ein Unterbezirk mehr als ein Mitglied in den Landesausschuss, so
254 dürfen höchstens fünfzig Prozent der Mitglieder männlich sein.

255 4. Von dem Mitglied im Bundesausschuss und dem stellvertretenden Mitglied im
256 Bundesausschuss darf höchstens eine Person männlich sein.

257 5. Höchstens fünfzig Prozent der gewählten Delegierten zum Bundeskongress dürfen
258 männlich sein.

259 6. Werden zwei Personen für den Vorsitz gewählt, darf davon höchstens eine männlich
260 sein.

261 7. Gehört einem Gremium eine ungerade Zahl an Mitgliedern an oder entsendet ein
262 Unterbezirk eine ungerade Zahl an Mitgliedern, so sind die Vorgaben nach §12
263 auch dann erfüllt, wenn die Zahl der gewählten männlichen Personen höchstens um
264 eins höher ist als die Zahl der gewählten FINTA.

265 8. Dem Landesvorstand sollen entsprechend ihres Anteils an der saarländischen
266 Bevölkerung Menschen mit Migrationsgeschichte angehören.

267 **§ 13 (Satzungsänderung)**

268 Eine Änderung dieser Satzung kann nur von einer Landeskonferenz mit einer Mehrheit
269 von zwei Drittel der anwesenden Delegierten beschlossen werden, sofern dieser Antrag
270 fristgerecht eingegangen ist und den Delegierten zugestellt wurde.

271 **§14 (Inkrafttreten)**

272 Diese Satzung tritt unmittelbar nach Beschluss der Landeskonferenz in Kraft

Antrag V02: Arbeitsprogramm: Zukunft braucht Visionen – Visionen brauchen uns!

| | |
|-------------------|---------------------------------|
| Antragsteller*in: | Landesvorstand (Landesvorstand) |
| Sachgebiet: | V - Verband |

1 2025 stehen wir vor einer richtungsweisenden Bundestagswahl, deren Auswirkungen weit
2 über die nächsten vier Jahre hinausgehen werden. Die Wahl markiert einen Scheideweg.
3 Es wird nicht nur darum gehen, wer in den kommenden Jahren das Land regiert. Es wird
4 darum gehen, welchen Kurs unser Land einschlagen wird und vor allem in welche
5 Richtung wir uns als Gesellschaft entwickeln. Diese Wahl wird eine Grundsatzwahl:
6 Unterwerfen wir uns weiterhin dem Diktat des Neoliberalismus, der Spaltung und
7 Ungleichheit oder bestreiten wir aktiv den Weg zur Universalität, zu einem guten
8 Leben für alle - und zwar radikal.

9 Die kommende Bundestagswahl zwingt uns also dazu, uns im ersten Schritt mit der Frage
10 auseinanderzusetzen, ob wir weiterhin der Schuldenbremse huldigen wollen und dem
11 Sparzwang folgen wollen, der die Zukunft einer ganzen Generation und letztendlich
12 auch die unseres Planeten aufs Spiel setzt. Oder ob wir bereit sind, in Bildung,
13 Wissenschaft, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren, um allen Menschen gleiche
14 Chancen zur Verwirklichung ihrer Träume zu bieten.

15 Für uns Jusos ist die Antwort eindeutig: Wir stehen für ein offenes, tolerantes und
16 pro-europäisches Land, in dem alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen
17 Situation, gleiche Chancen genießen. Wir wollen ein Land, das nicht nur
18 wirtschaftlich stark, sondern auch sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Ein
19 Land, das seine Verantwortung gegenüber der jetzigen, aber vor allem gegenüber den
20 kommenden Generationen ernst nimmt und bereit ist, die notwendigen Investitionen zu
21 tätigen, um eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft zu sichern. Wir wollen ein Land,
22 das sich traut, die große Ungerechtigkeit in der Verteilung von Vermögen anzugehen.
23 Ein Land, das die Schere zwischen arm und reich entschlossen schließt.

24 Doch so klar und einfach diese Antworten für uns auch sein mögen, so sehr zeigt uns
25 die gegenwärtige gesellschaftliche Lage das Gegenteil. Rechtsextremist*innen und
26 Rechtspopulist*innen gewinnen in ganz Europa zunehmend Unterstützung für ihre
27 menschenverachtenden Positionen. Und Konservative tun alles, um ihre eigene Macht zu
28 sichern und den Status Quo, und damit die Ungleichheit, aufrechtzuerhalten - zur Not
29 auch mit Unterstützung der Rechtsextremist*innen.

30 Wir müssen aktiv für unsere Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft kämpfen und
31 den Menschen zeigen und beweisen, dass die vermeintlich einfachen Lösungen der
32 Rechten nicht der Wahrheit entsprechen. Rechtsextremist*innen und
33 Rechtspopulist*innen stehen für Rückschritt statt Fortschritt, für Nationalismus und
34 Rassismus, für Ausbeutung und Ungleichheit. In einer solchen Gesellschaft wollen wir
35 nicht leben.

36 Aber auch wir als Jusos stehen vor einer Richtungsentscheidung. Wir müssen uns
37 entscheiden, welche Rolle wir für jetzt, aber auch in Zukunft einnehmen wollen. Ob
38 wir zulassen wollen, dass die SPD aus Angst vor Machtverlust nach rechts driftet. Ob
39 wir zulassen wollen, dass die SPD den Themen der Konservativen und Rechtsextremen
40 hinterherrennt und teilweise übernimmt. Ob wir zulassen wollen, dass die SPD den

41 Kampf gegen den Neoliberalismus und Ungleichheit aufgibt.
42 Für uns ist klar: Wer mit Rechtsextremen gemeinsame Sache macht, findet in der
43 Sozialdemokratie den erbittertsten Gegner! Das hat auch unser Generalsekretärs Esra
44 Limbacher deutlich so gesagt. Wir müssen diesen Satz auf allen Ebenen ernst nehmen -
45 von der Kommune bis nach Europa! Der Kampf gegen Rechts erfordert aber mehr als die
46 entschlossene Ablehnung der Zusammenarbeit mit der AfD als parlamentarischer Arm der
47 Rechtsextremen: Auch thematische Ausrichtung der AfD darf nicht übernommen werden.
48 Der Kampf gegen Rechts muss auch innerhalb der Partei und vor allem auf der Straße
49 gemeinsam mit den Menschen geführt werden! Deswegen ergänzen wir den Satz unseres
50 Generalsekretärs um Folgendes: "Wer die SPD nach rechts rücken will, findet in den
51 Jusos den erbittertsten Gegner!"

52 Es steht viel auf dem Spiel und daher werden wir bis zur Bundestagswahl alles
53 daransetzen, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zu ermöglichen und
54 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen den Einzug in den Bundestag zu
55 verwehren. Damit dies gelingt, muss die SPD fest zu ihren Grundwerten stehen, eine
56 neue Vision entwickeln und ihre politischen Ziele konsequent verfolgen. Ein
57 wankelmütiger Politikstil, der sich lediglich an Umfragewerten und Meinungsbildnern
58 orientiert, untergräbt sowohl das Vertrauen der Wähler*innen als auch das der eigenen
59 Mitglieder. Wir brauchen ein SPD-Regierungsprogramm mit einer klar
60 jungsozialistischen Handschrift, die unserem Gesellschaftsbild entspricht. Nur so
61 kann eine deutliche Abgrenzung zu anderen Parteien gelingen und
62 Regierungsalternativen jenseits einer Großen Koalition und der Rechtskonservativen
63 möglich werden. Die Wahl bietet die Gelegenheit, die Weichen neu zu stellen und ein
64 klares Zeichen für ein progressives, inklusives und zukunftsorientiertes Deutschland
65 zu setzen. Es liegt an uns, diese Chance zu ergreifen und für eine Gesellschaft zu
66 kämpfen, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten.
67 Es liegt an uns, diesen Moment zu nutzen und für ein besseres Morgen zu kämpfen.

68 **1. Who are we? Jungsozialist*innen!**

69 Als Jusos Saar verstehen wir uns als einen autonomen politischen Richtungsverband. In
70 kritischer Solidarität zur Sozialdemokratie im Saarland und in Deutschland entwickeln
71 und vertreten wir unsere Positionen. Unser Ziel ist es, die Menschen durch Dialoge
72 von unseren Ideen zu überzeugen und den gesellschaftlichen Diskurs zu verändern.

73 Als Jusos Saar sind wir integraler Bestandteil der Arbeiter*innenbewegung,
74 insbesondere der Arbeiter*innenjugend und pflegen daher eine historisch gewachsene
75 Nähe zu den Gewerkschaften und speziell zur Gewerkschaftsjugend. Unsere Solidarität
76 zu den Gewerkschaften beschränkt sich nicht lediglich auf Appelle zur Mitgliedschaft
77 und symbolische Gesten wie Selfies mit Mitgliedsausweisen. Vielmehr kämpfen wir
78 gemeinsam dafür, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erweitern, um eine
79 Demokratisierung aller Lebensbereiche zu fördern. Das umfasst
80 wirtschaftsdemokratische Ziele ebenso wie das politische Streikrecht.

81 Die Jusos Saar verstehen sich als Reformsozialist*innen. Wir sind davon überzeugt,
82 dass Veränderungen hin zu einer sozialistischen Gesellschaft durch parlamentarische
83 Prozesse erkämpft werden können und müssen. Wenn es in der Politik und somit dem
84 Staat vorrangig darum geht, Märkte zu unterstützen, statt Menschen, sind die
85 Handlungsprozesse des Kapitalismus a priori anerkannt. Das bedeutet für uns, dass wir

86 innerhalb des Staates Reformen anstreben und ihn als Schutzpatron für kapitalistische
87 Interessen kritisch betrachten müssen. Als Jusos Saar organisieren wir uns seit
88 vielen Jahren innerhalb der Jusos auf Bundesebene im Südwesten mit unseren
89 Freund*innen aus Rheinland-Pfalz und Hessen Süd. Dieses Bündnis wollen wir weiter
90 stärken und intensivieren.

91 **2. Schuldenbremse: Jetzt wird gespart – an den Ausreden!**

92 Straßen, Schienenwege, Brücken, Wohnanlagen, Bildungseinrichtungen, Behörden – die
93 gesamte öffentliche Infrastruktur wird überall abgebaut. Statt notwendiger
94 Sanierungen werden Warnschilder aufgestellt und öffentliche Dienstleistungen
95 schrumpfen, statt zu gedeihen. Diese Entwicklung führt uns in eine Abwärtsspirale:
96 die Attraktivität unserer Städte und Dörfer schwindet, die Unzufriedenheit der
97 Bürger*innen steigt. Gleichzeitig wird das Unternehmertum gehemmt und
98 Selbstständigkeits verhindert. Das beeinträchtigt auch zunehmend den
99 Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Stellung Deutschlands als wirtschaftliche
100 und zukunftsorientierte Großmacht.

101 Eine wesentliche Ursache hierfür ist die Schuldenbremse. Sie ist ein tief im
102 neoliberalen Mainstream verwurzelt Instrument, das die politische Landschaft in den
103 letzten Jahren maßgeblich geprägt und bestimmt hat. Der Kern dieser Ideologie besteht
104 darin, dass der Staat sich möglichst heraushalten, staatliche Ausgaben reduzieren und
105 Aufgaben abgeben soll, da der Markt sie angeblich besser regeln könnte. Die
106 Schuldenbremse oder, allgemeiner gesagt, die Verteufelung von Investitionen durch die
107 Aufnahme von Krediten reflektiert ein blindes Vertrauen in die
108 Selbstregulierungskräfte des Marktes und ein tiefes Misstrauen gegenüber staatlichen
109 Aus- und Aufgaben und den demokratisch legitimierten Akteuren des Staates. Mit dieser
110 Einstellung hat der Staat sich selbst eines entscheidenden Instruments beraubt: der
111 Möglichkeit aktive Politik zu betreiben, die das Leben der Menschen verbessert. Wer
112 jedoch nicht in die Zukunft, in Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen
113 investiert, begeht einen weitaus größeren Fehler als Schulden aufzunehmen: Er bremst
114 unser Land aus – mit kostspieligen Konsequenzen für die kommenden Generationen!

115 Gerade in Zeiten einer schwächelnden Wirtschaft bedarf es Investitionsprogrammen, die
116 unsere Gesellschaft stärken und der Wirtschaft neuen Schwung verleihen. Deutschland
117 benötigt dringend eine Investitionsoffensive: Der Klimawandel, die Energiewende, die
118 Digitalisierung, die Verkehrswende und die demografische Entwicklung sind gigantische
119 Herausforderungen, die keinen weiteren Aufschub dulden. Es ist nicht verwunderlich,
120 dass all diejenigen, die Verantwortung tragen und sich den Herausforderungen stellen
121 wollen, merken: Wenn wir nicht wollen, dass unsere Gesellschaft in dieser umfassenden
122 Phase des Wandels auseinanderbricht, geht es nur mit einem starken und
123 handlungsfähigen Staat. Kurz gesagt: Wer wirklich etwas bewegen will, muss sich
124 endlich von den neoliberalen ideologischen Glaubenssätzen befreien.

125 Ein starker und handlungsfähiger Staat muss in der Lage sein, auf multiple Krisen mit
126 ausreichend finanziellen Mitteln zu reagieren. Die Schuldenbremse verhindert jedoch,
127 dass dringend notwendige Investitionen in den Klimaschutz und in Maßnahmen der
128 Klimafolgenanpassung getätigt werden können. Erst dann agieren zu können, wenn
129 beispielsweise eine Naturkatastrophe tatsächlich eingetreten ist, nachdem die
130 Menschen ihr Zuhause, ihren Besitz und in anderen Ländern leider auch ihr Leben
131 verloren haben, ist absurd. Generationengerechtigkeit bedeutet nicht einfach, die

132 finanziellen Lasten auf die Zukunft zu verschieben, sondern die Grundlagen für eine
133 nachhaltige und widerstandsfähige Wirtschaft und Infrastruktur zu schaffen. Alles
134 andere wäre unverantwortlich.

135 Vor allem bei der Jahrhundertherausforderung Klimawandel: Nur durch kluge und
136 zielgerichtete Investitionen kann die Handlungsfähigkeit des Staates gewahrt bleiben.
137 Unterlassen wir dies, wachsen die Kosten ins Unermessliche und wir verlieren unsere
138 Lebensgrundlage. Für uns steht außer Frage, dass die öffentliche Hand beim Abbau des
139 enormen Investitionsstaus einen Zahn zulegen muss, anstatt sich selbst zu blockieren.
140 Das umfasst Investitionen in den klimaneutralen Umbau, nachhaltige Mobilität,
141 Infrastruktur und Digitalisierung sowie in die Daseinsvorsorge wie bezahlbaren
142 Wohnraum, Bildung und Gesundheit und in das Personal im öffentlichen Dienst.

143 Dringend notwendig ist auch eine Reform unseres Steuersystems für mehr Gerechtigkeit.
144 Denn wer mehr erwirtschaftet und besitzt, sollte auch mehr zum Gemeinwohl beitragen.
145 Der Staat, der Steuern einfordert, muss diese Einnahmen umgehend für seine
146 Bürger*innen einsetzen, sei es, um die oben genannten Investitionen zu verwirklichen
147 oder um laufende Ausgaben zu decken.

148 **3. Alerta, alerta, anticapitalista! - Umverteilung jetzt!**

149 Ob Klimakrise, Probleme im Gesundheitssektor oder der Aufstieg der globalen Rechten –
150 all diese Krisen sind eng mit dem Kapitalismus verbunden. Die Krise des Kapitalismus
151 ist vielschichtig und wandelt sich ständig, wobei immer neue Probleme entstehen. Um
152 den Kapitalismus effektiv zu bekämpfen, müssen wir seine verschiedenen Facetten und
153 Auswirkungen verstehen und klar die Frage der Verteilung stellen.

154 Als sozialistischer und internationalistischer Verband kämpfen wir weltweit gegen den
155 Kapitalismus. Durch die Globalisierung, koloniale Kontinuitäten und kapitalistische
156 Mechanismen stehen wir vor globalen Herausforderungen: Arbeiter*innen, BIPOCs, FINTAs
157 werden systematisch ausgebeutet. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützen
158 ein auf Ungleichheit und Profitinteressen ausgerichtetes System. Besonders in den
159 Ländern des Globalen Südens gibt es oft unregulierte Ausbeutungsmechanismen, die vor
160 allem marginalisierte Gruppen betreffen.

161 Für uns Jusos ist klar: Trotz aller Erfolge in den letzten 200 Jahren leben wir immer
162 noch in einer Klassengesellschaft und unsere Gesellschaft ist immer noch stark von
163 der kapitalistischen Produktionsweise und ihren gesellschaftlichen und politischen
164 Auswirkungen geprägt. Der Konflikt zwischen Kapital und Erwerbsarbeit zeigt sich
165 zunehmend in einem verschärften Klassenkampf von oben nach unten. Dabei werden neue
166 Organisationsformen genutzt, um Schutzrechte zu umgehen und ausgebeutete Gruppen
167 gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig führt die Konzentration von Kapital und
168 Vermögen bei wenigen Menschen zu einer ungerechten Verteilung von Wohlstand und
169 politischer Macht. Diese Ungleichverteilung und der Klassenkampf von oben verhindern,
170 dass Armut wirksam bekämpft wird. Weder die derzeitige Wirtschaftsordnung noch die
171 sozialen Sicherungssysteme können Armut verhindern.

172 Unser Ziel ist es, unter jungen Menschen ein modernes Klassenbewusstsein zu schaffen
173 und für die Zugehörigkeit zu einer jungsozialistischen Bewegung zu werben.
174 Verteilungsfragen gehören zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit, und ihre
175 Beantwortung ist ein wesentlicher Teil unserer politischen Botschaft, den wir
176 angesichts der aktuellen Herausforderungen wieder stärker betonen müssen.

177 **4. Gesundheit vor Profit - das kranke Gesundheitssystem endlich heilen!**

178 Wer den Profit vor die Gesundheit stellt, riskiert eine Krise unseres gesamten
179 Gesundheitssystems und verhindert aktiv eine gesunde Gesellschaft.

180 Der demographische Wandel ist ein verstärkender Faktor, aber nicht alle Probleme sind
181 auf eine alternde Gesellschaft zurückzuführen. Das Grundproblem ist und bleibt, dass
182 Krankenhäuser in Deutschland Geld verdienen müssen, um zu überleben. Die Folge sind
183 zerfallende Kliniken, schlecht bezahltes Personal, bedingte Behandlung von
184 Patient*innen aufgrund von Bürokratie und Zeitmangel, frustrierte Stimmung,
185 schließende Krankenhäuser und eine Unterversorgung der Bevölkerung. In viele Bereiche
186 des Gesundheitssystems muss endlich mehr investiert werden. Viele Maßnahmen, wie etwa
187 die Digitalisierung der medizinischen und pflegerischen Dokumentation, würden die
188 tägliche Arbeit der in der Gesundheitsbranche Beschäftigten viel effektiver machen.

189 Um das Gesundheitssystem zu entlasten, ist es notwendig, bereits vor dem
190 Krankenhausaufenthalt von Menschen anzusetzen. Wir brauchen gut finanzierte und
191 ausgeweitete Präventionsangebote, die nicht nur Menschen mit hohem sozioökonomischem
192 Status erreichen. Menschen mit niedrigem "Sozialstatus" sind von chronischen
193 Krankheiten, psychosomatischen Beschwerden und sogar von Behinderungen öfter
194 betroffen als andere. Das führt auch zu einer niedrigeren Lebenserwartung. Wir sind
195 der Meinung: In Würde und Gesundheit zu altern, sollte jedem Menschen in Deutschland
196 möglich sein. Deswegen sprechen wir uns für verstärkte Beratungs- und
197 Gesundheitsangebote in sozialen Brennpunkten aus.

198 In ganz Deutschland werden bis 2049 zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen.
199 Das ist eine Katastrophe! Der Pflegeberuf muss wieder attraktiver gemacht werden. Das
200 erreichen wir nicht nur mit erhöhten Löhnen, sondern insbesondere mit einer
201 Veränderung der Arbeitsumstände. Die übermäßige Bürokratie auf den Stationen muss
202 abgebaut werden, der Konkurrenz durch Zeitarbeitsfirmen muss getrotzt werden und die
203 pflegerischen Teams müssen durch Teambuilding auch für frisch examinierte
204 Pflegekräfte attraktiv und offen sein. Eine Flexibilität der Arbeitszeiten wäre für
205 viele Pflegende eine große Erleichterung, da die Familienzeit sehr unter dem
206 Schichtdienst leidet.

207 Auch bei den Ärzt*innen herrscht Handlungsbedarf. In Deutschland fehlen jährlich
208 knapp 2.500 ärztliche Nachbesetzungen. Bis 2040 wird ein Mangel von ca. 30.000
209 Ärzt*innen erwartet. Und das liegt keinesfalls daran, dass zu wenig Menschen Medizin
210 studieren wollen. Auf einen einzigen Medizin-Studienplatz bewerben sich jedes Jahr
211 bundesweit ca. 100 Personen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung von mehr
212 Studienplätzen ein. Das primäre Auswahlkriterium sollte zudem nicht der
213 Abiturdurchschnitt, sondern eine berufliche Vorbildung und ein medizinischer
214 Eignungstest sein, der anders als der TMS nicht nur die Intelligenz, sondern auch die
215 soziale Kompetenz des Bewerbenden testet.

216 Doch auch nach dem Studium wandern viele junge Ärzt*innen ins Ausland ab, gehen in
217 die Forschung oder in die freie Wirtschaft. Auch hier müssen die Arbeitsbedingungen
218 verbessert werden. Bessere Einarbeitung, besonders zu Beginn, weniger Verantwortung
219 und bessere Bezahlung sind unerlässlich, um eine adäquate ärztliche Versorgung
220 weiterhin sicherstellen zu können.

221 Sowohl im pflegerischen als auch im medizinischen Bereich müssen wir dem Stigma von

222 "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" entgegenwirken. Weder Studierende noch
223 Pflegeschüler*innen sind einfach nur billige Arbeitskräfte, die nach Belieben
224 ausgebeutet werden können. Deshalb setzen wir uns für eine faire Bezahlung von
225 Famulat*innen und Pfler*innen ein. Zudem fordern wir eine maximale Anzahl von 10
226 Tagen, an denen Pflegeschüler*innen am Stück eingesetzt werden dürfen.

227 Um eine gerechte Gesundheitsversorgung zu erreichen, ist es entscheidend, dass
228 zukünftige Reformen den Schutz der Gesundheit über die Profitgier stellen. Nur so
229 schaffen wir ein nachhaltiges, durchlässiges Gesundheitssystem!

230 **5. Prosperity statt Monopoly - Für eine Wohnungspolitik die am Menschen orientiert** 231 **ist**

232 Wohnen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Es ist entscheidend, dass der
233 Wohnungsmarkt nicht von Konkurrenz, Monopolen und sozialer Verarmung geprägt ist,
234 sondern von Zusammenarbeit, Gemeinwohl und Wohlstand. Steigende Mieten bereiten
235 vielen, besonders jungen Menschen, große Sorgen. Wir brauchen dringend Lösungen für
236 die drängenden Fragen der Wohnungspolitik. Der freie Markt sorgt oft nur dafür, dass
237 das Geld in die Taschen der Reichen fließt. Deshalb ist klar: Der Markt muss
238 reguliert werden. Wohnen ist kein ausschließliches Wirtschaftsgut, sondern ein
239 Sozialgut und ein Menschenrecht.

240 Wir brauchen einen bundesweiten Mietdeckel. Das bedeutet nicht, dass die Mieten in
241 jeder Stadt gleich hoch sein müssen, sondern dass es ein flexibles Regelwerk geben
242 sollte, das regional entscheidet, ob und in welchem Umfang ein Mietdeckel nötig ist.
243 In den 1960er und 1970er Jahren war die Regulierung der Mieten in Deutschland eine
244 gängige Praxis. Eine aktuelle Studie zeigt, dass Mietregulierung in 21 Ländern
245 soziale Ungleichheit verringert und der Staat Geld spart, da weniger
246 Wohngeldzuschüsse an überhöhte Mieten gezahlt werden müssen.

247 Außerdem benötigen wir dringend ein neues Gesetz für gemeinnützige
248 Wohnungswirtschaft. Derzeit geben Bund, Länder und Kommunen jährlich 17,5 Milliarden
249 Euro für Mietzuschüsse aus, die direkt den Vermietern zugutekommen und die Mietpreise
250 weiter steigen lassen. Dieses Geld muss umgeleitet werden, um ein bundesweites
251 Anreizsystem zu schaffen. Steuererleichterungen sollten für Wohnungsgenossenschaften
252 erlassen werden und Fördergelder nur an solche Unternehmen ausgezahlt werden, die
253 sich zur Gemeinnützigkeit verpflichten. Außerdem müssen Sozialwohnungen nicht nur in
254 besonders von Armut geprägten Stadtteilen, sondern auch in zentralen Gegenden gebaut
255 werden. Neubauten müssen, wie beim Hamburger-Modell, immer auch ein Drittel
256 Sozialwohnungen beinhalten.

257 Darüber hinaus müssen privatisierte Wohnbestände rekommunalisiert werden! Kommunen
258 sollten ein Vorkaufsrecht erhalten, um mehr Wohnungen wieder in gemeinschaftlichen
259 Besitz zu bringen. Derzeit werden Kommunen oft von großen privaten Investoren
260 überboten, was eine Rekommunalisierung fast unmöglich macht. Das Vorkaufsrecht sollte
261 nicht nur bei extrem hohen Kaufpreisen gelten, sondern auch im regulären Marktumfeld
262 zur Anwendung kommen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen entsprechend
263 verbessert werden.

264 Der Kauf von Eigentumswohnungen kann problematisch sein, besonders wenn sich
265 Lebensumstände ändern. Genossenschaften bieten eine gute Lösung, da man innerhalb der
266 Genossenschaft umziehen kann, ohne die Konditionen zu ändern. Genossenschaften

267 sollten gezielt gefördert werden, um neuen Wohnraum zu schaffen. Dabei sollten sie
268 nicht nur für die Mittelschicht, sondern auch für Menschen mit geringem Einkommen
269 zugänglich sein.

270 Wir brauchen dringend ein Anti-Spekulationsgesetz. Das Geschäft mit
271 Immobilienspekulation darf sich nicht mehr lohnen. Steuerfreiheit für
272 Veräußerungsgewinne von Immobilienunternehmen muss abgeschafft werden. Share Deals,
273 bei denen Immobilienunternehmen keine Grunderwerbssteuer zahlen, sollten beendet
274 werden. Auch die Steuerfreiheit für Wiederverkäufe, bei denen Immobilien nach zehn
275 Jahren ohne Steuerbelastung verkauft werden, muss abgeschafft werden. Ebenso muss
276 Bodenspekulation ordnungsgemäß besteuert werden, und die Einnahmen sollten den
277 Gemeinden zugutekommen.

278 Finanzinvestoren und Briefkastenfirmen sollten nicht auf dem Wohnungsmarkt zugelassen
279 werden. Der Druck des Kapitalmarktes hat zur aktuellen Krise beigetragen und es ist
280 wichtig, diesen Bereich zu regulieren. Ein Ausschluss solcher Investoren, ähnlich wie
281 im Energiemarkt, sollte erfolgen, wobei eine Übergangsfrist eingeräumt wird, um einen
282 geordneten Verkauf der Bestände zu ermöglichen.

283 Es wird geschätzt, dass bis zu 10% des jährlichen Kaufpreisvolumens im
284 Immobiliensektor Geldwäsche betrifft, was etwa 25 Milliarden Euro entspricht. Weitere
285 10% sind in komplexen Unternehmensstrukturen verborgen, was die steuerliche
286 Nachverfolgbarkeit erschwert. Wir brauchen ein öffentliches Immobilienregister und
287 ein Verbot von Bargeldkäufen. Die TaskForce zur Bekämpfung von Geldwäsche in Berlin
288 sollte wieder aktiv werden. Zudem sollten Notariate verpflichtet werden, verdächtige
289 Aktivitäten zu überprüfen und zu melden. Investor*innen müssen die Herkunft ihres
290 Vermögens nachweisen, bevor sie investieren dürfen.

291 Die Wohnungsnot im Saarland ist sehr dramatisch. Im Jahr 2005 gab es noch etwa 5000
292 Sozialwohnungen. Heute sind es weniger als 600. Im Saarland ist die Kinderarmut in
293 den letzten zehn Jahren stärker gestiegen als in anderen Bundesländern. Diese
294 Situation wird durch einen Wohnungsmarkt mit hohen Mieten und Sanierungsbedarf
295 verschärft. Wohnen darf nicht nur als Ware betrachtet werden, sondern muss für alle
296 Menschen erschwinglich sein. Um das zu gewährleisten, braucht es eine neue Boden- und
297 Baupolitik. Investitionen müssen gefördert werden, um sowohl für Investoren als auch
298 für Eigentümer attraktiv zu sein. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau im Saarland
299 durch verbesserte Förderkriterien und höhere Zuschüsse stärken.

300 Für uns Jusos steht fest: Es gibt kein Recht auf Rendite, aber auf bezahlbares
301 Wohnen. Wir setzen uns für eine wohnungspolitische Ausrichtung ein, die dem
302 Gemeinwohl dient.

303 **6. Gewerkschaften- we're all in this together!**

304 Die Arbeitswelt hat sich im Laufe der Geschichte stark gewandelt. Vor allem in den
305 letzten Jahrzehnten hat sich dieser Wandel beschleunigt und an Bedeutung gewonnen.
306 Neue Technologien, wie künstliche Intelligenz und Robotik, aber auch globale
307 Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen haben die Art und Weise, wie wir
308 produzieren und arbeiten, grundlegend verändert.

309 Unternehmen sind nicht mehr auf lokale Märkte beschränkt, sondern operieren global.
310 Das eröffnet neue Möglichkeiten, birgt aber auch verstärkten Wettbewerbsdruck und die
311 Auslagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer.

312 Flexible Arbeitszeiten, Telearbeit und Projektarbeit sind heute weit verbreitet und
313 ermöglichen eine bessere Work-Life-Balance. Digitalisierung, Automatisierung und KI
314 erleichtern Prozesse und Arbeit.

315 Bei all dem Fortschritt und den positiven Aspekten der Arbeits- und Produktionswelt
316 dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass sich auch der Kapitalismus in einer rasanten
317 Geschwindigkeit angepasst und neue Formen der Ausbeutung und prekärer
318 Beschäftigungsverhältnisse erschaffen hat.

319 Wir müssen sicherstellen, dass niemand durch diese Veränderungen zurückgelassen wird.
320 Arbeitskräfte müssen auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden, indem sie Zugang
321 zu lebenslangem Lernen und Umschulungsprogrammen erhalten.

322 Eine umfassende gesellschaftliche Debatte und politische Maßnahmen sind notwendig, um
323 die Transformation der Industrie und der Arbeitswelt zu begleiten. Rahmenbedingungen
324 müssen geschaffen werden, die faire Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung
325 gewährleisten. Unternehmen müssen Verantwortung für die Auswirkungen ihrer
326 Entscheidungen übernehmen und langfristige, nachhaltige Strategien verfolgen.

327 Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle im Kampf für Arbeitnehmer*innenrechte.
328 Sie verhandeln Tarifverträge, um faire Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zu
329 erreichen und fördern die Solidarität unter den Arbeitnehmerinnen.

330 Viele Arbeitsstandards, wie Mindestlohn, bezahlter Urlaub, Arbeitsschutzmaßnahmen und
331 Elternzeit, sind das Ergebnis jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe. Diese
332 Errungenschaften haben das Arbeitsleben nachhaltig verbessert und die Lebensqualität
333 vieler Arbeitnehmer*innen erhöht.

334 Gewerkschaften sind eine treibende Kraft für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit
335 und verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Gemeinsam können wir zukünftige
336 Projekte, wie die 4-Tage-Woche oder die Umlagefinanzierung der
337 Ausbildungsplatzgarantie, angehen!

338 Als Jusos stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften im Kampf für gerechte
339 Arbeitsbedingungen und gegen soziale Ungleichheit und Ausbeutung.

340 **7. Climate is changing- and so are we?**

341 Die Klimakatastrophe stellt die größte globale Herausforderung unserer Zeit dar und
342 betrifft alle Aspekte des Lebens und der Gesellschaft. Dringende Maßnahmen sind
343 notwendig, um die negativen Auswirkungen zu begrenzen und eine lebenswerte Zukunft
344 für kommende Generationen zu sichern. Zudem verschärft die Klimakatastrophe das
345 Artensterben, da viele Tier- und Pflanzenarten durch veränderte klimatische
346 Bedingungen und den Verlust ihres Lebensraums bedroht sind. Wir müssen endlich
347 anerkennen, dass diese Veränderungen unseren gesamten Planeten, aber vor allem uns
348 Menschen bedroht und uns die Lebensgrundlage entzieht, die wir zum Überleben
349 brauchen. Die Klimakrise ist keine Krise für unseren Planeten. Sie ist eine Krise,
350 die das Potential hat, die Spezies Mensch komplett auszurotten. Alle Nationen haben
351 daher die Pflicht, etwas gegen die bevorstehende Katastrophe zu unternehmen.

352 Die Zeit, um die schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe zu mildern, ist begrenzt.
353 Effektive Maßnahmen müssen jetzt ergriffen werden, um die Klimaziele zu erreichen.
354 Das Pariser Abkommen von 2015 ist ein Meilenstein im globalen Kampf gegen den
355 Klimawandel und verpflichtet die Vertragsstaaten, nationale Klimaschutzpläne zu

356 erstellen und regelmäßig zu aktualisieren. Ziel ist es, die globale
357 Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen
358 Niveau zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Anstieg auf 1,5 Grad
359 Celsius zu begrenzen. Industrienationen haben zugesagt, finanzielle Mittel zur
360 Unterstützung von Entwicklungsländern bereitzustellen.

361 Der Anstieg der Treibhausgasemissionen hat eine globale Erwärmung zur Folge, deren
362 Auswirkungen bereits spürbar sind: Hitzewellen, Dürren, Starkregenereignisse und
363 Naturkatastrophen wie Hurrikane und Waldbrände werden häufiger und intensiver.
364 Gesundheitliche Folgen sind ebenfalls spürbar: Hitzestress, Luftverschmutzung, die
365 Ausbreitung von Krankheitserregern und ein erhöhtes Pandemierisiko bedrohen vor allem
366 die verletzlichen Bevölkerungsgruppen. Landwirtschaftliche Erträge und die
367 Ernährungssicherheit sind durch extreme Wetterereignisse gefährdet, was besonders
368 anfällige Regionen hart trifft. Wirtschaftliche Schäden durch Naturkatastrophen,
369 verringerte Ernteerträge und steigende Kosten für Infrastruktur und Gesundheit
370 belasten die Volkswirtschaften zusätzlich. Klimabedingte Umweltveränderungen führen
371 zu Migration und sozialen Spannungen, insbesondere in ressourcenarmen oder besonders
372 ausgebeuteten Regionen.

373 Das schwere Pfingsthochwasser im Saarland hat uns auf vielen Ebenen noch einmal
374 bewusst gemacht, dass wir im Kampf gegen die Klimakatastrophe keine Zeit zu verlieren
375 haben. Durch den Starkregen und das Hochwasser haben viele Saarländer*innen ihre
376 Existenz verloren und die Infrastruktur im Saarland wurde an vielen Stellen erheblich
377 beschädigt. Nach jedem größeren Hochwasser in Deutschland zeigt sich immer wieder das
378 gleiche Bild: Nur jedes zweite Haus ist gegen Elementarschäden versichert. Das ist
379 auch nicht überraschend, denn insbesondere in gefährdeten Gebieten sind die
380 Versicherungssummen für viele Menschen zu teuer. Zudem ist es häufig schwierig,
381 überhaupt einen Versicherer zu finden, der bereit ist einen Vertrag abzuschließen. Es
382 wird deutlich, dass unser bisheriges Versicherungssystem in Deutschland nicht
383 funktioniert und einer Reform bedarf. Wir brauchen eine Pflicht für
384 Elementarschädenversicherungen!

385 Trotz des Ausmaßes der Schäden hat sich gezeigt, dass die bis dato investierten rund
386 17 Millionen Euro in Hochwasser- und Starkregenkonzepte Schlimmeres verhindern
387 konnten. Deswegen ist es wichtig, dass die Landesförderung dieser Maßnahmen bis 2029
388 verlängert wurden, wobei die Richtlinien im Nachgang des Hochwassers noch einmal
389 überprüft werden müssen. Derzeit verfügen nur elf saarländische Kommunen über
390 vollständige Konzepte für Hochwasserschutz, darunter technische Schutzanlagen,
391 Rückhaltebecken, Deiche und die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten. Weitere 38
392 Kommunen befinden sich derzeit in der Bearbeitungsphase. Hier muss sich dringend
393 etwas ändern.

394 Das saarländische Klimaschutzgesetz bildet die Grundlage für Maßnahmen zur Bekämpfung
395 der Klimakatastrophe. Angesichts der dichten Besiedlungsstruktur und der
396 industriellen Prägung des Landes wurden spezifische Ziele und Instrumente festgelegt.
397 Das Klimaschutzkonzept muss konkrete, ambitionierte Maßnahmen enthalten, um
398 Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Es bedarf eines umfassenden
399 Beteiligungsprozesses und einer landesweiten Öffentlichkeitskampagne zur Förderung
400 von Klimagerechtigkeit und Umweltschutz.

401 Wir stehen für das klare Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Darüber hinaus muss die

402 Klimakatastrophe stärker in Bildungspläne integriert werden. Die Förderung des
403 Fahrrad- und Fußverkehrs, die Reduzierung von Leerständen und den Ausbau erneuerbarer
404 Energien auf 100 % bis 2035 sind unerlässlich. Zudem ist eine permanente Kommission
405 für den sozial-ökologischen Strukturwandel ebenso notwendig wie die Unterstützung
406 nachhaltiger Landwirtschaft. Katastrophenschutzpläne und die Erhaltung natürlicher
407 CO₂-Senken wie Grünflächen und Wälder müssen ebenfalls Vorrang haben. Ein
408 Mobilitätsgesetz mit klaren Zielen und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sind
409 entscheidend. Schließlich fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises und eine
410 stärkere Verpflichtung der Kommunen zu Klimaschutzmaßnahmen.

411 Die Zeit zum Handeln ist jetzt. Jede Verzögerung bringt uns der Klimakatastrophe
412 näher.

413 **8. Ohne Industrie ist alles doof! Transformation gestalten!**

414 Die Industrie trägt einen wesentlichen Teil zur Entstehung von Treibhausgasen bei und
415 deshalb ist es wichtig, dass wir die Industrie auf eine umweltfreundlichere,
416 klimaneutrale Produktion umstellen.

417 Das Saarland ist Industrieland und das muss auch so bleiben. Es ist entscheidend,
418 dass wir auch hier auf nachhaltige Produktionsmethoden umsteigen, um die globalen
419 Klimaziele zu erreichen und die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen.
420 Das Saarland, die saarländische Landesregierung und die saarländische Stahlindustrie
421 sind bereits auf einem guten Weg zum klimaneutralen Umbau der Stahlproduktion. Auch
422 und vor allem aufgrund des Transformationsfonds, der die notwendigen Investitionen
423 erst möglich gemacht hat.

424 Auch jenseits der Stahlindustrie müssen wir den Umstieg auf saubere Energiequellen
425 wie Sonnen- und Windkraft verbessern. Gleichzeitig müssen wir die Energieeffizienz
426 verbessern. Moderne Technologien und Prozesse können helfen, den Energieverbrauch in
427 der Industrie und Produktion zu senken, ohne die Produktivität zu beeinträchtigen.
428 Weitere Fortschritte in Bereichen wie grüne Chemie und CO₂-Abscheidung tragen
429 ebenfalls dazu bei, die Emissionen zu reduzieren und umweltfreundliche
430 Produktionsmethoden zu ermöglichen.

431 Die Umstellung auf klimaneutrale Produktion ist zwar herausfordernd, bietet jedoch
432 auch große Chancen. Unternehmen, die auf nachhaltige Technologien setzen, können
433 wettbewerbsfähiger werden und neue Geschäftsfelder erschließen. Außerdem sorgt
434 klimaneutrale Produktion dafür, dass wir auch in Zukunft in einer gesunden und
435 lebenswerten Umwelt leben können. Es ist wichtig, dass Regierungen, Unternehmen und
436 die Gesellschaft zusammenarbeiten, um diesen Wandel zu erreichen. Politische
437 Maßnahmen wie CO₂-Preise, Förderungen für erneuerbare Energien und Anreize für
438 nachhaltige Produktion sind dabei von großer Bedeutung. Die Umstellung auf eine
439 klimaneutrale Produktion ist nicht nur eine Option, sondern eine dringende
440 Notwendigkeit, um den Klimawandel zu bekämpfen und eine nachhaltige Zukunft zu
441 sichern. Dieser Wandel erfordert entschlossene Entscheidungen und gemeinsame
442 Anstrengungen, um Wohlstand und Umweltschutz in Einklang zu bringen.

443 **9. Schule, Hochschule und berufliche Weiterbildung: Bildung ist kein Luxus!**

444 Das zentrale Versprechen der sozialdemokratischen Politik besteht in der
445 Gewährleistung gleicher Bildungschancen als Grundlage für soziale und demokratische

446 Teilhabe. Derzeit sind Fachkräfte in Bildungseinrichtungen knapp und die digitale
447 sowie bauliche Ausstattung ist unzureichend. Frühkindliche Bildung, als fundamentaler
448 Aspekt der Chancengleichheit, benötigt ausreichend Betreuungsplätze und eine
449 Fachkräfteoffensive. Hierzu gehört die Attraktivität der Erzieherausbildung durch
450 kostenfreie, vergütete Ausbildung und gute Weiterbildungs- und
451 Aufstiegsmöglichkeiten.

452 Die gegenwärtigen Herausforderungen des deutschen Bildungssystems umfassen veraltete
453 Infrastrukturen, mangelnde technische Ausstattung und einen akuten
454 Lehrer*innenmangel. Eine umfassende Modernisierung, einschließlich der
455 Digitalisierung der Schul-Infrastruktur und der Anpassung der Lehrpläne an moderne
456 Anforderungen, ist notwendig. Anreize zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der
457 Bezahlung für Lehrer*innen sowie Programme zur Anwerbung von Quereinsteigern sind
458 erforderlich, um die Bildungsqualität zu sichern.

459 Bildung muss kostenfrei, von der Kindertagesstätte bis zum Abschluss von Ausbildung
460 oder Studium, zugänglich sein, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die SPD im
461 Saarland hat mit der schrittweisen Abschaffung der KiTa-Beiträge bis 2027 bereits
462 einen wichtigen Schritt für bessere Bildungschancen erreicht. Gleichzeitig setzt sie
463 sich für die Ausweitung der Ganztagschulen ein, um eine umfassende Betreuung
464 sicherzustellen.

465 Die Zukunft der Schulen ist digital. Tablets und digitale Lernmethoden müssen
466 integriert werden, um den Umgang mit mobilen Endgeräten zu lehren.
467 Lehrer*innenfortbildungen sind essenziell, um digitale Tools effektiv zu nutzen und
468 administrative Aufgaben zu reduzieren, damit mehr Zeit für den Unterricht bleibt.

469 Bildungspolitik muss sich auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen
470 einstellen, dabei adaptive Lernplattformen und kritische Medienbildung einbeziehen.
471 Die dauerhafte Finanzierung des Bildungssystems erfordert eine Aufhebung des
472 Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, um notwendige Investitionen zu
473 ermöglichen.

474 Im frühkindlichen Bereich sollte die Förderung durch kleinere Gruppen, besser
475 ausgebildete Fachkräfte und modernisierte Ausstattung verbessert werden. Integration
476 und Inklusion sind für gerechte Bildung unerlässlich und erfordern barrierefreie
477 Infrastrukturen, zusätzliche Ressourcen und fortlaufende Lehrerfortbildung. Die
478 Zusammenarbeit mit Eltern und Gemeinschaften ist entscheidend, um eine umfassende
479 Förderung zu gewährleisten und soziale Kohäsion zu stärken.

480 Eine moderne Hochschulpolitik aus jungsozialistischer Perspektive sollte sich durch
481 eine umfassende Demokratisierung und verstärkte Beteiligung aller Hochschulgruppen
482 auszeichnen. Zentrale Elemente sind die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte für
483 Studierende und eine stärkere Einbindung in Hochschulgremien, um sicherzustellen,
484 dass ihre Interessen angemessen vertreten werden. Transparenz in der
485 Hochschulverwaltung ist erforderlich, um die gerechte Verteilung von Ressourcen und
486 Chancen zu garantieren. Der Zugang zu Bildung muss durch die Abschaffung von
487 Studiengebühren und finanzielle Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen
488 sozial gerecht gestaltet werden. Darüber hinaus sind Verbesserungen der
489 Arbeitsbedingungen für Lehrende und die Förderung der beruflichen Perspektiven von
490 Studierenden essenziell, um eine nachhaltige und faire Bildungserfahrung zu
491 ermöglichen. Durch diese Maßnahmen soll eine inklusive und gerechte

492 Bildungslandschaft geschaffen werden, die die Bedürfnisse und Perspektiven aller
493 Hochschulangehörigen berücksichtigt und aktiv fördert.

494 In einer zunehmend durch Künstliche Intelligenz geprägten und globalisierten
495 Arbeitswelt werden Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung immer unerlässlicher.
496 Die rapide technologische Entwicklung erfordert kontinuierliche Anpassung und
497 Erweiterung der beruflichen Fähigkeiten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine
498 qualitativ hochwertige Berufsschulbildung bildet die Grundlage für fundierte
499 berufliche Kompetenzen und eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.
500 Angesichts der sich schnell wandelnden Anforderungen und der Notwendigkeit, mit
501 internationalen Standards Schritt zu halten, ist es entscheidend, dass
502 Bildungseinrichtungen moderne Lehrmethoden und praxisnahe Trainings bieten. Nur durch
503 gezielte Weiterbildung und berufliche Qualifizierung können Individuen und
504 Unternehmen den Herausforderungen der digitalen und global vernetzten Wirtschaft
505 begegnen und langfristigen Erfolg sichern.

506 **10. Check your privileges- Gesellschaft ist für alle da!**

507 Der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein zentraler Teil unserer
508 Verbandskultur und unseres politischen Verständnisses. Für uns Jusos ist es von
509 großer Bedeutung eine inklusive und diverse Gemeinschaft innerhalb und außerhalb des
510 Verbandes zu schaffen, in der alle Mitglieder, unabhängig von Geschlecht, Alter,
511 Behinderung, ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder anderen
512 individuellen Unterschieden, gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Wir stehen
513 geschlossen gegen Rassismus, ethnozentrierten, kulturalistischen und
514 religionsbezogenen Chauvinismus, Antisemitismus, Antiziganismus und
515 Islamfeindlichkeit sowie gegen jegliche Ideologie der Ungleichheit und
516 Ungleichwertigkeit und gehen ohne Zurückzögern konsequent dagegen vor.

517 Tagtäglich erleben wir, dass ein Schwerpunkt antirassistischer Arbeit sowohl
518 innerhalb des Verbandes als auch außerhalb des Verbandes unvermeidbar und von
519 höchster Bedeutung ist. Für uns ist klar: Wir sagen Rassismus den Kampf an und
520 stehen solidarisch mit von Rassismus Betroffenen. In der antirassistischen
521 Bildungsarbeit befindet sich unser Verband in einem Prozess. Wir müssen über weiße
522 Privilegien und vor allem über Machtstrukturen sprechen. Da sowohl in der SPD und
523 auch bei den Jusos Menschen mit Migrationserfahrung unterrepräsentiert sind, ist es
524 unser Anspruch als Verband für Menschen mit Migrationserfahrung attraktiv zu sein und
525 in unseren Reihen zu fördern. Dazu stoßen wir mehr Vernetzung innerhalb unserer
526 Strukturen und Quotenregelungen an. Im Rahmen eines Vernetzungstreffens mit BIPOC
527 wollen wir uns mit bestimmten Themen auseinandersetzen (z.B. Repräsentanz,
528 Antirassismus, Privilegien, Ursprung, Umgang mit Diskriminierung und Benachteiligung,
529 Erfahrung, Gewalt, Reformen, Vorurteilen und Hierarchien). Gezielt sollen auch FINTA*
530 mit Migrationsgeschichte angesprochen werden. In diesen Treffen sollen möglichst
531 viele Perspektiven vereint und allen Menschen ein politisches Zuhause gegeben werden,
532 die mit uns gemeinsam für eine sozial gerechtere Zukunft und Gesellschaft kämpfen
533 möchten. Nach diesen Vernetzungstreffen soll ein konkreter Aktionsplan entstehen. Auf
534 diese Weise wollen wir ein diverserer und interaktiver Verband werden, der neue
535 Perspektiven und Lösungen anstrebt. Somit überdenken wir als Verband unseren Umgang
536 mit Rassismus und Diskriminierung und widerspiegeln die gesellschaftliche Vielfalt
537 durch aktive Förderung in unserem Verband.

538 Überall Krise, überall Patriarchat?! Das Patriarchat und der Kapitalismus sind zwei
539 Unterdrückungsformen, die zwar autonom betrachtet werden müssen, aber dennoch
540 miteinander verwoben sind. Gerade in Zeiten multipler Krisen und innerhalb der
541 Dauerkrise Kapitalismus enttarnt sich das Patriarchat jedes Mal aufs Neue: prekäre
542 Beschäftigung von FINTA, geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten,
543 die Care-Krise und globale Krisen wie die Klimakatastrophe zeigen klar, dass das
544 Patriarchat immer wieder Wege findet, all jene zu unterdrücken, die nicht in
545 patriarchale Rollenbilder passen, beziehungsweise, die klein gehalten werden müssen,
546 um Machthegemonien aufrecht zu erhalten. Unsere feministische Analyse identifiziert
547 dabei Frauen, Inter, Nicht-binäre, trans und Agender Personen als jene Unterdrückten
548 im Patriarchat. Je nach Kontext sind diese Gruppen zwar sehr unterschiedlich
549 betroffen, sie eint jedoch der Ausschluss aus patriarchalen Hegemonien - ganz im
550 Gegensatz zu Cis-Männern. Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, der
551 sich konsequent für die Bekämpfung struktureller Nachteile für FINTA innerhalb und
552 außerhalb der Jusos einsetzt. Wir stehen solidarisch an der Seite aller FINTA-
553 Organisationen und kämpfen gemeinsam für die Gleichstellung und Gerechtigkeit dieser
554 Gruppen. Es braucht also intersektionale feministische Antworten auf diese Krisen
555 sowie konsequente Solidarität, um unserem Kampf gegen das Patriarchat zum Erfolg zu
556 verhelfen.

557 Unser Engagement endet nicht an nationalen Grenzen: Die Jusos bekennen sich auch
558 international zu feministischen Kämpfen und solidarisieren sich mit feministischen
559 Bewegungen weltweit. Wir verstehen, dass der Kampf gegen das Patriarchat global
560 geführt werden muss, und setzen uns daher auch auf internationaler Ebene für die
561 Rechte und Befreiung von FINTA ein. Indem wir uns mit feministischen Aktivist*innen
562 und Organisationen weltweit vernetzen, stärken wir unsere gemeinsame Bewegung und
563 tragen dazu bei, strukturelle Ungleichheiten abzubauen.

564 Die Jusos bekennen sich klar und entschlossen zur Solidarität mit der LSBTIQIA+
565 Community. Wir stehen an der Seite all jener, die aufgrund ihrer Identität und
566 Orientierung Diskriminierung und Gewalt erfahren. Für uns ist der Kampf für
567 Gleichberechtigung und gegen queerfeindliche Strukturen eine zentrale Aufgabe. In den
568 letzten Jahren haben queerfeindliche Straftaten und Gesetze weltweit
569 besorgniserregend zugenommen. Trotz einer gesetzlich positiven Entwicklung in
570 Deutschland, durch die Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes, erleben vor
571 allem trans und nicht-binäre Personen zunehmend verbale und nonverbale Gewalt. Gerade
572 in diesen schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir solidarisch zusammenstehen.
573 Unser Kampf darf sich nicht nur darauf konzentrieren, gleiche Rechte für die queere
574 Gemeinschaft zu erkämpfen, sondern wir müssen auch die bereits errungenen Rechte
575 entschlossen verteidigen. Nur so können wir eine gerechtere und sicherere Welt für
576 alle schaffen.

577 Um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, braucht es eine inklusive
578 Gesellschaft. Wir müssen in allen Bereichen des Lebens Barrierefreiheit erlauben,
579 fördern und schaffen. Nicht nur im räumlichen Sinne, sondern auch auf bei digitalen
580 Angeboten; insbesondere bei Behörden und Institutionen.
581 Echte Inklusion und Teilhabe für alle Menschen beginnt bereits im Kindesalter.
582 Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen das Know-how über die Gesundheit und zum
583 Umgang mit den Kindern haben. Dazu können Seminare während der Ausbildungszeit

584 angeboten werden. Auch Lehrangebote in Schulen sowie Aus- und Weiterbildungsangebote
585 müssen in einfacher, inklusiver Sprache angeboten werden.

586 Im Bereich der Erwerbsarbeit ist es schon lange Zeit Standard, dass Menschen mit
587 Behinderung selbständig von ihrer Arbeit leben können. Viele Beschäftigte verdienen
588 jedoch weit weniger als der gesetzliche Mindestlohn es erlaubt. Deshalb braucht es
589 eine bundesweite Lösung, um die strukturelle Benachteiligung von Menschen mit
590 Behinderungen im Berufsleben zu beseitigen. Außerdem braucht es einen
591 bundeseinheitlichen Plan, um auch den Zugang, räumlich und inhaltlich, für Menschen
592 mit Behinderungen zu gewährleisten. Wir wollen außerdem, dass die Gebärdensprache als
593 eigenständige Sprache anerkannt wird. Nur so kann endlich ein Anspruch auf
594 Kommunikation in Gebärdensprache gegenüber öffentlichen Stellen, wie beispielsweise
595 in Krankenhäusern, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Behörden, entstehen.

596 Als Mensch mit Behinderungen ist man in vielen Lebensbereichen auf Hilfe angewiesen.
597 Betroffen sind dabei nicht nur Personen mit sichtbaren Behinderungen. Auch unter
598 unsichtbaren Einschränkungen kann man erheblich leiden.

599 Eine dieser unsichtbaren Einschränkungen ist die Neurodivergenz, ein Begriff, der
600 verschiedene Persönlichkeitsbilder wie Autismus, ADHS und andere Spektrumsstörungen
601 umfasst. Neurodivergente Menschen haben besondere Bedürfnisse, die gleichermaßen und
602 gleichberechtigt berücksichtigt werden müssen wie die aller anderen Menschen. Deshalb
603 müssen an Universitäten, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen Rückzugsräume
604 für neurodivergente Personen bereitgestellt werden. Zudem ist eine verbesserte
605 Integration von Autist*innen in Kindergärten und Schulen erforderlich. In diesen
606 Einrichtungen wird gegenwärtig zu wenig auf die spezifischen Bedürfnisse von Menschen
607 mit Autismus eingegangen, sei es hinsichtlich der räumlichen Gestaltung oder der
608 Qualifikation des Personals. Räumlichkeiten sollten reizarmer gestaltet werden und
609 das Personal sollte während der Ausbildung spezifisch auf die Bedürfnisse und den
610 Umgang mit autistischen Personen geschult werden. Ferner muss die Einführung einer
611 "Stillen Stunde" in allen Lebensmittelgeschäften und Einkaufszentren geprüft werden,
612 damit Menschen mit Autismus stressfrei einkaufen gehen können, ohne auf fremde Hilfe
613 angewiesen zu sein.

614 Eine inklusive Gesellschaft kann nur dann verwirklicht werden, wenn alle Menschen
615 uneingeschränkt an ihr teilhaben können. In einer Welt voller struktureller Nachteile
616 ist es von größter Bedeutung, dass jeder Einzelne sein Verhalten reflektiert und
617 aktiv zur Schaffung einer Umgebung beiträgt, in der die Bedürfnisse aller Menschen
618 berücksichtigt werden. Nur durch gemeinsames Engagement und Bewusstsein können wir
619 strukturelle Benachteiligungen abbauen und eine wirklich gerechte und inklusive
620 Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen wird.

621 **11. Kampf gegen Rechts- Kein stummer Schrei nach Liebe!**

622 "Wir werden sie jagen" - diese Worte sind nicht erst seit den Ergebnissen der
623 Correctiv Recherchen und den zahlreichen Angriffen auf Politiker*innen durch die
624 rechtsextreme Szene- bittere Realität geworden. Im vergangenen Jahr verzeichneten die
625 Behörden insgesamt 2.790 Angriffe auf Mandatsträger*innen aller politischen Ebenen.
626 In 1.219 Fällen richteten sich 2023 die Attacken gegen Mitglieder der Grünen, in 420
627 Fällen Politikerinnen und Politiker der SPD. Und auch dieses Jahr gab es im
628 Europawahlkampf eine Reihe von Angriffen auf Politiker*innen durch die rechtsextreme

629 Szene, wie etwa der Angriff auf Matthias Ecke, MdEP.

630 Wir verurteilen diese Angriffe aufs Schärfste. Doch eine Verurteilung allein genügt
631 nicht; es bedarf einer gesellschaftlichen Solidarität, die über bloße politische
632 Forderungen hinausgeht. Die alarmierende Zunahme rechter und rechtsextremer Gewalt in
633 Deutschland stellt eine ernste Bedrohung für unsere Gesellschaft dar. Die AfD trägt
634 als parlamentarischer Arm der Rechtsextremen durch die Verbreitung rechtsextremen
635 Gedankenguts sowie durch das Schüren von Hass und Hetze maßgeblich zu diesem
636 besorgniserregenden Trend bei. Als eine Partei, die in wesentlichen Punkten gegen die
637 Prinzipien unserer Verfassung verstößt, hat die AfD keinen legitimen Platz innerhalb
638 des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Um dieser Bedrohung
639 wirkungsvoll entgegenzutreten, ist ein umfassendes Maßnahmenpaket unerlässlich. Dazu
640 gehören die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD, die bundesweite
641 Einstufung der Partei als gesichert rechtsextrem, die Verhängung von Vereinsverboten
642 gegen Vorfelddorganisationen und der Ausschluss der AfD von der staatlichen
643 Parteienfinanzierung.

644 Unsere Demokratie bleibt nur wehrhaft, wenn sie sich gegen ihre Feinde verteidigt.
645 Die Jusos Saar verpflichten sich daher dem umfassenden Kampf gegen Rechts durch
646 Bündnisarbeit, Bildungsinitiativen und Aufklärung.

647 Außerdem verpflichten wir uns der Erinnerungsarbeit: Ein prägendes Datum für das
648 Saarland ist der 19. September, der Tag an dem ein Nazi ein Geflüchtetenheim in
649 Saarlouis Fraulautern angezündet, Samuel Kofi Yeboah ermordet und weitere
650 Bewohner*innen verletzt hat. Nach 30 Jahren wurde der Täter nun verurteilt. Dennoch
651 bleibt politisch und gesellschaftlich viel aufzuarbeiten, insbesondere das Versagen
652 der Behörden und der Umgang mit den Angehörigen. Der Untersuchungsausschuss des
653 saarländischen Landtags muss transparent aufklären, wie es zu diesem staatlichen und
654 menschlichen Versagen kommen konnte. Verfassungsschutz, Polizei und alle involvierten
655 Behörden müssen genau untersucht werden. Auch die Stadt Saarlouis muss ihre Rolle bei
656 der Verhinderung der Erinnerungsarbeit aufarbeiten. Die Angst, mit Solingen und Mölln
657 in Verbindung gebracht zu werden, darf nicht größer sein als der Wille zur
658 Aufklärung. Wir werden die Stadt an ihrem Umgang mit dieser Schuld messen.

659 **12. Auch die Würde von Geflüchteten ist unantastbar – Kurswechsel im Asylrecht**
660 **jetzt!**

661 Der EU-Asylkompromiss verkörpert eine deutliche Abschottungshaltung gegenüber
662 Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Die Absicht, verbindliche
663 Grenzverfahren und Flüchtlingslager einzurichten, um den Asylanspruch der
664 Geflüchteten vor Ort zu prüfen, ist ein Zugeständnis an rechtspopulistische
665 Strömungen innerhalb der EU. Besonders stark von diesen Maßnahmen betroffen sind
666 diejenigen, die bereits in einer verletzlichen Lage sind, darunter Familien mit
667 Kindern, Minderjährige und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie andere
668 schutzbedürftige Gruppen. Diese Vorgehensweise wird von uns mit aller Deutlichkeit
669 abgelehnt. GEAS ist ein Rückschritt in der Migrationspolitik und
670 Menschenrechtspolitik, bei der sozialdemokratische Werte und politische
671 Versprechungen über Bord geworfen werden. Dieser gefährliche Trend in der
672 Migrationspolitik, bei dem auch die Sozialdemokratie immer weiter nach rechts rückt,
673 zeigt sich auch in anderen Maßnahmen, wie der sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete
674 oder endlose Debatten über die Abschiebung nach Afghanistan und Syrien, die

675 Ausweitung der sicheren Herkunftsländer oder der Abschiebungen von Jesid*innen in den
676 Irak.

677 Der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition hatte noch einen Neuanfang in der
678 Gesellschaftspolitik und eine humanitäre Asylpolitik versprochen. Davon ist nichts
679 mehr zu erkennen.

680 Etablierte Parteien, die rechte und rechtsextreme Positionen in der Migrationspolitik
681 übernehmen, stärken die AfD, da sie deren Ideologien legitimieren und Wähler*innen
682 zum Original treiben. Dieses Vorgehen lenkt die politische Debatte von substanziellen
683 Lösungen hin zu populistischen Maßnahmen, die langfristig schaden oder Situationen
684 verschärfen. Darüber hinaus gefährden Parteien ihre eigenen Grundsätze, was zu
685 Vertrauensverlust und gesellschaftlicher Spaltung führt. Historisch betrachtet,
686 verschiebt die Anpassung an extrem rechte Positionen das politische Spektrum nach
687 rechts und fördert Radikalisierung. Um dies zu verhindern, sollten Parteien auf
688 humanitäre Werte setzen und eine pragmatische, integrative Migrationspolitik
689 verfolgen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

690 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Europäischen
691 Parlaments müssen sich eindeutig für die Wahrung der Menschenrechte und die
692 Solidarität mit Geflüchteten einsetzen und sich von populistischen Erzählungen
693 distanzieren, die gegen die Aufnahme von Geflüchteten sprechen. Es ist entscheidend,
694 dass rechtsstaatliche Aufnahmeverfahren und einheitliche Standards in der EU
695 eingeführt werden, um die betroffenen Mitgliedstaaten personell und finanziell zu
696 unterstützen. Die EU muss einen solidarischen Verteilungsmechanismus etablieren und
697 das Dublin-System reformieren, um die alleinige Verantwortung der Grenzstaaten zu
698 beenden. Maßnahmen wie die de facto Inhaftierungen und die sogenannte Nichteinreise-
699 Fiktion sind abzulehnen. Unabhängige Stellen müssen die besondere Schutzbedürftigkeit
700 von Einzelpersonen prüfen, um eine angemessene medizinische und psychologische
701 Betreuung zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss sich für eine humanitäre
702 Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung einsetzen und entschieden gegen
703 Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen sowie gegen Pushbacks vorgehen.
704 Maßnahmen wie eine Bezahlkarte für Geflüchtete, die wissenschaftlich nicht fundiert
705 sind und keinen praktischen Nutzen bieten, lehnen wir ab. Wir fordern die
706 Bundesregierung, die Landesregierung und die SPD auf, unsere humanitären Prinzipien
707 konsequent zu verteidigen und eine Migrationspolitik zu verfolgen, die auf den Werten
708 von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität basiert.

709 **13. Helden etwas zurückgeben- Hilfs- und Rettungsorganisationen stärken!**

710 Ohne die tägliche Einsatzbereitschaft der Feuerwehr, des THW, des DRK, des DLR, des
711 ASB, der Malteser und den Johannitern würde unsere Sicherheitsstruktur nicht
712 funktionieren. Rund um die Uhr stehen unsere Einsatzkräfte bereit, um Menschen in Not
713 zu helfen. Im Saarland leisten alleine 11.542 aktive Feuerwehrleute wertvolle Arbeit.

714 Damit Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Katastrophenschutz effektiv bleiben, müssen
715 die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit verbessert werden. Der Klimawandel führt zu
716 häufigeren Extremwetterereignissen wie Waldbränden, Fluten und Stürmen. Deshalb
717 müssen Feuerwehr und Katastrophenschutz materiell und personell gut ausgestattet
718 sein.

719 Wir begrüßen, dass die saarländische Landesregierung durch das
720 Helfergleichstellungsgesetz Private Hilfs- und Rettungsorganisationen der Feuerwehr
721 und des THW rechtlich gleichgestellt und Rettungskräfte angemessen abgesichert hat.
722 Durch diese Gleichstellung wird endlich für mehr Gleichberechtigung unter den
723 Helfer*innen und schließt wichtige Schutzlücken im Einsatzwesen. Das saarländische
724 Brand- und Katastrophenschutzgesetz enthält allerdings noch weitere Lücken, die
725 endlich novelliert und auf die aktuelle Zeit angepasst werden müssen. Wir setzen uns
726 für Rechtshilfefonds und die Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen
727 verletzter Einsatzkräfte ein. Außerdem unterstützen wir Kampagnen zur Wertschätzung
728 der Feuerwehr und andere Rettungs- und Hilfsorganisationen. Moderne Ausstattung und
729 Infrastruktur sind essenziell, vor allem in finanziell schwachen Kommunen. Wir
730 fordern eine Investitionsoffensive für Feuerwehrhäuser. Außerdem muss das Ehrenamt
731 durch hauptamtliche Kräfte unterstützt werden.

732 Hilfs- und Rettungskräfte sind der Kitt unserer Gesellschaft, ohne deren
733 unermüdlichen Einsatz das Saarland, wie bei der Hochwasserkatastrophe, nicht
734 überlebensfähig wäre – sie sind die Held*innen des Alltags und verdienen unsere
735 uneingeschränkte Wertschätzung.

736 **14. Kommunen des Geldes - Ohne Moos, nichts los!**

737 Der Saarlandpakt verschaffte unseren Städten und Gemeinden neuen Handlungsspielraum
738 und ermöglichte dringend notwendige Investitionen in vielen saarländischen Kommunen.
739 Doch die gegenwärtig stark ansteigenden Energiekosten und das parallel dazu steigende
740 Zinsniveau drohen, diese Fortschritte wieder zu gefährden. Entgegen der Zielsetzung
741 des Saarlandpakts werden die finanziellen Belastungen für unsere Kommunen in den
742 kommenden Jahren weiter zunehmen. Das wird zwangsläufig dazu führen, dass die
743 Standards und die Qualität der kommunalen Infrastruktur im Saarland im Vergleich zu
744 anderen Bundesländern zurückgehen.

745 Die Saar Jusos begrüßen ausdrücklich, dass der kommunale Finanzausgleich sowohl in
746 vertikaler als auch in horizontaler Hinsicht einer erneuten Überprüfung unterzogen
747 wird. Eine Neugestaltung dieses Finanzausgleichs ist ein bedeutender Schritt zur
748 Gewährleistung einer gerechteren und bedarfsorientierten Verteilung der finanziellen
749 Mittel. Nur durch eine solche Reform können finanzschwache Kommunen die notwendige
750 Grundlage für ihre künftigen Aufgaben und Investitionen schaffen.

751 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die CDU ihre Blockadehaltung gegenüber der
752 Altschuldenentlastung sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat durch die CDU
753 geführte nordrhein-westfälische Landesregierung aufgibt. Eine umfassende Entlastung
754 der Kommunen von Altschulden ist essenziell, um ihnen eine solide finanzielle Basis
755 für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben zu verschaffen. Ohne die Übernahme der
756 Altschulden werden viele Städte und Gemeinden nicht in der Lage sein, die
757 erforderlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Projekte zu
758 tätigen. Die CDU muss die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entlastung der Kommunen
759 anerkennen, da diese letztlich die Grundlage für eine zukunftsfähige und gerechte
760 kommunale Daseinsvorsorge bildet.

761 Es ist unabdingbar, dass der Bund die Altschulden der Kommunen in strukturschwachen
762 Regionen übernimmt, wie es im Koalitionsvertrag der Ampelregierung festgehalten ist.
763 Nur durch diese Maßnahme können die Unterschiede in der Qualität der kommunalen

764 Daseinsvorsorge zwischen den Bundesländern reduziert und Chancengleichheit
765 hergestellt werden.

766 15. How to reform die saarländische Polizei

767 Die Polizei des Saarlandes befindet sich in einem Reformprozess, der durch die
768 Potenzialanalyse des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport angestoßen wurde, mit
769 dem Ziel, Potenziale zu heben und Sicherheitskräfte zu entlasten. Der Fokus der
770 Reformen liegt auf der Optimierung von Organisationsstrukturen und Prozessen, während
771 der kulturelle Aspekt der Organisation wenig Beachtung findet. Die Polizei
772 beschreibt sich selbst als Spiegel der Gesellschaft. Angesichts der jüngsten
773 Wahlergebnisse und der Daten aus der polizeilichen Kriminalstatistik, die einen
774 deutlichen Rechtsruck auch im Saarland zeigen, ist es besorgniserregend, dass
775 Berichte über rechtsextreme Chatgruppen innerhalb der Polizei - auch wenn sie
776 außerhalb des Saarlandes vorkommen - immer wieder auftauchen. Auffallend ist, dass
777 die Polizei fortwährend von Einzelfällen spricht. Der aktuelle Reformprozess sollte
778 daher auch genutzt werden, um die Polizeikultur kritisch zu hinterfragen und eine
779 offene Diskussion über rechtsextreme Tendenzen innerhalb der Polizei zu führen.

780 Eine moderne Polizei muss sich kontinuierlich an die sich wandelnden
781 gesellschaftlichen und technologischen Bedingungen anpassen, um neue
782 Kriminalitätsformen effektiv bekämpfen zu können. Das erfordert eine gute technische
783 Ausstattung, die moderne IT-Infrastrukturen und spezialisierte Software zur
784 Datenanalyse umfasst. Besonders wichtig ist hierbei die Bekämpfung von
785 Cyberkriminalität, wie Hacking, Phishing und Online-Betrug, wofür die Beamt*innen im
786 Umgang mit entsprechenden Technologien geschult sein müssen. Die internationale
787 Zusammenarbeit gewinnt ebenfalls an Bedeutung, da kriminelle Netzwerke zunehmend über
788 Ländergrenzen hinweg agieren. Eine moderne Polizei muss daher gut vernetzt sein und
789 enge Beziehungen zu internationalen Strafverfolgungsbehörden wie Europol oder
790 Interpol pflegen. Dies erleichtert den Austausch von Informationen und die
791 Koordination grenzüberschreitender Einsätze. Neben technischen Fähigkeiten sind auch
792 Kenntnisse in den Bereichen Datenschutz, rechtliche Rahmenbedingungen und der Umgang
793 mit sozialen Medien für Polizist*innen wichtig. Zudem sollten sie für neue Formen der
794 Radikalisierung und extremistische Bewegungen sensibilisiert sein, um frühzeitig
795 präventiv handeln zu können. Die Aus- und Weiterbildung der Beamt*innen spielt
796 hierbei eine entscheidende Rolle.

797 Transparenz und Bürger*innennähe sind weitere zentrale Aspekte moderner
798 Polizeiarbeit. Durch Community-Policing-Ansätze, bei denen Polizist*innen aktiv in
799 das soziale Gefüge der Gemeinschaft integriert sind, kann die Polizei ein besseres
800 Verständnis für lokale Probleme entwickeln und präventiv tätig werden.

801 Angesichts rassistischer und rechter Vorfälle innerhalb der Polizei ist die
802 Einführung eines Polizeibeauftragten dringend notwendig, um das Vertrauen der
803 Bürger*innen wiederherzustellen und die Anliegen sowohl der Bevölkerung als auch der
804 Beamt*innen zu vertreten. Dieser Beauftragte könnte als unabhängige Instanz agieren,
805 die Beschwerden untersucht und transparente Aufklärung garantiert. Dadurch können
806 rechte Strukturen, die bisher durch mangelndes strukturelles
807 Selbstreflexionsbewusstsein unangefochten blieben, aufgebrochen werden.

808 16. Frieden ist so viel mehr als kein Krieg!

809 Die öffentliche Wahrnehmung von Kriegen, insbesondere des Ukraine-Krieges, wird
810 zunehmend in die Extreme "Russlandversteh*innen" und "Kriegstreiber*innen"
811 polarisiert. Diese vereinfachte Sichtweise ist falsch und gefährlich, da sie die
812 Komplexität moderner Konflikte und Kriege ignoriert und differenzierte Diskussionen
813 verhindert. Eine solche Schwarz-Weiß-Darstellung verzerrt die Realität, indem sie die
814 Motivation und Bedenken der beteiligten Länder entweder verharmlost oder
815 dämonisiert.

816 Hinter der Bezeichnung „Kriegstreiber“ versteckt sich eine perfide Umkehr von Täter
817 und Opfer. Journalist*innen, Politiker*innen und engagierte Bürger*innen, die sich
818 für die Unterstützung der Ukraine aussprechen, werden fälschlicherweise als die
819 eigentlichen Verursacher des Krieges dargestellt.

820 Eine differenzierte Analyse, die historische, geopolitische und kulturelle Faktoren
821 berücksichtigt, ist unerlässlich. Eine dichotome Sichtweise simplifiziert diese
822 Hintergründe und führt zu unreflektierten Meinungen.

823 Forderungen nach diplomatischen Lösungen sind legitim und wichtig, müssen jedoch die
824 vielschichtigen Ursachen und Motivationen der Konfliktparteien einbeziehen. Es ist
825 entscheidend, ein Gleichgewicht zwischen dem Streben nach Frieden und dem Schutz von
826 Menschenleben sowie dem Verteidigungsrechts eines Staates zu finden.

827 Kriege werden nicht nur an der Front, sondern auch in den sozialen Medien geführt
828 werden, wo Desinformation und Täter-Opfer-Umkehr eingesetzt werden, um Verwirrung zu
829 stiften und die öffentliche Wahrnehmung zu manipulieren. Daher ist es besonders in
830 Kriegszeiten wichtig, Aussagen von über Politiker*innen, Journalist*innen und andere
831 Akteure kritisch zu hinterfragen und eigene Recherchen anzustellen.

832 In Zeiten zahlreicher Konflikte muss die Bildungspolitik daher besonders darauf
833 achten, junge Menschen in die Lage zu versetzen, Informationen kritisch zu
834 hinterfragen und zu bewerten, insbesondere im digitalen Kontext.

835 **17. Demokratie - the government of the people, by the people, for the people**

836 Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere der Brexit, der
837 Wahlsieg Donald Trumps im Jahr 2016 und der gestiegene Zuspruch von
838 antidemokratischen Herrschaftsformen haben Schwächen in der Stabilität westlicher
839 Demokratien offengelegt. Sie unterstreichen, dass Demokratien weniger
840 widerstandsfähig sind, als allgemein angenommen wurde. Dabei sehen sich etablierte
841 Demokratien weltweit ähnlichen Herausforderungen gegenüber: In vielen Ländern ist ein
842 Rückgang der Bürger*innenbeteiligung zu beobachten, begleitet von einer wachsenden
843 Vertrauenskrise in die repräsentativen Institutionen. Diese Legitimationskrise zeigt
844 sich in einer Diskrepanz zwischen der allgemeinen Unterstützung für demokratische
845 Werte und der Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise demokratischer
846 Systeme.

847 Zugleich erschüttern die Erfolge autoritärer Regime, insbesondere in China und
848 Südostasien, das bisherige Glaubensbekenntnis, dass wirtschaftlicher Wohlstand
849 untrennbar mit liberalen Demokratien verbunden ist. Diese Länder zeigen, dass auch
850 autoritäre Systeme wirtschaftlich erfolgreich sein können, was die Attraktivität
851 demokratischer Regierungsformen in Frage stellt. Die aktuelle Krise der Demokratie
852 erfordert daher eine tiefgreifende Reflexion darüber, wie demokratische Institutionen
853 erneuert und gestärkt werden können, um den Erwartungen der Bürger*innen gerecht zu

854 werden und die Resilienz gegenüber autoritären Tendenzen zu erhöhen. Eine umfassende
855 Reform könnte notwendig sein, um die demokratische Idee an die Herausforderungen des
856 21. Jahrhunderts anzupassen.

857 In Deutschland ist etwa die Hälfte der Bürger*innen mit der Demokratie unzufrieden
858 und 25 % betrachtet die repräsentative Demokratie zusammen mit direkter Demokratie
859 und Expertokratie als die beste Regierungsform. Noch besorgniserregender ist die
860 mangelnde Zuversicht in die Zukunft: Nur 16 % der Deutschen erwarten, dass es
861 kommenden Generationen besser gehen wird, im Vergleich zu über 80 % in den 1970er
862 Jahren. Diese Zahlen sind alarmierend und weisen auf eine dringende Notwendigkeit
863 hin, die Ursachen für das wachsende Gefühl der Enttäuschung über die Demokratie zu
864 erforschen und Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Trend zu stoppen.

865 Dennoch gibt es positive Entwicklungen zu verzeichnen, wie die Stärkung der Rechte
866 von Minderheiten und die zunehmende gesellschaftliche Teilhabe von zuvor
867 diskriminierten Gruppen. Im Gegensatz dazu hat sich die sozialökonomische
868 Ungleichheit seit den 1990er Jahren verschärft. Der Wohlstand fließt zunehmend in die
869 Hände weniger, und das Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen wächst.
870 Institutionen, die Gemeinschaft und Identität stiften, verlieren an Bedeutung,
871 während durch soziale Medien geförderter Individualismus zu einer Herabwürdigung
872 gemeinschaftlichen Engagements führt. Die gegenwartsfixierte politische Kultur
873 verschärft zudem die Probleme im Zusammenhang mit der Klimakrise und der
874 Staatsverschuldung. Die Interessen der gegenwärtigen, wahlberechtigten Generationen
875 haben Vorrang vor denen zukünftiger Generationen, was zu intergenerationellen
876 Verteilungskonflikten führt. Viele junge Menschen fühlen sich aufgrund ihrer
877 gefühlten Machtlosigkeit gegenüber diesen existenziellen Bedrohungen entpolitisiert.

878 Parteien und Parlamente müssen diverser und repräsentativer werden. Die Jusos und die
879 SPD sollten innerhalb ihrer Verbandsstruktur eine Vorreiter*innenrolle einnehmen und
880 durch eine stärkere Diversität auch die Repräsentationsbasis stärken. Gleichzeitig
881 sollten sie nach außen eine aktivere Rolle in der Zivilgesellschaft übernehmen und
882 den Dialog mit Bürger*innen sowie die Gewinnung neuer Mitglieder verstärken. Eine
883 kohärente und überzeugende Zukunftsvision ist ebenso erforderlich, wie die
884 Bereitschaft, mutige Lösungen zu diskutieren, ohne sich von angeblichen
885 realpolitischen Zwängen einschränken zu lassen.

886 Gleichzeitig ist es notwendig, die antidemokratischen Parteien zu bekämpfen. Eine
887 effektive Abwehr gegen faschistische und illiberale Parteien setzt einerseits eine am
888 Menschen orientierte Politik voraus und erfordert gleichzeitig sowohl die Stärkung
889 der Unabhängigkeit der Justiz als auch eine gefestigte demokratische Kultur. Das
890 bedeutet, dass Gewerkschaften, Vereine und politische Parteien gestärkt werden
891 müssen. Die Jusos setzen auf Prävention, Vorbereitung und Repression, um die
892 Demokratie zu bewahren und den Faschismus zu bekämpfen. Mit allen zur Verfügung
893 stehenden Mitteln. Ob die Demokratie letztlich nur einen vorübergehenden Rückschlag
894 oder eine ernsthafte Bedrohung erfährt, hängt von unserem Engagement ab. Nur
895 progressive, linke Kräfte haben die Möglichkeit, sie zu erhalten. Demokratie braucht
896 Demokrat*innen. Demokratie braucht uns.

897 **18) Lets get digital! - Digitalisierung aufs Zielgleis bringen!**

898 Die Digitalisierung im Saarland, muss aktiv gestaltet werden. Ein zentraler
899 Handlungsbedarf besteht in der Schaffung klarer, effizienter Strukturen, die eine

900 reibungslose und zielgerichtete Umsetzung der Digitalisierungsprojekte ermöglichen.
901 Hierbei muss der Fokus verstärkt auf Kooperation und Vernetzung der geförderten
902 Institutionen gelegt werden, um Synergien zu nutzen und Redundanzen zu vermeiden.
903 Ein weiteres zentrales Element ist die Einbindung der Bürger*innen in den
904 Entwicklungsprozess digitaler Verwaltungsdienste. Die Bedürfnisse und Erwartungen der
905 Nutzer*innen müssen im Mittelpunkt stehen, um benutzerfreundliche und intuitive
906 Lösungen zu schaffen. Die Nutzer*innenzentrierung sollte daher oberste Priorität
907 haben, da nur so gewährleistet werden kann, dass die digitalen Angebote auch
908 tatsächlich angenommen und effektiv genutzt werden.

909 Zudem ist der Schutz der IT-Infrastruktur unerlässlich. Angesichts der zunehmenden
910 Cyber-Bedrohungen muss die kommunale Infrastruktur nach den höchsten
911 Sicherheitsstandards ausgebaut und regelmäßig überprüft werden. Es bedarf einer
912 systematischen Bestandsaufnahme und kontinuierlichen Verbesserung der
913 Sicherheitsmaßnahmen, idealerweise in enger Zusammenarbeit mit spezialisierten
914 Forschungseinrichtungen wie dem CISPA. Eine widerstandsfähige digitale Infrastruktur
915 ist fundamental für die Aufrechterhaltung demokratischer Prozesse und die Stabilität
916 in Krisenzeiten.

917 Wir brauchen eine strategische Neuausrichtung im Bereich der Digitalisierung, die
918 sowohl die organisatorischen Strukturen als auch die technischen und
919 sicherheitsrelevanten Aspekte berücksichtigt. Nur so kann die
920 Verwaltungsdigitalisierung im Saarland zukunftsfähig gestaltet und das volle
921 Potenzial der digitalen Transformation ausgeschöpft werden.

922 **19) Never gonna give EU up! -Zeit, dass sich was dreht!**

923 Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen und Transformationsprozessen: Die
924 digitale, die ökologische und die ökonomische Transformation werden vieles verändern.
925 Damit vieles so bleibt, wie wir es lieben, müssen wir aktiv werden. Es braucht einen
926 Aufbruch Europas.

927 Die europäische Politik der letzten Jahre wurde maßgeblich von der Finanz- und
928 Wirtschaftskrise, den Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Fluchtbewegungen
929 und Migration, den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des russischen
930 Angriffskriegs auf die Ukraine, der Energiekrise, sowie den Nachwirkungen der
931 Pandemie geprägt.

932 Nach der Europawahl 2024 ist eines besonders wichtig: Europa darf nicht jenen
933 überlassen werden, die nationale Egoismen propagieren und nach mehr Abschottung
934 rufen. Die Sozialdemokratie benötigt daher eine neue Vision für Europa. Es ist
935 unerträglich, dass Menschen im Mittelmeer tagtäglich ertrinken müssen, weil nationale
936 Regierungen sich von rechten Kräften treiben lassen oder selbst rassistische und
937 menschenverachtende Politik betreiben. Es ist beschämend, dass jeder vierte Mensch in
938 der Europäischen Union in Armut lebt oder von Armut bedroht ist, während gleichzeitig
939 Milliarden zur Rettung von Unternehmen oder zur Ausrüstung von Armeen mobilisiert
940 werden können. Es ist dringend erforderlich, ein Europa zu schaffen, das für alle da
941 ist. Ein solches Europa muss den Schutz der Menschenrechte an den Außengrenzen,
942 soziale Rechte, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Menschen in den
943 Mittelpunkt stellen.

944 In vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat in den letzten Jahren der

945 Einfluss demokratiefeindlicher und rassistischer Parteien zugenommen. Diese Kräfte
946 stellen die europäische Integration nicht nur in Frage, sondern wollen sie gänzlich
947 abschaffen. Sie wollen zurück zum Nationalstaat. Zurück zu einem Europa der
948 Vorkriegszeit. Auch in Deutschland gewinnen antieuropäische Strömungen an Einfluss.
949 Sie finden nicht nur Unterstützung im politischen Umfeld der radikalen Rechten,
950 sondern auch in der sogenannten bürgerlichen Mitte. In diesen herausfordernden Zeiten
951 ist eine pro-europäische und internationalistische Linke von entscheidender
952 Bedeutung. Die Wahlen in Frankreich, Polen und Großbritannien haben gezeigt, dass es
953 möglich ist, den Vormarsch rechter Kräfte zu stoppen. Es ist an der Zeit, für ein
954 demokratischeres, offenes, feministisches, antifaschistisches und sozialistisches
955 Europa zu kämpfen, das allen Menschen eine lebenswerte Zukunft verspricht.

Antrag V04: Einfachere Sprache in unserem Verband – damit alle inkludiert werden!

| | |
|-------------------|-------------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis St. Wendel (St. Wendel) |
| Sachgebiet: | V - Verband |

- 1 Fachbegriffe, Abkürzungen, schwierige Ausdrücke, fehlendes Verständnis. Das passiert
2 nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch in unserem Verband. Kommt man zum
3 ersten Mal zu den Jusos, so wird häufig mit allmöglichen Fachbegriffen um sich
4 geworfen. Abkürzungen benutzen wir auch sehr gerne und oft. Wenn wir von
5 marginalisierten Gruppen sprechen, wissen die meisten, was damit gemeint ist. Oder?
6 Eigentlich sollte das für jeden stringent sein, oder? Es geht um effektive Prozesse,
7 Wert gelegt wird auf eine eloquente und akademische Ausdrucksweise.
- 8 Ganz ehrlich: Oft wissen Menschen, die sich nicht viel mit Politik beschäftigen, oder
9 sich nicht in akademischen Kreisen engagieren, gar nicht, was mit diesen „schlau“
10 Ausdrücken gemeint ist. Gerade bei Anträgen an Landeskonferenz oder Bundeskongress
11 sollte darauf geachtet werden, dass man Fachbegriffe erklärt, oder besser: ganz auf
12 akademisches Vokabular verzichtet. Durch die Verwendung einfacherer Sprache kann man
13 jeder Person den Zugang zu Politik ermöglichen. Jede*r sollte die Möglichkeit haben
14 sich zu beteiligen, gleich des Bildungsstandes. Diese Beteiligung nicht zu
15 gewährleisten, ist nicht mehr zeitgemäß und ist unvereinbar mit unseren Werten als
16 Verband. Man kann nicht
17 einfach davon ausgehen, dass jeder diese Begriffe versteht und dies sollte auch
18 nicht unser Standard sein. Wir als Jusos sind zwar akademisch aber vor allem wollen
19 wir doch ein inklusiver Verband sein und jeder*m die Möglichkeit der Beteiligung
20 geben.
- 21 Damit können und müssen wir heute anfangen! Damit jeder versteht wovon wir reden.
22 Deshalb fordern wir:
- 23 • die Verwendung von einfacher Sprache in allen geschriebenen Beschlüssen
24 der Jusos Saar, sofern dies möglich ist.
 - 25 • die Bereitstellung einer Version in einfacher Sprache von Beschlüssen, die
26 mit akademischem Vokabular versehen sind
 - 27 • eine Erklärung von Fachbegriffen, Floskeln und Ausdrücken, wenn sie in
28 einem Redebeitrag verwendet werden

Antrag V05: Junge Leute in die Parlamente! - Auch in den Kommunen!

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Kreis St. Wendel (St. Wendel), Kreis Neunkirchen (Neunkirchen) |
| Sachgebiet: | V - Verband |

1 **Analyse:**

2 Als Jusos zählen wir zu einer der aktivsten politischen Jugendorganisationen im
3 Saarland. Gemeinsam haben wir in den vergangenen Jahren Ortsvereine und Gemeinde-
4 bzw. Stadt- und Kreisverbände, insbesondere in Wahlkampfzeiten, tatkräftig
5 unterstützt.

6 Auch die Ergebnisse der letzten Landtagswahl können wir Jusos uns mit auf die Fahne
7 schreiben.

8 Wir Jusos engagieren uns stark und investieren beträchtlich viel Zeit und Energie in
9 unser politisches Ehrenamt.

10 Dies tun wir aus Überzeugung für die Inhalte unserer Partei und für die jeweiligen
11 Kandidierenden.

12 Bei uns gibt es eine offene, rege aber dennoch respektvolle Debattenkultur. Das
13 zeichnet uns aus.

14 Gute Politik besteht aus dem Finden von den bestmöglichen Kompromissen und diese
15 werden durch gute Debatten gefunden.

16 Auf Kommunalebene ist es oftmals nicht leicht sich als Juso in den jahrelang fest
17 eingefahrenen Strukturen zu behaupten. Viele Kommunale Parlamente weisen eine hohe
18 Altersstruktur auf und bestehen überwiegend aus alteingesessenen „Platzhirschen“, die
19 ihre Position nicht aufgeben wollen. Lang „bewährte“ starre Proporz-Vereinbarungen
20 haben einen wichtigeren Stellenwert als die Diversität der Kandidaten. Unter dem
21 Motto „wir haben das schon immer so gemacht“ ist jede kleine Veränderung ein Kampf.
22 Eine lebhaftere Debattenkultur und das Finden von Kompromisslösungen wie bei den Jusos
23 ist nicht leicht.

24 In der heutigen Zeit ist es keineswegs eine Selbstverständlichkeit, junge Menschen
25 für die Mitarbeit in einer Partei zu gewinnen. Umso wichtiger ist es den jungen
26 Leuten eine echte Chance auf aktive politische Mitbestimmung zu ermöglichen und ihnen
27 Verantwortung zu übertragen. Nur so machen wir politische Arbeit für junge Menschen
28 attraktiv.

29 Im Landtag haben wir es vorgemacht - junge Leute gehören in die Parlamente!

30 Sie sind der Verantwortung gewachsen.

31 **Forderung:**

32 Wir fordern dass 25% bzw. mindestens einer der aussichtsreichen Listenplätze auf den
33 Gebietslisten der Saar SPD mit Jusos besetzt werden.

34 Aussichtsreich sind für uns dabei die Listenplätze, die bei der letzten Wahl gezogen
35 haben.

36 Die Personen auf diesen Listenplätzen werden vom nächsten Juso Gremium gewählt und
37 müssen an eine Person unter 35 gehen.

Antrag V06: Landesparteitag reformieren

| | |
|-------------------|-----------------------------|
| Antragsteller*in: | Kreis Saarlouis (Saarlouis) |
| Sachgebiet: | V - Verband |

1 Analyse:

2 In zahlreichen SPD Landesverbänden haben Arbeitsgemeinschaften eigene Delegierte auf
3 dem Landesparteitag. Im Saarland werden Delegierte jedoch nur Ortsvereinen
4 zugewiesen.

5 SPD Ortsvereine zeichnen sich jedoch oftmals dadurch aus, dass junge, weibliche und
6 People of Colour Personen nur Ämter mit Arbeit erhalten und nicht für wichtige
7 Delegierten Mandate gewählt werden.

8 Um dem entgegen zu wirken, brauchen auch die Arbeitgemeinschaften der SPD eigene
9 Delegierten Mandate.

10 Jedoch gibt es auch Arbeitgemeinschaften, die ohnehin überrepräsentierte Gruppen
11 vertreten. Daher sollen lediglich die SPD-Frauen, der SPD Queer, der Ag Migration und
12 Vielfalt und der Jungsozialist*innen in der SPD solche Delegiertenmandate erhalten.

13 Die politische Repräsentation von FINTA (Frauen, Inter-, Nicht-binäre, Trans- und
14 Agender-Personen) und BiPoC (Black, Indigenous and People of Color) ist von
15 herausragender Bedeutung, insbesondere für Parteien, die sich als Volksparteien
16 definieren. Eine vielfältige Repräsentation gewährleistet die Berücksichtigung der
17 Interessen und Perspektiven aller Gesellschaftsgruppen und führt zu einer gerechteren
18 und inklusiveren Politikgestaltung. Volksparteien beanspruchen, die gesamte
19 Bevölkerung zu repräsentieren; daher ist eine authentische Repräsentation von FINTA
20 und BiPoC essenziell, um die Legitimität dieser Parteien aufrechtzuerhalten. Die
21 systematische Unterrepräsentation großer Bevölkerungsgruppen führt zu einem
22 Vertrauensverlust in das politische System und die Partei selbst.

23 Vielfältige Repräsentation ermöglicht ein tieferes Verständnis und eine umfassendere
24 Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensrealitäten. FINTA und BiPoC bringen
25 einzigartige Perspektiven und Erfahrungen in die politische Arena ein, die für die
26 Gestaltung von Gesetzen und politischen Programmen unerlässlich sind. Diese
27 Diversität führt zu politisch fundierten Entscheidungen, die gerechter und
28 nachhaltiger sind. Eine faire und gerechte Gesellschaft kann nur erreicht werden,
29 wenn alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt in politische Entscheidungsprozesse
30 einbezogen werden. Die Unterrepräsentation von FINTA und BiPoC verstärkt bestehende
31 Ungleichheiten und Diskriminierungen.

32 Die Sichtbarkeit von FINTA und BiPoC in politischen Ämtern hat zudem eine immense
33 Vorbildfunktion. Sie signalisiert jungen Menschen aus diesen Gruppen, dass auch sie
34 in der Lage sind, Führungspositionen zu erreichen, was das Selbstbewusstsein und die
35 Ambitionen zukünftiger Generationen fördert. Repräsentation hat einen direkten
36 Einfluss auf das psychologische Wohlbefinden. Wenn Individuen sehen, dass ihre
37 Identität und ihre Erfahrungen in politischen Strukturen wiedergespiegelt werden,
38 fühlen sie sich akzeptiert und als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft anerkannt.

39 Darüber hinaus trägt die Präsenz von FINTA und BiPoC in der Politik dazu bei,

40 bestehende Vorurteile und Stereotypen zu hinterfragen und abzubauen. Sie unterstützt
41 die Vermittlung eines realistischeren und vielfältigeren Gesellschaftsbildes. Die
42 strukturelle Inklusion dieser Gruppen in politische Prozesse ist somit nicht nur eine
43 Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Effektivität und Nachhaltigkeit politischer
44 Entscheidungen. Durch die Etablierung gezielter Maßnahmen zur Förderung der
45 Repräsentation können politische Institutionen sicherstellen, dass die Vielfalt der
46 Gesellschaft angemessen in den Entscheidungsprozessen repräsentiert wird. Dies ist
47 unerlässlich, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zu stärken und eine
48 gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu fördern.

49 Forderung:

50 12% der Delegierten des Landesparteitags der SPD Saar sollen von den höchsten
51 Beschlussfassenden Gremien der SPD-Frauen, der SPD Queer, der AG Migration und
52 Vielfalt und der Jusos zu je gleichen Teilen besetzt werden.